

**Pressefreiheit in Autokratien:  
Ein empirischer Vergleich von Demokratien und Typen autokratischer  
Regime**

Freedom of the press in autocracies: A comparative empirical analysis of de-  
mocracies and autocratic regime types

**Hausarbeit zur Erlangung des  
akademischen Grades  
Master of Arts in Politikwissenschaft  
Empirische Demokratieforschung**

vorgelegt dem Fachbereich 02 – Sozialwissenschaften, Medien und Sport  
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von

Alexander Röckl  
aus Aschaffenburg

Mainz

2016

Erstgutachterin:

Zweitgutachter:

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Theoretischer Rahmen</b> .....	<b>4</b>
2.1	Medien in Politik und Gesellschaft .....	4
2.1.1	Das Konzept der Pressefreiheit .....	5
2.1.2	Medienmodelle in Demokratien und Autokratien.....	8
2.2	Autokratie, Demokratie und Typen autokratischer Regime.....	12
2.3	Selektoratstheorie I: Die Logik des Machterhalts .....	19
2.3.1	Güterbereitstellung und Größe der Winning Coalition .....	20
2.3.2	Pressefreiheit in Abhängigkeit der Größe der Winning Coalition .....	22
2.4	Kritik an der Selektoratstheorie.....	23
2.5	Modifizierung der Selektoratstheorie: Koordinierungsgüter und die Kosten der Repression .....	26
2.5.1	Koordinierungsgüter und Revolutionen .....	27
2.5.2	Die Kosten der Repression von Koordinierungsgütern.....	28
2.6	Selektoratstheorie II: Revolutionen, freie Ressourcen und das Überleben des Herrschers .....	31
2.6.1	Revolutionsgefahr in Abhängigkeit der Größe der Winning Coalition .....	31
2.6.2	Strategien des Herrschers: Repression oder Liberalisierung.....	34
2.7	Synthese: Die Größe der Winning Coalition und des Selektorats in verschiedenen Typen politischer Regime.....	39
<b>3</b>	<b>Forschungsstand</b> .....	<b>42</b>
<b>4</b>	<b>Hypothesen</b> .....	<b>44</b>
<b>5</b>	<b>Empirische Analyse</b> .....	<b>47</b>
5.1	Daten und Operationalisierung.....	47
5.2	Methode.....	55
5.3	Winning Coalition, freie Ressourcen und Pressefreiheit.....	57
5.3.1	Überblick und deskriptive Befunde.....	57

5.3.2	Regressionsanalysen.....	63
5.4	Pressefreiheit in autokratischen Regimen und Demokratien .....	69
5.4.1	Die Größe der Winning Coalition in autokratischen Regimen und Demokratien	69
5.4.2	Überblick und deskriptive Befunde.....	71
5.4.3	Regressionsanalysen.....	77
5.5	Zusammenfassung der Ergebnisse .....	82
<b>6</b>	<b>Schlussbetrachtung .....</b>	<b>83</b>
<b>7</b>	<b>Literatur.....</b>	<b>89</b>
<b>8</b>	<b>Anhang.....</b>	<b>96</b>

## 1 Einleitung

In der Welt des 21. Jahrhunderts, welche zunehmend über soziale Medien im Internet, international agierende Medienkonzerne und die globalisierte Wirtschaft verknüpft ist, spielt der Zugang zu verlässlichen Informationen eine immer wichtigere Rolle für Unternehmen und Politik, aber auch für die einzelnen Bürger. In den meisten Demokratien ist der Zugang zu Informationen und die Unabhängigkeit der Medien institutionell abgesichert und zumeist auch in der Praxis gegeben. Bürger in Demokratien können frei aus verschiedenen Informationsquellen auswählen, ihre Sorgen und Präferenzen über die Medien an die Politik herantragen und sich idealerweise auf die Objektivität der Berichterstattung verlassen. Gleichzeitig dienen die Medien in Demokratien oftmals als Übermittler und Kontrollinstanz der politischen Entscheidungsträger. Alle Politiker oder politische Organisationen haben die Möglichkeit über verschiedene Kanäle der Massenmedien ihre Vorschläge und Standpunkte an die Bürger herantragen. Auch oppositionelle Meinungen werden so der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und Missstände innerhalb der Politik und Wirtschaft durch investigative Pressearbeit an das Tageslicht gebracht. Nicht zuletzt beim Wahlakt fallen die Bürger dann ihre Wahlentscheidung zugunsten einer Partei oder eines Kandidaten auf Grundlage der über die Medien vermittelten Informationen (siehe Downs 1957).

Die Globalisierung und stärkere Vernetzung von Informationen und Medien kann aber auch nicht-demokratische Regime unter Druck setzen, welche kein Interesse an öffentlichen und freien Diskussionen über politische Themen oder über das Verhalten der politischen Entscheidungsträger haben. Infolge dessen stellen freie Medien für autokratische Herrscher eine grundlegende Gefahr des eigenen Machterhalts dar. Oppositionelle können sich über Medien unterschiedlichster Art koordinieren und ihre Forderungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Werden weiterhin Korruptions- oder Amtsmissbrauchsfälle unter den politischen Führern publik, sind Demonstrationen, Aufstände oder gar Revolutionen gegen das autokratische Regime nicht unwahrscheinlich (siehe beispielsweise Bueno de Mesquita/Downs 2005; Hollyer 2015). So fanden die Umstürze autokratischer Regime im arabischen Raum im Jahr 2010 ihren Ursprung darin, dass sich ein Gemüsehändler in Tunesien aus Protest gegen die Repressionen und Willkür des Staates selbst anzündete. In der Folge gelangten die Bilder dieser Aktion über verschiedene Kanäle in den ganzen arabischen Raum. Dies führte zu Volksaufständen, der Absetzung, Inhaftierung und sogar Ermordung autokratischer Herrscher und nicht zuletzt zu langjährigen, bewaffneten Bürgerkriegen wie in Libyen oder Syrien. Dabei reagieren einige autokratisch geführte Staaten wie Russland oder China mit dem Ausbau eigener, der Regierung wohl gesonnener Medienunternehmen

oder kontrollieren immer stärker das Internet, um so die Deutungshoheit über wichtige gesellschaftliche und politische Fragen nicht zu verlieren. Gerade die frühe Forschung zu Mediensystemen in Autokratien (siehe Siebert et al. 1956) postulierte daher, dass autokratische Herrscher mittels Propaganda und Repression gegenüber kritischer Medien versuchen, oppositionelle Meinungen zu unterdrücken und die eigene Herrschaft abzusichern.

Auch die vergleichende Politikwissenschaft beschäftigte sich lange Zeit vor allem mit Unterschieden zwischen Demokratien und Autokratien. Im Zuge dieser Forschungen zeigte sich, dass Demokratien im Durchschnitt liberaler und leistungsfähiger sind als Autokratien. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass Autokratien weniger eine homogene Gruppe bilden, sondern verschiedene institutionelle Settings oder regime-interne Machtlogiken zu unterschiedlichen Outcomes führen können (siehe Clark et al. 2013: 349-384; Roller 2013; Wahman et al. 2013). Um empirische Untersuchungen zu ermöglichen, wie sich verschiedene Settings innerhalb von Autokratien auf bestimmte Outcomes auswirken, wurden Typologien autokratischer Regime entwickelt (siehe Geddes 1999; Hadenius/Teorell 2007; siehe Cheibub et al. 2010; Magaloni et al. 2013). Die identifizierten autokratischen Regimetypen wurden in Hinblick auf verschiedenste Outputs untersucht und miteinander bzw. gegenüber Demokratien in Relation gesetzt. Einige Arbeiten beschäftigten sich zum Beispiel mit Fragen der ökonomischen (siehe Wright 2008), sozialen (siehe McGuire 2013; Clark et al. 2013: 342-346; Diels 2014) und ökologischen (siehe Wurster 2013) Leistungsfähigkeit, oder inwieweit verschiedene autokratische Regime Eigentumsrechte schützen und somit die Grundlagen marktwirtschaftlichen Handelns garantieren (siehe Knutsen/Fjelde 2013). Im Ergebnis kann für die meisten Befunde festgehalten werden, dass Autokratien im Durchschnitt in den meisten wirtschaftlichen und sozialen Outcomes zwar schlechter abschneiden als Demokratien, jedoch eine erhebliche intra-autokratische Variation bezüglich des Levels der Leistungsfähigkeiten nachzuweisen ist. Daneben gibt es einen weiteren Strang an Forschungsarbeiten, der sich mit der Frage beschäftigt, ob manche Subtypen von Autokratien weniger stark auf Repression politischer Freiheiten und Rechte setzen (siehe Levitsky/Way 2002, 2010; Møller/Skaaning 2013; Stier 2015). Diese Arbeiten gehen also der Frage nach, ob *alle* Autokratien gleichzusetzen sind mit Unterdrückung von politischen Freiheiten, Verfolgung politisch Andersdenkender und dem Verbot kompetitiver Wahlen, oder ob nicht doch einige Regime mehr Freiheiten gewähren als andere und warum.

An diesem Punkt setzt diese Arbeit an, indem sie der Frage nach möglichen Unterschieden hinsichtlich der Pressefreiheit innerhalb autokratischer Subtypen sowie Demokratien nachgeht und mit welchen Faktoren diese Differenzen zu erklären sein können. Dazu wird zunächst in Kapitel 2 ein theoretischer Rahmen aufgebaut. Dabei wird das Konzept der Presse-

freiheit genauer erläutert und erste Annahmen zu verschiedenen Medienmodellen in Demokratien und Autokratien eingeführt. Anschließend werden die oben erwähnten Subtypen autokratischer Regime genauer vorgestellt und kritisch diskutiert. Am Ende soll eine eindeutige Auswahl zugunsten einer der Vorschläge stehen, welche es ermöglicht, den Effekt bestimmter autokratischer Regimetypen auf die Pressefreiheit untersuchen zu können. In Kapitel 2.3 werden dann mit der Selektoratstheorie von Bueno de Mesquita et al. (2005) sowie einigen Weiterentwicklungen (siehe Bueno de Mesquita/Smith 2009, 2010) mit der Größe der Winning Coalition eines Herrschers und der Verfügbarkeit freier Ressourcen zwei Erklärungsfaktoren vorgestellt, welche Unterschiede im Niveau der Pressefreiheit zwischen verschiedenen autokratischen Regimetypen und Demokratien erklären können. Daran anschließend werden die autokratischen Regimetypen und Demokratien gemäß ihrer Größe der Winning Coalition kategorisiert. Mögliche Differenzen zwischen autokratischen Regimen und Demokratien hinsichtlich der Pressefreiheit sollten demnach auf eine unterschiedliche Größe der Winning Coalition zurückzuführen sein.

In Kapitel 3 werden bisherige Forschungsergebnisse zu Determinanten der Pressefreiheit und weitere Befunde zur Repression von politischen Freiheiten in Autokratien vorgestellt. Aus den theoretischen Annahmen werden dann in Kapitel 4 empirisch überprüfbare Hypothesen entwickelt, wie autokratische Regimetypen und Demokratien sich hinsichtlich der Pressefreiheit unterscheiden und welche Faktoren diese Differenzen erklären. Im empirischen Analyseabschnitt in Kapitel 5 werden zunächst die verwendeten Daten, die Operationalisierung der Variablen und die verwendeten *Time-Series-Cross-Section*-Regressionsmodelle vorgestellt. Die empirische Überprüfung der Hypothesen gliedert sich in zwei Teile. In Kapitel 5.3 wird der Effekt der Größe der Winning Coalition und der Verfügbarkeit freier Ressourcen behandelt. Im Anschluss wird in Kapitel 5.4 der Frage nachgegangen, wie sich autokratische Regimetypen untereinander und gegenüber Demokratien unterscheiden. Im abschließenden Fazit werden die Befunde diskutiert und ein Ausblick für weitere Forschungen gegeben.

Da der Zusammenhang zwischen autokratischem Regimetyp und Unterdrückung der Presse bisher kaum systematisch über einen längeren Zeitraum und anhand eines großen Ländersamples untersucht wurde<sup>1</sup>, erhebt diese Arbeit keinen Anspruch auf Vollständigkeit der möglichen Erklärungsfaktoren und auch nicht auf Endgültigkeit der empirischen Ergebnisse. Vielmehr sollen hier erste Ergebnisse präsentiert werden, ob bestimmte autokratische Regime nicht doch eine weitaus freiere Presse zulassen, als man das aus den klassischen Medienmodellen (siehe Siebert et al. 1956) erwarten könnte.

---

<sup>1</sup> Eine der wenigen Studien zu diesem Thema, die dem Autor bekannt ist, wurde von Sebastian Stier (2015) vorgelegt.

## 2 Theoretischer Rahmen

Um die Presse- oder Medienfreiheit<sup>2</sup> in autokratischen<sup>3</sup> Regimen und Demokratien empirisch untersuchen zu können, sind zunächst diverse theoretische Überlegungen notwendig. Dazu soll zuerst ein Definitionsvorschlag des Begriffs ‚Pressefreiheit‘ entwickelt werden, um eindeutig bestimmen zu können, was Pressefreiheit umfasst und wie diese gegebenenfalls auch verletzt werden kann. Anschließend wird die Rolle der Medien in politischen Systemen, die Verbindung zwischen Politik und Medien dargestellt sowie erste Ansätze zu Medienmodellen in autokratischen Regimen diskutiert.

In Kapitel 2.2 wird dann eine Demokratiedefinition eingeführt und Typologien autokratischer Regime vorgestellt, welche später als Grundlage zur Untersuchung von möglichen Unterschieden in der Unterdrückung der Presse als unabhängige Variablen dienen. In den folgenden Kapiteln wird auf Grundlage der Selektoratstheorie von Bueno de Mesquita et al. (2005), einigen Weiterentwicklungen (siehe Bueno de Mesquita/Smith 2009, 2010) sowie weiteren Annahmen zur Rolle der Presse in autokratischen Regimen ein theoretische Modell entwickelt, das die Größe der Winning Coalition in verschiedenen Regimen und die Verfügbarkeit freier Ressourcen als Erklärungsfaktoren für zu erwartende Unterschiede in der Pressefreiheit einführt. Daran anschließend wird die von der Selektoratstheorie identifizierte Hauptdeterminante einer freien Presse, die Größe der Winning Coalition, mit den vorgestellten Typen autokratischer Regimen und der Demokratie verknüpft, um die Pressefreiheit in den identifizierten politischen Regimen empirisch untersuchen zu können.

### 2.1 Medien in Politik und Gesellschaft

Obwohl die Pressefreiheit einen prominenten Platz in vielen Überlegungen und Konzepten zum Verhältnis zwischen Gesellschaft und Politik einnimmt, ist deren Definition, die Wirkungsmechanismen und die Determinanten einer freien Presse durch eine wenig einheitliche Forschungslandschaft gekennzeichnet und basiert oftmals auf kaum untersuchten theoretischen Annahmen und normativen Idealvorstellungen (Norris 2009: 327; Whitten-Woodring/Van Belle 2014: 2-3). Um in der späteren Untersuchung ein klares Bild davon zu haben, was eine freie Presse kennzeichnet, wie sich unterschiedliche Medienkonzepte auf Politik und Gesellschaft auswirken und vor allem in welchem Abhängigkeitsverhältnis Medien zu politischen Entscheidungsträgern stehen, werden in den folgenden beiden Kapiteln die definitorischen Grundlagen einer freien Presse dargelegt.

---

<sup>2</sup> Presse- und Medienfreiheit werden nachfolgend synonym verwendet.

<sup>3</sup> Autokratien, Diktaturen und autoritäre Regime werden nachfolgend synonym verwendet.

### 2.1.1 Das Konzept der Pressefreiheit

Die ideengeschichtliche Entwicklung der Medienfreiheit geht zurück auf die liberalen Theorien von Milton, Locke oder John Stuart Mill und ist eng mit dem Aufkommen erster demokratischer Gesellschaftsvorstellungen verbunden (Siebert et al. 1956: 40-50). Für die frühen liberalen Vordenker war der Gedanke einer selbstbestimmten demokratischen Gesellschaft untrennbar mit dem freien Meinungs- und Informationsaustausch verbunden, was nur durch eine von staatlichem Einfluss unabhängige Presse zu erreichen war (Norris 2004: 117). Während jahrhundertlang die klerikalen oder politischen Eliten über die Verbreitung von Informationen bestimmten, sollten nun Medien als unabhängige *vierte Gewalt* die Machthaber kontrollieren und der Bevölkerung ein Sprachrohr bieten (McQuail 2010: 168-169). Die Vertreter dieser liberalen Theorie einer freien Presse nahmen an, dass sich über diese neu definierte Rolle der Medien auch positive Auswirkungen auf die Demokratisierung und den Wohlstand einer Gesellschaft ergeben würden.

Die Funktion freier Medien als Kontrollinstitution, die sogenannte *watchdog*-Rolle, beruht vor allem auf der Macht der Medien, Informationen frei und ohne Einflussnahme zu veröffentlichen und einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Diese publizistische Kontrolle des Verhaltens der politischen Eliten und die Möglichkeit Fehlverhalten, Korruption, Amtsmissbrauch oder schlechte politische Leistungen aufzudecken und zu publizieren, sollte die Entscheidungsträger zu einem höheren Maß an politischer Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht für ihr Verhalten gegenüber der Bevölkerung zwingen. Nicht zuletzt folgern die Vertreter der liberalen Theorie daraus, dass freie, unabhängige Medien die politische Performanz<sup>4</sup> insgesamt verbessern und folglich auch den Wohlstand einer Gesellschaft steigern würden (Norris 2004: 118; McQuail 2010: 168; Petrova 2015: 4). Die zweite Aufgabe freier Medien gemäß der liberalen Theorie ist die Schaffung einer lebendigen und kritischen Öffentlichkeit, indem die Medien als *öffentliches Forum* oder auch als „free marketplace of ideas“ (McQuail 2010: 169) den Austausch zwischen Politik und Bürgern aber auch unter den Bürgern ermöglichen und aktiv unterstützen. Begreift man die Medien als öffentliches Forum, können hier einerseits politische Entscheidungsträger ihre Vorhaben einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen oder sich für gewisse politische Entscheidungen rechtfertigen. Andererseits können Bürger über die Medien Wünsche oder Kritik in das politische System einbringen, sich im Vorfeld von Wahlen umfassend über Bewerber und die Leistung der Entscheidungsträger informieren sowie sich gegebenenfalls koordinieren, um

---

<sup>4</sup> ‚Performanz‘ wird in Anlehnung an das *political effectiveness* Konzept von Edeltraud Roller (2005: 3-4) als Erreichungsgrad gewünschter Ziele durch politische Handlungen verstanden. Evaluationskriterium sind dabei die konkreten Outcomes wie zum Beispiel Wirtschaftswachstum oder die Kindersterblichkeitsrate eines Landes.

Proteste gegen missliebige Entscheidungen zu organisieren. Durch diesen Informations- und Koordinierungscharakter freier Medien werden Bürger letztendlich darin bestärkt, die Politik nach ihren Vorstellungen beeinflussen zu können (Norris 2004: 118; Stier 2015: 2-3).

Beiden Aufgaben liegt die Annahme zugrunde, dass die Verfügbarkeit korrekter und umfassender Informationen, die in modernen Gesellschaften vor allem über Massenmedien vermittelt werden (Mughan/Gunther 2000: 3), zu einer Verbesserung der Entscheidungsprozesse von Individuen, wirtschaftlichen Akteuren und vor allem auch innerhalb politischer Institutionen führen (Hollyer et al. 2015b: 2-5).<sup>5</sup> In der Politik benötigen Bürger Informationen, um die Leistung der politischen Akteure und Institutionen evaluieren zu können, ihre Wahlentscheidung daran auszurichten und alternative Ansichten einzubringen (Norris 2004: 117; Hollyer et al. 2015b: 2-4). Da die Bürger selbst mit der Informationssammlung und -verarbeitung überfordert wären, sind sie auf die Medien angewiesen. Diese müssen den Bürgern verlässliche Informationen bieten, damit die Bürger eine kritische Einstellung gegenüber den Eliten bilden können (Downs 1957: 220-232; Zaller 2003: 111-112, 118-122).

Medien beeinflussen also die Einstellungen und das Verhalten der Bevölkerung gegenüber der Politik, indem sie der Öffentlichkeit Informationen bereitstellen. Durch die Selektion von Informationen oder deren Interpretation sind Medien ein machtvoll Instrument, um die Einstellungen in der Bevölkerung zu wandeln oder auch zu beeinflussen (Mughan/Gunther 2000: 3; Hollyer 2015: 5-6). Diese bedeutende Rolle kann aber auch dazu führen, dass politische Eliten die Medien für persönliche Zwecke missbrauchen und die Informationsweitergabe nach ihren Wünschen kontrollieren (McQuail 2010: 87; Petrova 2015: 4). Dieser Punkt wird im nachfolgenden Kapitel genauer aufgegriffen, wenn es um das Verhältnis zwischen Medien und politischem System geht.

Während sich die grundlegenden Aufgaben einer freien Presse bis heute kaum geändert haben, wurde der Begriff der ‚Pressefreiheit‘ immer wieder neu definiert und erweitert (Becker et al. 2007: 6-7). Während die frühen liberalen Theoretiker eine freie Presse vor allem durch negative Freiheit – Freiheit von staatlicher Kontrolle – definierten, sind heutige Konzeptionen von Pressefreiheit stärker von positiven Freiheiten gekennzeichnet. Diese Neudefinition wurde notwendig, da auch von staatlicher Kontrolle unabhängige, aber den Mechanismen freier Märkte unterworfenen Mediensysteme nicht immer die erwünschte Kontroll- und Mediatorfunktion erfüllt haben (Mughan/Gunther 2000: 8-9). Medien, die zwar von staatlicher

---

<sup>5</sup> In der Wirtschaft sind verlässliche Informationen für Unternehmen, aber auch Konsumenten entscheidend, um beispielsweise die richtigen Investitionsstrategien zu wählen oder um Produkte vergleichen zu können. Dies ist letztlich eine bedeutende Grundlage zum Aufbau von Wohlstand infolge funktionierender Märkte (siehe dazu Stiglitz 1989, 2002).

Kontrolle unabhängig aber dafür von Zuwendungen finanzstarker Akteure abhängig sind, laufen demnach Gefahr, dass die Inhalte von den Interessen wirtschaftlicher Eliten bestimmt werden. Freiheit von politischem Einfluss führt also nicht unbedingt dazu, dass die Presse wirklich frei ist, sondern kann ebenfalls Abhängigkeiten und Einflussmöglichkeiten schaffen (McQuail 2010: 169). Daher wurde neben der Unabhängigkeit von politischem Einfluss zum Beispiel auch die Freiheit von Besitzerinteressen, der freie und gleiche Zugang zu den Massenmedien, die Repräsentation aller gesellschaftlicher Gruppen und dabei insbesondere von Minderheiten, Diversität innerhalb der Berichterstattung und in der Medienlandschaft, eine kritische und investigative Grundhaltung gegenüber der Politik sowie die Veröffentlichung verlässlicher und relevanter Informationen als Bestandteil freier Medien eingeführt (Norris 2004: 118-119; McQuail 2010: 193-194).<sup>6</sup>

Diese Erweiterung der Pressefreiheit um Komponenten der sogenannten „social responsibility“ (McQuail 2010: 170) und journalistischer Standards bietet zwar einerseits ein umfassenderes Konzept, wie Medien frei und repräsentativ arbeiten können, macht aber andererseits eine eindeutige Definition von Medienfreiheit aufgrund der Vielzahl an Facetten freier Medien komplizierter. So definiert Pippa Norris (2004: 116) Pressefreiheit etwa darüber, wann Medien die watchdog- und Forumsrolle am ehesten erfüllen können. Für sie gehören Unabhängigkeit von jeglichen externen Interessensgruppen sowie ein umfassender und uneingeschränkter Zugang zu den Medien zu den grundsätzlichen Elementen einer freien Presse. Auch Denis McQuails (2010: 194-195, 557) Definition folgt einem breiten Konzept von Pressefreiheit. Für ihn ist Pressefreiheit ein „fundamental principle of individual, political and human rights that guarantees in law the right of all citizens to publish without advance censorship or permission by authority, or fear of reprisal. It has to be exercised within the limits of law and to respect the rights of others“ (McQuail 2010: 557). Weiterhin ist für McQuail neben der bereits von Pippa Norris eingeführten Unabhängigkeit von Interessen und einem inklusiven Zugang zu den Medienkanälen auch die inhaltliche Diversität der Medien ein zentraler Bestandteil freier Medien (McQuail 2010: 193-195).

Beide Definitionen folgen der liberalen Theorie von Medien, indem sie die einzelnen Definitionsbestandteile freier Medien an den beiden beschriebenen Funktionen von Medien in der Gesellschaft ausrichten. In Kritik auf die zu starke Fokussierung auf die Annahmen der liberalen Theorie und deren normative Ideale, schlagen Whitten-Woodring und Van Belle (2014: 18) eine neutralere Definition vor und sehen Medienfreiheit zunächst nur als „the ability to

---

<sup>6</sup> Nicht selten wurden infolge der Gefahren ökonomischer Abhängigkeit und Kommerzialisierung der Medien öffentlich-rechtliche Medien etabliert, welche zwar staatlich finanziert sind, aber im Auftrag der Öffentlichkeit eine ausgewogene und sachliche Berichterstattung sichern sollen (McQuail 2010: 177-179).

safely criticize government“.<sup>7</sup> Auch in Anbetracht des für diese Arbeit verwendeten Pressefreiheit-Indikators von Freedom House (2015c), dem ebenfalls ein breites Verständnis von Pressefreiheit zugrunde liegt, wird hier der Definition von Norris und McQuail gefolgt. Eine freie Presse liegt also dann vor, wenn Personen frei und unabhängig von externer Einflussnahme, rechtlichen Einschränkungen oder Angst vor Gewalt Informationen jeglicher Art publizieren können. Weiterhin muss ein umfassender und inklusiver Zugang zu den Medienkanälen garantiert sein und die Medien müssen möglichst ausgewogen alle in der Gesellschaft vorhandenen Meinungen repräsentieren.

Natürlich ist diese Definition stark am liberalen Ideal einer Medien- und Gesellschaftsordnung ausgerichtet und daher eng mit demokratischen Werten verbunden. Dennoch bietet diese Definition klare Anhaltspunkte wann und wie Medienfreiheit erreicht oder eingeschränkt werden kann. Um einen ersten Überblick darüber zu erhalten, wie die Politik Einfluss auf Medien nehmen kann, werden im nächsten Kapitel das Verhältnis zwischen Medien und politischem System genauer erörtert und erste Ansätze zu Medienmodellen in verschiedenen autokratischen Regimen vorgestellt.

### **2.1.2 Medienmodelle in Demokratien und Autokratien**

Anders als es der Begriff der ‚vierten Gewalt‘ erwarten ließe, liegt die Ausgestaltung des konkreten Mediensystems trotz oder gerade wegen deren großer Macht bei der Veröffentlichung und Vermittlung von Informationen und der Rolle bei der Koordination der Bevölkerung in den Händen politischer Entscheidungsträger und spiegelt meist die Werte, Bedürfnisse und Interessen medienexterner, machtvoller Institutionen wider (Mughan/Gunther 2000: 3; Voltmer 2011: 239-240). Bereits in den 1950er Jahren haben Siebert, Peterson und Schramm (1956: 1-2) das Verhältnis zwischen Medien und Politik in ihrer weithin akzeptierten Hypothese deutlich gemacht, „that the press always takes on the form and coloration of the social and political structure within which it operates. Especially, it reflects the system of social control whereby the relations of individuals and institutions are adjusted“. Medien sind also weniger eine eigenständige, über ihre eigenen Kompetenzen und Richtlinien entscheidende Institution, sondern sind abhängig vom politischen Umfeld und der Rolle, die die Politik den Medien zuschreibt.

Die Kommunikationswissenschaft hat dazu einige Modelle vorgelegt, wie genau Mediensysteme unter verschiedenen politischen Umständen funktionieren. Die meisten Typologien

---

<sup>7</sup> Diese Definition bietet vor allem den Vorteil, dass sie normativ neutraler ist, keiner Idealvorstellung oder Funktion einer freien Presse anhängt und somit unter verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erreicht werden kann. Problematisch an diesem Vorschlag ist jedoch, dass viele Störfaktoren unabhängiger und freier Mediensysteme, wie wirtschaftliche Abhängigkeit oder die Wahrung von Meinungsppluralität und Fairness in der Berichterstattung, keine Bestandteile der Definition sind.

entlang des politischen Kontextes beruhen dabei auf liberal-demokratischen Modellen und dominant-autoritären Modellen von Medien (Siebert et al. 1956: 7; Mughan/Gunther 2000: 3-5; McQuail 2010: 87-88). Ersteres Modell deckt sich dabei weitgehend mit der Rolle der Medien gemäß der liberalen Theorie: Die Presse wird hier als eine kontrollierende Instanz der politischen Eliten und als öffentliches Forum für den öffentlichen Diskurs verstanden. Diese Ausgestaltung der Medien wird weitgehend als zentraler Bestandteil eines demokratischen politischen Systems gesehen, auch wenn die Beziehung zwischen Politik und Medien in Demokratien zumeist sehr idealisiert dargestellt wird (Mughan/Gunther 2000: 4-5).<sup>8</sup>

Das autoritäre Medienmodell unterscheidet sich grundlegend von dem Modell einer liberalen, freien Presse. Am deutlichsten wird dieser Unterschied in Bezug auf das Verhältnis zu den politischen Machthabern und der Rolle, die die Medien in einer Gesellschaft spielen. Sind die Medien in liberalen Modellen das Sprachrohr der Öffentlichkeit und die Kontrollinstanz der Politik, so ist es im autoritären Modell umgekehrt. Medien dienen hier dem Zweck, die Ansichten der politischen Eliten in der Bevölkerung zu verbreiten, die Herrschaft durch Propaganda zu legitimieren, oppositionelle Gruppen zu diskreditieren und dadurch die Einstellungen und das Verhalten der Bevölkerung gegenüber der Politik gemäß der Wünsche der Machthaber zu formen und zu manipulieren (Mughan/Gunther 2000: 4; McQuail 2010: 87-88). Medien sind in solchen Systemen nicht der Kontrolleur der Politik, sondern vielmehr ein „servant of the state“ (Siebert et al. 1956: 3).<sup>9</sup> Oberstes Ziel ist in dominanten Medienmodellen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des Friedens. Störungen dieser konstruierten Ordnung, wie zum Beispiel durch mediale oder öffentliche Kritik an dem jeweiligen politischen Kurs, dem politischen Führer oder dem System an sich, sollen durch diverse Kontroll- sowie Bestrafungsmechanismen ausgeschlossen oder zumindest klein gehalten werden (Siebert et al. 1956: 18-24, 36). Folglich wird den Medien selbst nur wenig oder gar keine Freiheit zugestanden (McQuail 2010: 87-88). Medien dienen also dazu, die vorherrschenden Machtstrukturen zu festigen und zu legitimieren. Durch das Ausblenden alternativer oder kritischer Meinungen sollen politische Reformen, die Bildung von Protestbewegungen oder ein Wandel des Systems möglichst ausgeschlossen werden.

Die oftmals idealisierte Gegenüberstellung von demokratischen und autokratischen Medienmodellen, wird aber zunehmend kritisch gesehen. Mughan und Gunther (2000: 5-6) fordern einen differenzierten Blick auf Medienmodelle in unterschiedlichen politischen Systemen. Sie gehen davon aus, dass Autokratien nicht immer und auch nicht im gleichen Maße

---

<sup>8</sup> Für einen Ansatz, wie sich auch Medienmodelle innerhalb von Demokratien unterscheiden können siehe zum Beispiel Hallin/Mancini 2004.

<sup>9</sup> Ideengeschichtlicher Hintergrund dieses Modell ist die Annahme, dass die ‚Masse‘ nicht in der Lage ist eigene politische oder gesellschaftliche Ziele zu formulieren. Stattdessen findet die Bevölkerung Halt und Zuflucht in der von den Eliten über die Medienkanäle konstruierte Wirklichkeit (McQuail 2010: 94).

Medien unterdrücken und manipulieren. Auch sind Medien in Demokratien nicht zwangsläufig unabhängig und frei.<sup>10</sup> Die geänderte weltpolitische Lage durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und anderer autokratischer Regime, bei gleichzeitigem weltweitem Vormarsch der Demokratie lassen bezweifeln, dass die zum Beispiel von Siebert et al. (1956) aufgestellte klare Trennung der Mediensysteme zwischen liberalen und dominanten Modellen und deren Funktionslogik heute noch zutrifft.

Einen ersten Ansatz, warum auch in Autokratien unterschiedliche Medienmodelle zu beobachten sein können, hat Katrin Voltmer (2008) vorgelegt. Sie nahm die ansteigende Zahl neuer Demokratien während der dritten Demokratisierungswelle (siehe Huntington 1991) als Anlass, die Mediensysteme und deren Determinanten in diesen politischen Systemen genauer zu analysieren und kategorisieren. Voltmer (2008: 28; 2011: 235-236) unterstellt dabei unter Berufung auf den Ansatz der Pfadabhängigkeit einer Transition (siehe Hollifield/Jillson 2000), dass das autokratische Vorgängerregime den Weg und Ausgang der nachfolgenden Demokratisierung und somit auch das Medienmodell entscheidend mitbestimmt.<sup>11</sup> Sie unterbreitet im Zuge ihrer Analyse einige Vorschläge, wie sich Medienmodelle und die Pressefreiheit zwischen sozialistischen Regimen, Militär- sowie Einparteienregimen in Ost-Asien und Afrika voneinander unterscheiden können (Voltmer 2008: 29-37, 2011: 236-238).

In *kommunistischen Regimen* bildet eine umfassende Ideologie die Legitimitätsgrundlage. Diese Ideologie gibt klare Handlungsanweisungen an die Entscheidungsträger vor und bestimmt gleichzeitig das Verhältnis zwischen Politik und Gesellschaft (Voltmer 2008: 29). Die Medien dienen den Eliten als zentrales Instrument zur Mobilisierung der Massen gemäß der kommunistischen Ideologie und helfen bei der Erziehung der Bevölkerung zu einer „new socialist personality“ (Voltmer 2008: 29). Objektive oder oppositionelle Berichterstattung ist in kommunistischen Regimen nicht erwünscht und wird strikt unterdrückt und verfolgt. Die Medien stehen also unter absoluter Kontrolle des Staates, wirtschaftlicher Wettbewerb innerhalb des Medienmarktes ist aus ideologischen Gründen ausgeschlossen, objektive Berichterstattung ist nicht erwünscht, stattdessen steht die ideologische Indoktrinierung der Bevölkerung im Vordergrund der Medienrolle. Nach Voltmer (2008: 29) zeichnen sich kommunistische Regime folglich durch einen „complete lack of press freedom“ aus.

---

<sup>10</sup> Auch in etablierten Demokratien können Medien dem Einfluss politischer Eliten ausgesetzt sein oder sich vermehrt auf kommerzielle Inhalte statt Politikvermittlung und Kontrolle konzentrieren, was nicht dem Ideal freier Medien entspricht (Mughan/Gunther 2000: 6-8; siehe Voltmer 2008; Bairrett 2015)

<sup>11</sup> Voltmer nimmt dazu an, dass die im alten Regime etablierten politischen Machtverhältnisse, Institutionenstruktur und Werte gerade in der Übergangsphase das Verhalten der Entscheidungsträger und Bürger noch immer stark prägen (Hollifield/Jillson 2000: 10-11; Voltmer 2008: 28).

Für *Militärregime* macht Voltmer eine grundsätzlich andere Beziehung zwischen politischen Eliten und Medien aus. Für Voltmer (2008: 31) bildet die Legitimitätsgrundlage von Militärregimen eine vermeintlich drohende Gefahr durch kommunistische Umstürze. Die Machtbasis beruht zumeist auf der Herstellung von Ruhe und Ordnung „through fear“ (Voltmer 2008: 31). Zwar werden auch in Militärregimen oppositionelle Meinungen oder Medien verboten, verfolgt oder unterdrückt, jedoch findet hier zumeist keine aktive staatliche Propaganda oder der Versuch die Bürger ‚umzuerziehen‘ statt. Stattdessen sollen die Bürger durch eine entpolitisierte Medienwelt demobilisiert werden und die Ordnung sowie der politische Status Quo gefestigt werden. Solange sich die Medien auf Unterhaltungsformate und unpolitische Inhalte beschränken, werde also auch kein politischer Einfluss ausgeübt (Voltmer 2008: 31-32).

Als weiteren Subtyp führt Voltmer *Einparteienregime* an, deren Legitimation auf dem Erreichen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung beruht. Dabei macht sie einen ostasiatischen und afrikanischen Subtypus dieses Regimes aus, welcher aufgrund „immense historical and cultural difference[s]“ (Voltmer 2008: 33) auch unterschiedliche Annahmen zur Rolle der Medien notwendig macht. Die Einparteienregime in Ostasien sind unter anderem durch eine starke Verbindung zwischen einer mächtigen staatlichen Bürokratie und Wirtschaft sowie einer klaren hierarchischen Ordnung der Gesellschaft gekennzeichnet, welche auch die Grundlage für die (erfolgreiche) wirtschaftliche Entwicklung bildet (Voltmer 2008: 33). Die Medien sind dabei in die Politik-Wirtschaft-Konglomerate integriert und dienen vor allem der Verbreitung der Entwicklungserfolge und somit der Legitimierung des politischen Regimes. Somit spielten die Medien eine aktivere Rolle in politischen Themen, unterliegen aber ebenfalls staatlicher Zensur und Einflussnahme (Voltmer 2008: 33-34). Anders verhält es sich dagegen in afrikanischen Einparteienregimen. Hier herrschen meist schwache und ineffiziente politische Institutionen, Korruption, Unterentwicklung und ethnische Spannungen infolge des kolonialen Erbes vor. Die wichtigsten Medien sind zumeist unter Kontrolle des Staates, Journalisten werden verfolgt und zudem repräsentieren Medien meist nur die dominante ethnische Gruppierung. Die Etablierung unabhängiger Medien scheitert meist an der schwachen Ressourcenausstattung und des unterentwickelten Marktes (Voltmer 2008: 35-36).

In einer neueren Auflage ergänzt Voltmer (2011: 241-244) diese Kategorisierung um Medienmodelle in hybriden Systemen, welche zwar über kompetitive Wahlen verfügen, aber durch diverse Verletzung des Rechtsstaates oder der Bürgerrechte nicht als Demokratie zu bezeichnen sind. Kurz zusammengefasst, ist in diesen Systemen die Medienfreiheit teilweise

eingeschränkt und die Medien werden von politischen Eliten in einem weitaus größerem Maße dominiert, als das in Demokratien der Fall ist (Voltmer 2011: 243).

Die Analyse von Voltmer zu Medienmodellen in verschiedenen autokratischen Systemen hält einige interessante Punkte für die spätere empirische Analyse bereit. Voltmer sieht in den meisten Fällen die Legitimationsquelle autokratischer Herrschaft als Determinante der Pressefreiheit. Medien dienen den autokratischen Machthabern nach Voltmer als Instrument, die eigene Herrschaft zu legitimieren und den politischen Status Quo zu festigen. Während unter sozialistischer Herrschaft die Medienfreiheit quasi vollkommen unterdrückt wird, gibt es in Mehrparteien-, Militär- und Einparteienregimen durchaus Bereiche, in denen Medien unabhängig arbeiten können. Allerdings weist Voltmer Einteilung auch einige Schwachstellen auf. Sie bezieht sich auf historische oder regionale Gegebenheiten der dritten Demokratisierungswelle (z.B. den Kampf gegen den Kommunismus in Militärregimen oder die Unterscheidung afrikanischer und ostasiatischer Regime), welche kaum Vorhersagen für andere Zeitpunkte oder Regionen zulassen. Zudem vernachlässigt sie mit Monarchien einen bedeutenden Typus autokratischer Regime im Nahen Osten.

Um eine Theorie zum Einfluss verschiedener autokratischer Regimetypen und Demokratien auf die Pressefreiheit zu entwickeln, sollen nun zuerst Demokratien von Autokratien definitorisch abgegrenzt werden. Dabei muss geklärt werden, welche Rolle die Pressefreiheit bei der Unterscheidung dieser beiden Regierungsmodelle spielt. Danach wird ein Vorschlag gemacht, nach welchen Kriterien sich unterschiedliche autokratische Regime systematisch und unabhängig von regionalen oder zeitlichen Besonderheiten kategorisieren lassen und welche Typen identifiziert werden können.

## **2.2 Autokratie, Demokratie und Typen autokratischer Regime**

Ein erster Schritt, um systematisch und theoretisch fundiert die Pressefreiheit in unterschiedlichen autokratischen Regimen<sup>12</sup> empirisch zu untersuchen, ist die Frage, welche Kriterien zur Einteilung autokratischer Regime angelegt werden sollen und welche Typen sich daraus ergeben. Dazu wurden in den letzten Jahren einige Kategorisierungsansätze und Datensätze entwickelt, welche vor allem das spezifische Institutionengefüge (siehe Hadenius/Teorell 2007; Wahman et al. 2013) bzw. die Charakteristika der Akteure (siehe Geddes 1999; Geddes et al. 2014; Cheibub et al. 2010; Magaloni et al. 2013) in den für die Herrscherauswahl und politischen Einfluss entscheidenden Gruppen als Distinktionsmerkmal verwenden. Allen

---

<sup>12</sup> Unter einem ‚Regime‘ wird in dieser Arbeit ganz allgemein „a set of basic informal and formal rules for choosing leaders and policies“ (Geddes et al. 2012: 2) verstanden. Diese formellen und informellen Regeln bestimmen, welche Interessen in der für den Machterhalt relevanten Gruppe vertreten sind, welche wiederum die politischen Handlungen des Machthabers determinieren (Geddes et al. 2014: 314).

Ansätzen ist gemeinsam, dass diese machtrelevanten Institutionen oder die Konstellation der Eliten die Auswahl bestimmter Politiken und dadurch die Persistenz<sup>13</sup> autokratischer Regime entscheidend bestimmen (Croissant/Wurster 2013: 5-6).<sup>14</sup>

Doch bevor verschiedene Typen autokratischer Regime vorgestellt werden können, muss zunächst eine Definition von ‚Autokratie‘ erarbeitet werden, um diese von Demokratien abgrenzen zu können und begriffliche sowie konzeptionelle Klarheit herzustellen. Insbesondere muss auch hier das Verhältnis zwischen Demokratie, Autokratie und Pressefreiheit geklärt werden. Wie aus Kapitel 2.1 deutlich wurde, sah man lange Zeit freie Medien als ein Wesensmerkmal demokratischer Systeme, während in Autokratien Propaganda und Unterdrückung oppositioneller Meinungen vorherrsche. Da diese dichotome Trennung von Medienmodellen jedoch zunehmend kritisch gesehen wird, soll ein Vorschlag unterbreitet werden, dass eine freie Presse nicht unbedingt an das Vorliegen eines demokratischen oder autokratischen Regimes gebunden ist, sondern vielmehr eine Folge der später aus der Selektoratstheorie abgeleiteten Determinanten ist.

In älteren Ansätzen werden Diktaturen von Demokratien dadurch abgegrenzt, dass die Machtausübung eines Diktators im Gegensatz zu demokratischen Politikern keinerlei Einschränkungen unterliegt und der Wille des Herrschers Gesetz ist (Friedrich/Brzezinski 1965: 4-7). Diese uneingeschränkte Machtfülle als Definitionsmerkmal autokratischer Regime wird in der neueren Forschung jedoch kritisch gesehen, da sich auch ein autokratischer Herrscher an gewisse Regeln und Gesetze halten muss, um nicht durch einen Rivalen oder infolge eines Aufstandes der Bevölkerung abgesetzt zu werden. Um dieses Problem zu umgehen, werden Autokratien in neueren Ansätzen zumeist als ‚Nicht-Demokratien‘ definiert (Roller 2013: 38; Wahman et al. 2013: 19; Gerschewski et al. 2013: 108). Sobald ein politisches Regime bestimmte demokratische Wesensmerkmale nicht erfüllt, ist es als ‚autokratisch‘ zu bezeichnen. Dieser Definitionsansatz erfordert folglich, dass geklärt werden muss, was die konstituierenden Prinzipien von Demokratie sind.

In der modernen Demokratieforschung wurden verschiedene Demokratiekonzepte entwickelt, welche sich als ‚dünne‘ bzw. elektorale und ‚dicke‘, liberale Konzeptionen von Demokratie kategorisieren lassen (siehe Diamond 1999, 2001). Nach der elektoralen Konzeption ist ein politisches System als demokratisch zu sehen, wenn „government offices are filled by contested elections“ (Przeworski et al. 2000: 19; siehe dazu auch Schumpeter 1947). Das Abhalten von kompetitiven Wahlen zur Auswahl des Machthabers ist nach dieser Konzeption

<sup>13</sup> ‚Persistenz‘ wird hier als „absence of change“ (Croissant/Wurster 2013: 6) bzw. als die Beständigkeit eines autokratischen Regimetyps verstanden (siehe Magaloni 2008).

<sup>14</sup> Ein weiterer Typologisierungsvorschlag autokratischer Regime wurde von Steffen Kailitz (2013) vorgelegt. Dieser verwendet als Distinktionsmerkmal jedoch die Legitimationsgrundlage unterschiedlicher autokratischer Regime und fällt damit aus den hier verwendeten Institutionen- bzw. Elitenansätzen heraus.

on von Demokratie ausreichend, um von einem demokratischen System zu sprechen. Die liberale Konzeption erweitert dagegen die definatorischen Merkmale einer Demokratie um weitere Aspekte: Es dürfen keine Machtenklaven bestehen, beispielsweise innerhalb des Militärs oder eines geistlichen Führungszirkels, die politischen Entscheidungsträger müssen in ihrer Macht durch andere Institutionen beschränkt sein, umfassender politischer sowie zivilgesellschaftlicher Pluralismus, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit müssen gewährleistet sein und alle Bürger müssen ein Recht auf Publikation von Artikeln, Verfügbarkeit von und Zugang zu alternativen Informationsquellen haben, was unabhängige Medien einschließt (Diamond 1999: 11-12, 2001: 151).

Die oben eingeführte Definition von Pressefreiheit ist also eindeutig ein Bestandteil liberaler aber nicht notwendigerweise elektoraler Demokratien.<sup>15</sup> Zwar wird auch in der minimalistischen Demokratiekonzeption die Notwendigkeit eines gewissen Ausmaßes an Meinungs-, Versammlungs-, oder Pressefreiheit anerkannt, damit Wahlen auch tatsächlich kompetitiv sein können, sie stellen jedoch kein entscheidendes Kriterium zur Einteilung von Regimen in diese Kategorie dar (Diamond 1999: 8).<sup>16</sup> Magaloni et al. (2013: 6-7) folgen grundsätzlich einer elektoralen Konzeption von Demokratie nach Przeworski et al. (2000), ergänzen diese aber um einige Bedingungen. In Anlehnung an die Demokratiedefinition von Barbara Geddes (2003: 71), müssen Wahlen nicht nur kompetitiv, sondern auch frei und fair sein. Oppositionsparteien dürfen weder verboten oder verfolgt noch institutionell benachteiligt werden. Explizit ausgeschlossen von dieser Definition freier und fairer Wahlen sind aber politische Freiheiten und Rechte, worunter auch die Pressefreiheit fällt (Geddes 2003: 70-71). Demokratie wird folglich einzig über den Modus und die Regeln definiert, wie die politischen Entscheidungsträger ausgewählt werden und dass diese frei von größeren, systematischen Manipulationen und „extra-institutional tactics“ (Magaloni et al. 2013: 7) sind. Die zweite Erweiterung von Magaloni et al. betrifft nur indirekt den Akt der Elitenauswahl an sich. Für

---

<sup>15</sup> Eine etwas ‚dickere‘ Tradition elektoraler Demokratien, zurückgehend auf Robert Dahls (1971) Konzept der Ployarchie, impliziert über die beiden Dimension ‚Opposition‘ und ‚Partizipation‘ auch politische Freiheiten und Rechte wie zum Beispiel die Pressefreiheit (Diamond 2001: 150). Nachfolgend wird jedoch der minimalistischen Spielart elektoraler Demokratien gefolgt.

<sup>16</sup> Diese Geringschätzung von politischen Freiheiten und Rechten in der Konzeption elektoraler Demokratien wurde häufig kritisiert. Man warf den Vertretern vor, dass sie sich einzig auf den Wahlakt an sich konzentrieren, aber die notwendigen Bedingungen, damit alle Bürger und Parteien ihre Interessen artikulieren können, vernachlässigen (Diamond 1999: 9). Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren immer stärker bezweifelt, ob man bereits von einer Demokratie sprechen kann, sobald die Elitenauswahl auf allgemeinen und einigermaßen kompetitiven Wahlen beruht. Stattdessen ging man stärker dazu über Staaten, die zwar Wahlen abhielten, welche sich aber durch staatliche Manipulation vor und während des Wahlakts zu einem „uneven playing field between government and opposition“ (Levitsky/Way 2002: 53) führten, als kompetitive (siehe Levitsky/Way 2002, 2010) oder elektorale (Wahman et al. 2013: 26) Autokratien zu bezeichnen. Eine eindeutige Abgrenzung zwischen Demokratie und Autokratie wird dadurch nochmals komplizierter, da nach dieser Logik das Abhalten von allgemeinen Wahlen mit mehreren Parteien zur Auswahl der politischen Entscheidungsträger nicht mehr als Distinktionsmerkmal genüge.

Magaloni et al. ist ein Regime erst dann demokratisch, wenn die Exekutive in ihrer Macht institutionell beschränkt ist. Dieses Kriterium erachten die Autoren als zentral, da ein Parteienwettbewerb um politische Ämter nicht genügt, um ein demokratisches Regieren zu garantieren, solange die Exekutive „*de facto*“ (Magaloni et al. 2013: 7) die Macht hat, das Ergebnis einer Wahl zu übergehen.

Folglich handelt es sich bei der von Magaloni et al. verwendeten Demokratiedefinition um eine etwas dickere Konzeption elektoraler Demokratie. Sie beinhaltet keine Merkmale wie politische Freiheiten, Bürgerrechte oder gar Pressefreiheit (Magaloni et al. 2013: 7). Demokratie wird daher wie folgt definiert: Eine zivile Regierung<sup>17</sup>, welche über weitestgehend kompetitive, freie und faire Wahlen bestimmt wird, bildet die Quelle politischer Entscheidungen. Zudem muss die Macht der Exekutiven institutionell beschränkt sein. Wenn mindestens einer dieser Merkmale nicht gegeben ist, wird ein Regime als Autokratie klassifiziert. Politische Freiheitsrechte wie die Pressefreiheit sind also kein Kriterium zum Vorliegen von Demokratie oder Autokratie. Dadurch wird zumindest eine konzeptionell-theoretische Trennung zwischen dem erklärendem und dem zu erklärendem Konstrukt dieser Arbeit sichergestellt. Nur in der Unterscheidung zwischen elektoraler und liberaler Demokratie kommt das Ausmaß an Pressefreiheit und die allgemeine Verfügbarkeit alternativer Informationen durch unabhängige Medien zum Tragen. Nachdem das Verhältnis von Pressefreiheit, Demokratie und Autokratie erläutert wurde, soll nun der Fokus auf Typen autokratischer Regime gelegt werden. Dabei werden kurz verschiedene Vorschläge diskutiert, anhand welcher Dimensionen autokratische Regimetypen zu unterscheiden sind und welche Regimearten sich daraus schließen lassen (Roller 2013: 38).

Geddes et al. (2014) verwenden zur Unterscheidung *zwischen* autokratischen Regimetypen „the rules that identify the group from which leaders can come and determine who influences leadership choice and policy“ (Geddes et al. 2014: 314). Die spezifische Interessenkonstellation oder „substantive characteristics“ (Geddes et al. 2014: 315) innerhalb des Machtzirkels prägen demnach die politische Entscheidung des Herrschers. Auf Grundlage dieser Unterscheidungsdimension identifizieren Geddes et al. (2014: 318) vier Haupttypen autokratischer Regime: Monarchien, Militärregime, Parteienregime und personalistische Regime. *Cheibub*

---

<sup>17</sup> Hier verstanden als Gegensatz zu einer militärischen oder monarchischen Führung (Magaloni et al. 2013: 6). Dass die Regierungsgewalt von einer zivilen Regierung ausgehen muss und nicht etwa Militärs oder andere nicht legitimierte Gruppen *de facto* die Entscheidungsgewalt besitzen, ist inzwischen auch Bestandteil vieler elektoraler Demokratiekonzeptionen (Diamond 1999: 9).

Magaloni et al. (2013: 6) führen noch ein weiteres Merkmal von Demokratie ein: Politische Führer müssen verschiedene, miteinander interagierende Parteien gründen, welche in Wahlen gegeneinander antreten und über die Legislative die Regierung bilden. Dieser explizite Einbezug der Existenz unterschiedlicher und im Wettbewerb stehender Parteien, wird hier aber als Wesensmerkmal kompetitiver Wahlen verstanden. Zudem wird die von Przeworski et al. (2000: 27-29) eingeführte *alternation rule* nicht zur Definition von Demokratien herangezogen.

*et al.* (2010: 84) verwenden als Distinktionsmerkmal autokratischer Regime dagegen den Modus, wie die Exekutive von der Macht entfernt wird.<sup>18</sup> Sie unterscheiden zwischen Monarchien, Militärregimen und zivilen Diktaturen, mit jeweils Familiennetzwerken, dem Militär oder einem „smaller body within a regime party“ (Cheibub *et al.* 2010: 84) als Machtbasis. Zivile Diktaturen stellen hier aber keine eigenständige Kategorie dar, sondern sind als Residualkategorie zu verstehen (Cheibub *et al.* 2010: 89).

Beide bisher vorgestellten Typologisierungsansätze erweisen sich jedoch als weniger geeignet für diese Arbeit. So ist bei Cheibub *et al.* zu bemängeln, dass nicht eindeutig definiert ist, wie genau sich die Machtbasis in zivilen Diktaturen zusammensetzt. An der Einteilung Geddes *et al.* wurde öfters kritisiert, dass Personalismus weniger ein eigenes Unterscheidungsmerkmal für Regimetypen darstellt, sondern vielmehr in allen autokratischen Regimen in mehr oder weniger großem Ausmaß vorhanden sein kann (Brooker 2009: 43-44; Magaloni *et al.* 2013: 9). Zudem unterscheiden beide Typologien innerhalb von Parteienregimen nicht zwischen Ein- und Mehrparteienregimen, also ob grundsätzlich alle Parteien außer einer Staatspartei verboten sind, oder ob sich in einem, wenn auch stark eingeschränkten, Wettbewerb mehrere Parteien gegenüber stehen (Wahman *et al.* 2013: 26). Es kann aber durchaus angenommen werden, dass gerade das Abhalten von Wahlen mit mehreren Parteien auch Auswirkungen auf das Ausmaß an Pressfreiheit haben kann, da ein gewisser Grad an politischem Wettbewerb vorherrscht und sich oppositionelle Gruppen Gehör verschaffen können (Levitsky/Way 2010: 11). Daher unterscheiden *Hadenius und Teorell* (2007: 146-147) in ihrer Typologie autokratischer Regime neben Militärregimen und Monarchien (nicht-elektorale Regime) auch zwischen Einparteien-, Keinparteien- und Mehrparteienregimen (elektorale Regime).<sup>19</sup>

Die in dieser Arbeit verwendete Typologie autokratischer Regime von *Magaloni et al.* (2013) bietet gegenüber den anderen Typologien mehrere Vorteile: Für diesen Datensatz stehen Zahlen bis in das Jahr 2012 zur Verfügung, was den potentiellen Untersuchungszeitraum im Gegensatz zu den anderen Datensätzen erweitert. Ein weiterer Vorteil gegenüber der Kodierung von *Hadenius und Teorell* besteht in der oben bereits erläuterten qualitativen Unterscheidung zwischen Demokratie und Autokratie von *Magaloni et al.* (2013). *Hadenius*

---

<sup>18</sup> Dahinter liegt die Annahme, dass die Gruppe, die über die Absetzung des Herrschers entscheidet, die größte Gefahr für den Diktator darstellt. Die Charakteristika dieser „inner sanctums“ (Cheibub *et al.* 2010: 84) wirken sich also existenziell auf die Politik des jeweiligen Regimes aus, da sie das Verhalten der Eliten und des Diktators entscheidend bestimmen.

<sup>19</sup> Als Unterscheidungsmerkmal verwenden sie dabei „different modes of accessing and maintaining political power“ (Wahman *et al.* 2013: 20). Die Autoren betrachten also nicht die Charakteristika, Interessen oder Zusammensetzung der entscheidenden Elitengruppen wie bei Geddes *et al.* und Cheibub *et al.*. Stattdessen dienen für *Hadenius/Teorell* die Institutionen als Distinktionsmerkmal, welche die Eliten verwenden, um den „access and [...] maintenance of public authority“ (Wahman *et al.* 2013: 21) zu regeln.

und Teorell (2007: 145-146) verwenden ein quantitatives Merkmal zur Abgrenzung der beiden Systeme, indem sie einen *cutoff point* aus dem kombinierten Freedom House- (2015b) und Polity-Score (siehe Marshall et al. 2013) verwenden. Dieses Vorgehen mag durchaus seine Berechtigung finden (Wahman et al. 2013: 23), erscheint für die Frage dieser Arbeit jedoch etwas ungenau, da bei Freedom House auch liberale Demokratiedimensionen wie die Pressefreiheit zur Bewertung politischer Systeme verwendet werden. Somit kann nicht eindeutig ausgeschlossen werden, dass nicht auch das Ausmaß an Pressefreiheit in die Definition von demokratischen Regimen eingeschlossen wird, was kritisch für die Untersuchung des Effekts von Demokratien und autokratischen Regimetypen auf die Pressefreiheit zu sehen ist.

Magaloni et al. (2013: 8) verwenden zur Unterscheidung autokratischer Regime drei Merkmale: „the source of policy making, structure of the elite interaction and competition, and the selection and composition of the political leadership”.<sup>20</sup> Ähnlich wie bei Geddes et al. (2014) stehen also die Zusammensetzung, die Interessen und der Wettbewerb in den für den Machtzugang und –erhalt entscheidenden Institutionen im Vordergrund. Anhand dieser Merkmale identifizieren Magaloni et al. (2013: 8-9) vier Typen autokratischer Regime: Monarchien, Militär-, Ein- sowie Mehrparteienregime.

Eine *Monarchie* liegt dann vor, wenn der Herrscher aus einer königlichen oder dynastischen Familie ausgewählt wird. Dieser kleine Personenkreis hat weiterhin eine Mitsprache bei bedeutenden Entscheidungen und bestimmt über die Nachfolge des Herrschers. In Monarchien können auch politische Parteien oder ein Parlament existieren. Solange diese aber von den zentralen Entscheidungen ausgeschlossen sind und das Amt des Herrschers nicht über politischen Wettbewerb bestimmt wird, ist das Regime eine Monarchie (Magaloni 2008: 731). Regime, in denen ein König oder eine Königin existiert, aber die Kontrolle über den Machtzugang bei anderen Institutionen liegt, wie zum Beispiel in Großbritannien, werden nicht als Monarchien klassifiziert (Magaloni et al. 2013: 8).

In *Militärregimen* kontrolliert die Armee über den Zugang zur Macht. Typischerweise besteht in diesen Regimen ein kleinerer Kreis an Offizieren, die sogenannte Junta, welche die Machtbasis für den Herrscher bilden (Magaloni 2008: 731). Möglich ist, dass auch in Militärregimen Parteien bestehen. Solange allerdings die politische Kontrolle beim Militär liegt, werden solche Regime nicht als Parteienregime klassifiziert. Wenn ein Machthaber einen militärischen Hintergrund besitzt, so genügt dies allein nicht, um das Regime als Militärregime einzuteilen. Stattdessen muss sowohl die Kontrolle über die politischen Führungsposi-

---

<sup>20</sup> Diese Einteilung beruht teilweise auf einem früheren Kategorisierungsansatz von Magaloni (2008).

tionen als auch die politische Entscheidungsgewalt beim Militär liegen (Magaloni et al. 2013: 8).

*Einparteienregime* kennzeichnen sich dadurch, dass die politische Macht innerhalb einer zivilen Partei liegt und über die Institutionen der Partei der Zugang zur Herrschaftsposition geregelt wird. Zumeist ist die Gründung anderer Parteien in Einparteienregimen durch die Verfassung verboten, oder sie sind „simply facades for the regime“ (Magaloni et al. 2013: 8). Es können somit auch andere Parteien existieren, solange die Legislative zu genau 100 % aus den Mitgliedern einer Partei besteht (Magaloni 2008: 732). Auch in *Mehrparteienregimen* bildet eine Partei die Machtgrundlage für den Herrscher. In diesen Regimen ist es der Opposition konstitutionell zugesichert, Parteien zu gründen und an Wahlen teilzunehmen, wodurch auch oppositionelle Parteien in der Legislative vertreten sein können. Ein Mehrparteienregime unterscheidet sich gegenüber Einparteienregime also dadurch, dass „parties other than the ruling one [...] representation in the Parliament“ (Magaloni 2008: 732) haben.<sup>21</sup> Für die Opposition besteht grundsätzlich die Möglichkeit, über Wahlen an die Macht zu kommen, jedoch ist der Wettbewerb stark zugunsten der Regierungspartei verzerrt (Magaloni et al. 2013: 8). Die Wahlen sind in diesen Regimen nicht vollkommen frei oder fair, was diese Regime von elektoralen Demokratien abgrenzt.

Im Gegensatz zu anderen Konzeptionen von Mehrparteienautokratien, wie zum Beispiel des *Competitive Authoritarianism* von Levitsky und Way (2002; 2010), beinhaltet diese Definition von Mehrparteienregimen einzig institutionelle Merkmale und bezieht nicht das Ausmaß an politischen Freiheiten wie der Pressefreiheit ein (Magaloni et al. 2013: 9). Für die Fragestellung dieser Arbeit bedeutet das, dass wie schon bei der Abgrenzung zwischen Demokratie und Autokratie auch bei der Unterscheidung der autokratischen Typen das Ausmaß an Pressefreiheit kein definitorisches Merkmal eines Regimes darstellt. Die zu untersuchende Variable ist damit aus allen Regimekonzeptionen herausgelöst.

Um der Frage nachzugehen, wie sich mögliche Unterschiede in der Pressefreiheit zwischen autokratischen Regimetypen und Demokratien erklären lassen, muss nun eine theoretische Erklärung gefunden werden, welche Faktoren darüber bestimmen, ob die Medien frei arbeiten können oder externer Einflussnahme unterworfen sind. Dazu werden die Annahmen der Selektoratstheorie (siehe Bueno de Mesquita et al. 2005) vorgestellt, aus der sich die Größe der Winning Coalition eines Herrschers und die Verfügbarkeit freier Ressourcen als Determinanten einer freien Presse ableiten lassen. Die hier identifizierten Regimetypen und Demokratien werden dann mit den Erklärungsfaktoren der Selektoratstheorie in Verbindung

---

<sup>21</sup> Zum Vorliegen eines Mehrparteienregimes ist nach Magaloni et al. (2013: 9) unbedeutend, wie viel Prozent der Sitze innerhalb der Legislative durch die Opposition gehalten werden.

gebracht, um somit Hypothesen über den Einfluss autokratischer Regimetypen und Demokratien auf die Pressefreiheit aufstellen zu können.

### 2.3 Selektoratstheorie I: Die Logik des Machterhalts

Die Selektoratstheorie bietet einen Ansatz anhand empirisch überprüfbarer Indikatoren Unterschiede in den Outcomes zwischen verschiedenen politischen Systemen zu erklären (Clark et al. 2013: 384). Sie beruht auf der Annahme, dass alle politischen Herrscher danach streben, an der Macht zu bleiben, oder an die Macht zu kommen (Bueno de Mesquita et al. 2005: 15-16). Die Selektoratstheorie versucht in diesem Zusammenhang zu klären, warum demokratische Regierungen, die tendenziell mehr Frieden und Wohlstand generieren, dennoch früher abgesetzt werden als Machthaber in Autokratien, deren Politik sich oft durch Korruption, Misswirtschaft und kriegerische Auseinandersetzungen kennzeichnet (Bueno de Mesquita et al. 2005: 5). Dabei sieht die Selektoratstheorie institutionelle Faktoren als ausschlaggebend an, welche Politik ein Herrscher wählt und somit über das Niveau der Pressefreiheit bestimmt. Somit weicht der hier verwendete Ansatz von der Typologie verschiedener Medienmodelle anhand der Legitimationsgrundlage eines Regimes ab und rückt stattdessen das institutionelle Umfeld des Herrschers in den Vordergrund.

In diesem Kapitel beschränkt sich die Vorstellung zunächst auf die Ursprungsversion der Selektoratstheorie aus *The Logic of Political Survival* (Bueno de Mesquita et al. 2005). Unter Berücksichtigung einiger Kritikpunkte an der vorgelegten Theorie wird in einem weiteren Kapitel die Theorie auf die Frage nach der Pressefreiheit in verschiedenen politischen Systemen weiter spezifiziert.

Der Herrscher oder die politische Führung definiert sich nach Bueno de Mesquita et al. (2005: 39) über das Recht Steuern<sup>22</sup> zu erheben, welche der Herrscher zur Finanzierung seiner Politiken verwenden kann. Nach der Selektoratstheorie kann ein Herrscher grundsätzlich zwei Arten von Politiken auswählen: Entweder er stellt private Güter bereit, die der Bereicherung des Führungszirkels dienen, oder vergrößert die allgemeinen Wohlfahrt, indem er öffentliche Güter bereitstellt (Bueno de Mesquita et al. 2005: 58). Der klassischen Definition folgend (siehe etwa Bergstrom/Goodman 1973) zeichnen sich öffentliche Güter durch Nicht-Ausschließbarkeit und Nicht-Rivalität aus (Bueno de Mesquita et al. 2005: 29-30), wodurch jeder in einer Gesellschaft diese Güter nutzen und von deren Bereitstellung profitieren kann.

---

<sup>22</sup> Die Besteuerungsrate kann dabei gemäß der Selektoratstheorie nicht beliebig hoch angesetzt werden, um finanzielle Mittel für die Ausgaben des Herrschers zu generieren. Sind die Steuern zum Beispiel zu hoch angesetzt, so kann der Produktivitätsanreiz sinken, da die Bürger nur einen geringen Teil ihres Einkommens für sich behalten können. Da darunter die wirtschaftliche Entwicklung leidet und sich die Einnahmequellen verringern, stehen einem Herrscher trotz einer hohen Besteuerungsrate nur wenige Ressourcen zur Verfügung. Der Herrscher unterliegt also in seiner Möglichkeit, finanzielle Mittel zu generieren, immer Restriktionen (Bueno de Mesquita et al. 2005: 58-59).

Öffentliche Güter führen nicht zuletzt dazu, dass Bürger oder Unternehmen produktiver und effektiver arbeiten können, was die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einer Gesellschaft weiter verbessert (Bueno de Mesquita et al. 2005: 179; Bueno de Mesquita/Smith 2010: 938). Daher wird in der Literatur das Ausmaß der Bereitstellung öffentlicher Güter allgemein mit einer guten Performanz eines Systems gleichgesetzt (Clark et al. 2013: 385; Diels 2014: 24). Private Güter sind dagegen in ihrer Verfügbarkeit begrenzt und können an einen definierten Personenkreis zum ausschließlichen Konsum vergeben werden. Die Vergabe von Steuersubventionen, Handelslizenzen, staatlichen Aufträgen oder Luxusgütern an einige wenige Unterstützer des Machthabers wären Beispiele für die Bereitstellung privater Güter. Private Güter haben keinen positiven Einfluss auf den Wohlstand einer Gesellschaft oder deren wirtschaftliche Entwicklung. Sie dienen einzig der Bereicherung einer kleinen Herrschaftsclique. Wann genau ein Machthaber private oder öffentliche Güter bereitstellt und wie die Pressefreiheit sich in die Selektoratstheorie integrieren lässt, wird in den folgenden beiden Unterkapiteln genauer erläutert.

### 2.3.1 Güterbereitstellung und Größe der Winning Coalition

Bueno de Mesquita et al. (2005: 5, 9-10) identifizieren zwei zentrale Faktoren, die Einfluss darauf ausüben, welche Politiken ein Machthaber auswählt und so letztendlich die Outcomes eines politischen Systems bestimmen: Die Größe<sup>23</sup> des Selektorats und der Winning Coalition. Das *Selektorat*, welches den Personenkreis umfasst, der ein legitimes Mitspracherecht bei der Auswahl des Herrschers besitzt und die *Winning Coalition*, eine Subgruppe des Selektorats, deren Unterstützung der Machthaber zwingend benötigt, um im Amt zu bleiben. Verliert ein Herrscher den Rückhalt seiner Winning Coalition, so wird er abgesetzt und durch einen Herausforderer<sup>24</sup> ersetzt. Um sein ultimatives Ziel – den Machterhalt – zu erreichen, muss der Herrscher seine ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel so auf die Bereitstellung privater oder öffentlicher Güter verteilen, dass er sich des Rückhalts seiner Winning Coalition sicher sein kann (Bueno de Mesquita et al. 2005: 37).

Alle Personen, welche nicht Bestandteil des Selektorats sind und dadurch keine Möglichkeit haben der Winning Coalition anzugehören, bezeichnen Bueno de Mesquita et al. (2005: 39-40) als *Disenfranchised*. Unter diese Gruppe fallen folglich alle Bürger, die kein Recht auf Mitsprache bei der Auswahl der Regierung haben. Da dieser Teil der Gesellschaft für den

---

<sup>23</sup> Die Größe der Winning Coalition und des Selektorats wird immer in Relation zur Größe der Gesamtbevölkerung betrachtet (Bueno de Mesquita et al. 2005: 41).

<sup>24</sup> Die Selektoratstheorie unterstellt, dass es immer mindestens einen Rivalen für den Machthaber gibt, dessen Ziel die Übernahme der Führungsposition ist. Der Rivale muss dabei selbst Mitglied der Winning Coalition oder zumindest des Selektorats sein. Dazu unterbreitet er ein alternatives Güterangebot, um eine eigene Winning Coalition aus dem Selektorat zu bilden (Bueno de Mesquita et al. 2005: 75).

Machterhalt des Herrschers, zumindest nach der ursprünglichen Fassung der Selektoratstheorie, keine Rolle spielt, kann der Machthaber die Präferenzen und Wünsche der Disenfranchised ignorieren. Einzig die Bedürfnisse des Selektorats müssen durch den Herrscher befriedigt werden, um den Machterhalt zu sichern (Bueno de Mesquita et al. 2005: 70). Dies führt gerade in Systemen mit einem kleinen Selektorat und einer folglich kleinen Winning Coalition, dass die Wünsche oder Bedürfnisse eines Großteils der Bevölkerung vom Herrscher vernachlässigt werden können.

Wie viele finanzielle Mittel der Herrscher auf öffentliche oder private Güter verteilt, ist nach der Selektoratstheorie dabei eine direkte Folge der Größe der Winning Coalition und des Selektorats (Bueno de Mesquita et al. 2005: 91). Ist die Winning Coalition klein, so kann sich der Herrscher die Unterstützung der Mitglieder durch die Auszahlung privater Güter sichern. Erstens sind die entstehenden Kosten für private Güter bei einem überschaubaren Personenkreis für den Herrscher gering und gleichzeitig ist der Nutzen durch die privaten Güter für jedes einzelne Winning Coalition-Mitglied sehr hoch.<sup>25</sup> Zweitens muss der Herrscher durch einen optimalen Gütermix verhindern, dass ein Rivale durch ein ‚besseres‘ Angebot an die Selektorats-Mitglieder die Macht übernehmen kann. Sollte ein Herrscher bei einer kleinen Winning Coalition öffentliche statt private Güter bereitstellen, weil er zum Beispiel der gesamten Bevölkerung zu mehr Wohlstand verhelfen möchte, so kann der Rivale durch ein Gegenangebot an die Mitglieder des Selektorats, das den Selektoratsmitgliedern mehr private Güter verspricht, den jetzigen Machthaber absetzen (Bueno de Mesquita et al. 2005: 86-88; Bueno de Mesquita/Smith 2009: 171). Ein Herrscher in Regimen mit einer kleinen Winning Coalition ist nach der Selektoratstheorie also mehr oder weniger gezwungen, seine Politiken so auszuwählen, dass nur ein kleiner Kreis von Eliten profitiert. Alle Personen außerhalb der Winning Coalition profitieren nicht von dieser Strategie, da sie von dem Konsum der bereitgestellten privaten Güter ausgeschlossen sind (Bueno de Mesquita et al. 2005: 91; Bueno de Mesquita/Smith 2009: 172). Während Selektoratsmitglieder noch darauf hoffen können, Teil der jetzigen oder einer zukünftigen Winning Coalition zu werden, haben die Disenfranchised in solchen Regimen keine Aussicht auf eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Lage.

Die optimale Strategie des Herrschers ändert sich, sobald die Winning Coalition größer wird. Der Herrscher müsste bei einer steigenden Personenzahl mehr in die Bereitstellung privater Güter investieren, um seinen Machterhalt zu sichern. Die Einnahmenrestriktionen des Herrschers haben jedoch zur Folge, dass die vorhandenen privaten Güter nun auf mehr Personen

---

<sup>25</sup> Der Herrscher hat folglich auch ein Interesse daran, die Winning Coalition so klein wie möglich zu halten, um möglichst wenig Ressourcen ausschütten zu müssen (Bueno de Mesquita et al. 2005: 336; Bueno de Mesquita/Smith 2009: 182).

aufgeteilt werden müssen. Dies lässt den Nutzen der privaten Güter pro Winning Coalition-Mitglied sinken (Bueno de Mesquita et al. 2005: 88, 92). Erreicht die Winning Coalition eine gewisse Größe, ist es für den Herrscher nicht mehr sinnvoll, sich die Unterstützung durch private Güter zu sichern, da sich der anteilige Nutzen an den privaten Gütern soweit verringert hat, dass nun auch die Winning Coalition-Mitglieder von öffentlichen Gütern und deren positiven Effekten auf die wirtschaftliche Produktivität einer Gesellschaft stärker profitieren würden als von privaten Gütern (Bueno de Mesquita et al. 2005: 91-92, 96-97). Demnach besteht die optimale Strategie für den Herrscher in Systemen mit einer genügend großen Winning Coalition in der Finanzierung und Bereitstellung öffentlicher Güter. Quasi als Nebeneffekt profitieren auch Personen außerhalb der Winning Coalition von der neuen, inklusiven Strategie, da öffentliche Güter nicht auf einzelne Personen begrenzt sind, sondern der gesamten Gesellschaft zugute kommen (Bueno de Mesquita et al. 2005: 58).

Mit der sogenannten Loyalitätsnorm, also der relativen Größe der Winning Coalition zur Größe des Selektorats (Bueno de Mesquita et al. 2005: 65-68), unterstellt die Selektoratstheorie einen weiteren Einflussfaktor auf die Outcomes eines politischen Systems.<sup>26</sup> Da sich die Loyalitätsnorm aber nur auf die Menge und nicht die Art der ausgegebenen Güter auswirkt, wird dieser Mechanismus in der folgenden Analyse nicht weiter berücksichtigt. Zudem weisen auch die Autoren der Selektoratstheorie der Loyalitätsnorm in neueren Versionen der Theorie keine bedeutende Rolle mehr zu.

### 2.3.2 Pressefreiheit in Abhängigkeit der Größe der Winning Coalition

Wie also wirkt sich nun die Größe der Winning Coalition auf das Ausmaß an Pressefreiheit aus? Von den klassischen öffentlichen Gütern, die ein Staat bereitstellen kann, wie Bildung, Infrastruktur oder Sicherheit, unterscheiden Bueno de Mesquita et al. (2005: 58, 179) in ihrer ersten Fassung der Theorie sogenannte *core public goods*. Hierunter verstehen die Autoren öffentliche Güter wie Transparenz, Frieden, bürgerliche Freiheiten oder politische Rechte (Bueno de Mesquita et al. 2005: 179). Während die spezifische Auswahl öffentlicher Güter von den Bedürfnissen und Interessen der Winning Coalition, des Selektorats und der Führung abhängen, sind für Bueno de Mesquita et al. (2005: 179) diese *core public goods* von „universal desirability among residents of the state“ und zentral für den Aufbau von Wohlstand. Egal welche öffentlichen Güter ein Herrscher sonst noch bereitstellt, ist die Schaffung

---

<sup>26</sup> Während die Größe der Winning Coalition die spezifische Zusammensetzung der bereitgestellten Güter bestimmt, hat die Loyalitätsnorm (W/S) einen Einfluss auf die Menge an ausgegebenen Gütern (Bueno de Mesquita et al. 2005: 93). Ist die Loyalität hoch (S groß und W klein), so muss der Herrscher weniger Güter an die Winning Coalition ausschütten, um seine Winning Coalition-Mitglieder von einer Abkehr abzuhalten. In Systemen mit einer schwachen Loyalitätsnorm ist der Herrscher gezwungen, eine insgesamt größere Menge an Gütern bereitzustellen, um Abtrünnigkeit zu verhindern. Dadurch wird der Druck auf den Herrscher erhöht, die vorhandenen Einnahmen auch tatsächlich für die Güterbereitstellung zu verwenden (Clark et al. 2013: 394).

von Wohlstand nur zu erreichen, wenn er politische Freiheit oder Transparenz garantiert. Freie Medien stellen unabhängige Informationen bereit, die allen Bürgern zugänglich sind ohne dass eine Konkurrenz um den Konsum der Vorteile einer freien Presse bestünde. Weiterhin bieten freie Medien eine Plattform für den öffentlichen Diskurs von dem niemand ausgeschlossen werden kann. Jeder Bürger kann und darf in einer freien Medienlandschaft seine Meinung kundtun, Artikel veröffentlichen oder Informationen konsumieren. Alle Bürger profitieren also, sobald ein Herrscher freie Medien bereitstellt. Die Zurückhaltung von wichtigen Informationen oder die Begrenzung des Zugangs zu den Medienkanälen auf bestimmte Personenkreise oder Interessengruppen, wären dagegen eine Verletzung dieses öffentlichen Gutes. Die Pressefreiheit ist also als core public good zu verstehen. Ein Herrscher wird nur dann eine Politik wählen, die eine freie und unabhängige Presse begünstigt, wenn die Winning Coalition groß ist und deren Mitglieder von der Bereitstellung öffentlicher Güter mehr profitieren als von privaten. Demgegenüber besteht für Herrscher mit einer kleinen Winning Coalition kein Anreiz, Pressefreiheit zuzulassen, da er sich seinen Machterhalt über die Ausgabe privater Güter an seine Winning Coalition sichert. Dass Demokratien eine freie Presse zulassen ist nach der Selektoratstheorie also eine Folge daraus, dass in Demokratien die Winning Coalition deutlich größer ist als in Autokratien (Bueno de Mesquita et al. 2005: 69-70). Je nach Größe der Winning Coalition können sich demnach aber auch Unterschiede im Niveau der Pressefreiheit zwischen verschiedenen autokratischen Regimetypen erklären lassen.

## 2.4 Kritik an der Selektoratstheorie

Die Selektoratstheorie unterstellt eine für alle politischen Systeme anwendbare und auf zwei institutionelle Faktoren – die Größe der Winning Coalition und des Selektorats – beschränkte Erklärung von Unterschieden zwischen verschiedensten politischen Systemen. Die Theorie lebt also durchaus von ihrem Charme, einen komplizierten Sachverhalt durch eine sehr überschaubare Zahl an Einflussfaktoren erklären zu wollen. Auch deswegen erlangte die Selektoratstheorie in den letzten Jahren viel Aufmerksamkeit. Einige zentrale Konzepte und von der Selektoratstheorie postulierte Zusammenhänge wurden aber auch kritisch gesehen. Daher werden einige Kritikpunkte an der Theorie dargelegt, die direkte Folgen für die Fragestellung dieser Arbeit haben. In den folgenden Kapiteln wird dann, auf der Kritik aufbauend, eine Spezifizierung der Selektoratstheorie aus *The Logic of Political Survival* vorgenommen, die einerseits auf Ergänzungen der Autoren der Selektoratstheorie (siehe Bueno de Mesquita/Smith 2009, 2010) beruht und andererseits einige zentrale Annahmen aus der Autokratieforschung berücksichtigt.

Für Geddes et al. (2014: 315) greift die Beschränkung auf eine reine Anzahl an Unterstützern zur Erklärung von unterschiedlichen Handlungsstrategien eines Herrschers und somit von Unterschieden in den Outcomes eines politischen Systems zu kurz. Sie sehen spezifische Präferenzen und Interessenkonstellation, als Folge gemeinsamer Eigenschaften innerhalb des Machtzirkels, als entscheidendes Merkmal zur Differenzierung von Regimen. Die Selektoratstheorie negiert jedoch, dass überhaupt abweichende Politikpräferenzen innerhalb des Selektorats bestehen und weist schlussendlich auch zurück, dass verschiedene oder sich wandelnde Interessenlagen innerhalb der Unterstützerkoalition die Politik des Herrschers beeinflussen können (Gallagher/Hanson 2015: 378-379). Einzig eine Veränderung der Größe der Winning Coalition kann nach der Selektoratstheorie einen Politikwechsel erklären. Dabei kann es aber gerade in Autokratien oft schwer sein, die genaue oder sogar eine sich wandelnde Anzahl einflussreicher Akteure zu bestimmen. In vielen Autokratien bestehen keine klaren institutionellen Mechanismen zur Auswahl des Herrschers, was es unmöglich machen kann, den genauen Kreis der Winning Coalition zu bestimmen (Gallagher/Hanson 2015: 373). Für Gallagher und Hanson (2015: 378-379) vernachlässigt der unterstellte monokausale Zusammenhang der Größe der Winning Coalition die bedeutende Rolle, die unterschiedliche oder sich verändernde Interessenlagen bei der Erklärung von Regimeunterschieden oder -entwicklungen spielen können. Am Beispiel der Politik von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow oder der schrittweisen Öffnung des sozialistischen Chinas machen sie deutlich, dass es jeweils ein Austausch der konservativen Eliten durch Reformen war, die diesen Wandel gemeinsam mit einer Vergrößerung der Winning Coalition begünstigte. Dieser Kritikpunkt betrifft also die grundsätzliche Frage, ob man politische Systeme entlang der beiden kontinuierlichen Dimensionen der Selektoratstheorie oder doch anhand der etablierten Regimetypologien und ihrem stärker substantiellen Charakter differenzieren sollte. Da in dieser Arbeit neben dem Einfluss der Größe der Winning Coalition auch der Effekt verschiedener autokratischer Regimetypen berücksichtigt wird, welche nach Geddes et al. den substantielle Charakter der Elitenzusammensetzung besser abbilden, kann dafür kontrolliert werden, ob sich Unterschiede in der Pressefreiheit durch spezifische Charaktermerkmale der Eliten erklären lassen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Selektoratstheorie nicht zwischen verschiedenen Möglichkeiten zum Absetzen des Machthabers unterscheidet und das Überleben des Herrschers mit dem Fortbestand eines Regimes gleichsetzt. Die Selektoratstheorie macht in ihrer Logik des Machterhalts keinen Unterschied zwischen einem über politischen Wettbewerb herbeigeführten Wechsel der Regierung durch Wahlen und irregulären oder gewaltsamen Absetzungen eines Herrschers (Gallagher/Hanson 2015: 377-378). Die Abwahl des Regierungschefs

ist in Demokratien aber ein integraler Bestandteil dieser Regierungssysteme und wird durch deren Institutionen, wie zum Beispiel durch nicht unübliche Begrenzungen von Amtszeiten, sogar gefördert. Autokratische Herrscher müssen sich dagegen kaum politischem Wettbewerb stellen, da die Institutionen in autokratischen Regimen darauf ausgelegt sind, politischem Wechsel entgegenzuwirken. Aber auch in Autokratien gibt es Institutionen, die den Regimefortbestand vom Überleben eines einzelnen Herrschers möglichst unabhängig machen sollen. Für Magaloni (2008: 717, 722-723) sind zum Beispiel politische Parteien in Autokratien ein Mittel zur glaubhaften Machtbeteiligung sowie zur möglichst gewaltfreien und institutionalisierten Regulierung der Nachfolge eines Herrschers. Sie kommt daher auch zu dem Schluss, dass es gerade Parteienregime sind, die lange überleben und zwar unabhängig vom Überleben des Herrschers (Magaloni 2008: 739). Die Selektoratstheorie vernachlässigt dagegen den Einfluss des breiteren institutionellen Umfelds eines Regierungssystems, wie zum Beispiel Wahlen in Demokratien oder Parteien in Autokratien, die sich zwar negativ auf die Amtszeit des Herrschers aber positiv auf den Fortbestand des Regimes auswirken können.

Eine Folge der Nichtberücksichtigung verschiedener Abwahl- oder Absetzungsmöglichkeiten ist, dass insbesondere in Autokratien Gefahren für einen Herrscher von außerhalb des Selektorats ignoriert werden, wie etwa Revolutionen oder Massenaufstände der Disenfranchised gegen die politische Führung und das bestehende Regime (Gallagher/Hanson 2009: 669, 2015: 374; Gerschewski et al. 2013: 111). In *The Logic of Political Survival* kann ein Herrscher nur durch einen Rivalen abgesetzt werden, indem dieser sich die Mehrheit der Selektoratsmitglieder sichert. Dementsprechend spielen die Disenfranchised und die Bedrohung der Macht infolge eines Massenaufstandes in der Güterkalkulation des Herrschers keine Rolle. Insbesondere die Pressefreiheit wirkt sich aber nach der vorgestellten Definition zentral auf das Bild der Regierung in der Bevölkerung aus. Indem Journalisten Fehlverhalten der Eliten aufdecken und die Arbeit einer Regierung unabhängig bewerten können, hat eine freie Presse eine große Wirkung auf die (Un-)Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung. Eine freie Presse kann weiterhin als Mittel zur Überwindung von Koordinierungsproblemen bei Protesten oder Demonstrationen dienen, da sie für Oppositionelle eine Möglichkeit darstellt, sich zu vernetzen oder Bürger zu mobilisieren. Das Ausmaß an kritischer und freier Berichterstattung bestimmt somit auch, ob sich Unzufriedenheit in Aufstände oder oppositionelle Bewegungen umschlagen kann (Hollyer 2015: 5).

In diesem Zusammenhang muss die Rolle der core public goods modifiziert werden. Pressefreiheit muss nach der Ursprungsversion der Selektoratstheorie immer im Angebot des Herrschers enthalten sein, da diese Güter von allen Bürgern eines Staates gewünscht werden und

Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung sind (Bueno de Mesquita et al. 2005: 179). Ein Machthaber kann also nach der Selektoratstheorie nicht unpolitische öffentliche Güter bereitstellen, ohne auch gleichzeitig politische Freiheiten und Transparenz zu gewährleisten. Gallagher und Hanson (2009: 669; 2015: 380-381) kritisieren dabei, dass die Autoren diese Verbindung zwischen politischen Freiheiten und anderen, unpolitischen öffentlichen Gütern nicht begründen und mehr oder weniger künstlich festsetzen. Nach Meinung von Gallagher und Hanson könne ein Herrscher durchaus einen Wohlfahrtsstaat, Gesundheitsvorsorge oder Bildung garantieren und gleichzeitig die Pressefreiheit oder andere politische Rechte unterdrücken. Die Kombination von „carrots and sticks“ (Gallagher/Hanson 2009: 668) ist weiterhin eine von der Autokratieforschung allgemein vertretene Möglichkeit zur Sicherung autokratischer Herrschaft (siehe Wintrobe 1998, 2007; Gerschewski et al. 2013: 114-117), die von der Selektoratstheorie jedoch durch die Definition der core public goods ignoriert wird. Die Folgen einer freien Presse für das Überleben eines Autokraten können nur umfassend und sinnvoll erfasst werden, wenn man die Gefahr durch einen Massenaufstand in die Kalkulation des Herrschers integriert und die besondere Rolle einer freien Presse für Aufstände gegen das politische System berücksichtigt. In den folgenden Kapiteln werden daher Ergänzungen der Autoren der Selektoratstheorie und weitere Ansätze aus der Autokratieforschung vorgestellt, um letztendlich klare theoretische Erwartungen formulieren zu können, welche Faktoren eine freie Presse begünstigen.

## **2.5 Modifizierung der Selektoratstheorie: Koordinierungsgüter und die Kosten der Repression**

Um die Schwächen der Ursprungsversion der Selektoratstheorie im Bezug auf die Fragestellung dieser Arbeit zu berücksichtigen, werden nachfolgend Erweiterungen der Selektoratstheorie vorgestellt, um die Einflussfaktoren einer freien Presse weiter zu spezifizieren. Die für unsere Frage bedeutendste Modifikation betrifft die Einteilung verschiedener öffentlicher Güter. Wie in Kapitel 2.3.2 beschrieben wurde, wird in der Ursprungsversion die Pressefreiheit als core public good definiert. Diese müssen immer im Angebot öffentlicher Güter des Herrschers enthalten sein, egal welche öffentliche Güter er sonst bereitstellt (Bueno de Mesquita et al. 2005: 179). Aus der kritischen Rezeption der Selektoratstheorie wurde deutlich, dass das Bereitstellen unpolitischer öffentlicher Güter und eine damit verbundene Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung auch möglich sein kann, ohne im gleichen Zug politische Freiheiten zu gewähren. Da die Selektoratstheorie einen Umsturz von außerhalb des Selektorats jedoch zunächst nicht in die Güterkalkulation des Herrschers integrierte, wurde negativen Effekten politischer Freiheiten auf das Überleben

eines Herrschers kaum Aufmerksamkeit geschenkt. In einer Erweiterung der Selektoratstheorie beheben Bueno de Mesquita und Smith (2009; 2010) diesen blinden Fleck der ursprünglichen Fassung und führen die Gefahr für den Machterhalt infolge eines revolutionären Umsturzes ein, was Implikationen für die Güterbereitstellung und somit die Determinanten einer freien Presse nach sich zieht.

Die Gefahr von Massenunruhen stellt für Machthaber neben Putschversuchen eines Rivalen innerhalb der politischen Elite eine große Gefahrenquelle für den Machterhalt dar (Hollyer et al. 2015a: 5). Daher muss ein Machthaber seine Politik und Güterbereitstellung so anpassen, dass er sich einerseits die Unterstützung seiner Winning Coalition sicher sein und andererseits aber auch revolutionäre Umstürze von außerhalb der Eliten möglichst minimieren kann. Wie ersteres die Güterbereitstellung des Herrschers beeinflusst, wurde bereits in den vorangegangenen Kapiteln erläutert. Wie sich die Gefahr eines Massenumsturzes laut der Selektoratstheorie in die Güterkalkulation integrieren lässt, wird nachfolgend genauer vorgestellt. Dazu ist es zunächst notwendig, zu verstehen, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit sich die Disenfranchised gegen das bestehende politische System wenden. Eine bedeutende Rolle spielen dabei sogenannte Koordinierungsgüter. Bueno de Mesquita und Smith (2010: 938) führen diese als eine Unterkategorie öffentlicher Güter in ihre modifizierte Fassung der Selektoratstheorie ein. Da die Autoren allerdings die Rolle von Koordinierungsgütern kaum ausformulieren, soll zunächst spezifiziert werden, wie Koordinierungsgüter allgemein und insbesondere eine freie Presse die Gefahr eines Aufstandes erhöhen kann. Zudem muss das Verhältnis zwischen Koordinierungsgütern und wirtschaftlicher Produktivität bzw. Kosten der Repression etwas genauer ausgeführt werden, da auch hier die später vorgestellte Erweiterung der Selektoratstheorie nur wenige Angaben macht.

### **2.5.1 Koordinierungsgüter und Revolutionen**

Während öffentliche Güter allgemein die Produktivität und somit den Wohlstand einer Gesellschaft steigern, führen Koordinierungsgüter wie die Versammlungs- oder Pressefreiheit zusätzlich dazu, dass sich Bürger leichter koordinieren und organisieren können (Bueno de Mesquita/Downs 2005: 82-83). Freie Medien können dabei als Platz zum Austausch und zur Koordination von oppositionellen Gruppen dienen. In dieser Rolle unterstützen freie Medien die Bürger das sogenannte *collective action problem* zu überwinden (siehe Shadmehr/Bernhardt 2011). Ein Aufstand gegen die politische Führung ist demnach immer mit Kosten für die Revolutionäre verbunden. Gerade wenn ein Herrscher, wie es in Autokratien nicht unüblich ist, nach seiner Absetzung mit einer Verhaftung oder sogar dem Tod und die Mitglieder seiner Winning Coalition mit dem Verlust ihrer exklusiven Zuwendungen

rechnen müssen, werden sie mittels Repression und Verfolgung Andersdenkender solche Umsturzversuche verhindern wollen oder gewaltsam niederschlagen (Bueno de Mesquita et al. 2005: 342-343; Shadmehr/Bernhardt 2011: 838). Diese Kosten einer Revolution sinken, wenn die Anzahl der Beteiligten an einem Aufstand steigt (siehe Bueno de Mesquita 2010; Hollyer et al. 2015a: 5). Wenn nur genügend Personen an einem Aufstand teilnehmen, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass man als einzelne Person verhaftet wird, oder körperliche Gewalt fürchten muss. Weiterhin spielt die Leistungsfähigkeit des herrschenden Regimes und Informationen dazu eine bedeutende Rolle, ob sich Bürger einem Aufstand anschließen. Werden Korruptionsfälle, Vetternwirtschaft oder Verschwendung innerhalb der politischen Eliten öffentlich gemacht, kann dies dazu führen, dass Bürger sich gegen das inkompetente Regime erheben (Hollyer et al. 2015a: 6). Ist die Performanz eines Herrschers schlecht – bzw. wenn er primär private Güter und keine öffentlichen Güter bereitstellt – und die Bürger gleichzeitig über die schlechte Arbeit der Regierung informiert werden, wird es wahrscheinlicher, dass die Bürger gegen den Herrscher revoltieren.

Insgesamt bestimmen also zwei Faktoren, ob sich Bürger einer Revolution gegen den Herrscher anschließen oder nicht. Erstens muss ein Bürger sicher sein, dass es eine genügend große Anzahl an Mitstreitern gibt, damit die Kosten infolge repressiver Maßnahmen des Staates möglichst klein bleiben. Zweitens müssen Informationen bereitstehen, dass sich die jetzige politische Führung als inkompetent erwiesen hat und die Bürger sich durch einen Umsturz eine Verbesserung der Politik und ihrer eigenen Lage erhoffen können. Den Medien kann dabei für beide Faktoren eine zentrale Rolle zugeschrieben werden. Können Medien frei und unabhängig berichten, erhöht dies auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie Fehlverhalten innerhalb der politischen Eliten aufdecken und den Bürgern zugänglich machen. Weiterhin können Berichte über Aufstände oder oppositionelle Bewegungen Bürger dazu ermuntern, sich den Protesten anzuschließen, was die Gefahr eines Massenumsturzes erhöhen kann.

### **2.5.2 Die Kosten der Repression von Koordinierungsgütern**

Bevor die erweiterte Güterkalkulation des Herrschers nach der Selektoratstheorie vorgestellt werden kann, muss ein weiterer Punkt bezüglich der Rolle von Koordinierungsgütern spezifiziert werden. Obwohl Bueno de Mesquita und Smith (2010: 936) in ihrer Neufassung der Selektoratstheorie den bedeutenden Einfluss der Koordinierungsgüter auf die Wahrscheinlichkeit eines Aufstandes anerkennen, unterstellen sie, dass eine Einschränkung von Koordinierungsgütern auch die wirtschaftliche Produktivität und die Einnahmen eines Staates verringern. Obwohl selbst die von den Autoren verwendete Quelle besagt, dass Koordinie-

rungsgüter zentral für politische Partizipation und Koordination sind, sie aber im Gegensatz zu anderen öffentlichen Gütern relativ wenig Auswirkung auf die wirtschaftliche Produktivität haben (Bueno de Mesquita/Downs 2005: 80-81), weisen Bueno de Mesquita und Smith weiterhin zurück, dass ein Herrscher politische Freiheiten unterdrücken (*stick*) und gleichzeitig durch die Bereitstellung unpolitischer öffentlicher Güter (*carrots*) für wirtschaftlichen Wohlstand sorgen kann (Gallagher/Hanson 2015: 380). Die Autoren bleiben aber auch hier eine genauere Erläuterung schuldig, wie sich beispielsweise Versammlungs-, Meinungs- oder Pressefreiheit auf die wirtschaftliche Produktivität auswirken. Daher werden einige alternative Erklärungsansätze vorgestellt, warum eine Zurückhaltung bzw. aktive Repression der Pressefreiheit zu Einnahmerückgängen führen und mit zusätzlichen Kosten für den Herrscher verbunden sein kann.

Wie bereits in Kapitel 2.1.1 angesprochen, bilden frei verfügbare und korrekte Information, wie sie idealerweise von freien Medien vermittelt werden, für Bürger aber auch für Unternehmen oder staatliche Akteure eine bedeutende Grundlage für ökonomisches Handeln und den Aufbau einer funktionierenden und effizienten Wirtschaft (Stiglitz 2002: 483-485). Zudem werden Korruption und Missmanagement in Wirtschaft oder Politik öffentlich gemacht, was zur Bestrafung oder Absetzung inkompetenter Akteure und einer allgemeinen Verbesserung der Performanz führen kann (Egorov et al. 2009: 646-647; Hollyer et al. 2015b: 2-4). Im Endeffekt ergibt sich aus einer transparenten Informationspolitik die Möglichkeit, dass der Herrscher über mehr Steuereinnahmen verfügen kann, als wenn er Informationen und Medien unterdrückt. Hollyer et al. (2014: 2-5) nehmen weiterhin an, dass insbesondere ausländische Unternehmen nur dann Investitionen in einem Land tätigen, wenn von der Politik transparent korrekte und umfassende Informationen bereitgestellt werden, wodurch ökonomische Unsicherheiten seitens der Investoren verringert werden können. Erlaubt ein Staat also den Zugang zu Informationen und deren Veröffentlichung, kann er die wirtschaftliche Produktivität und letztlich seine Einnahmen steigern. Staaten, die sich abschotten und unabhängige Informationen zurückhalten, werden weniger von ausländischen Investitionen und den Vorteilen einer funktionierenden Wirtschaft profitieren.<sup>27</sup>

Für Bueno de Mesquita und Downs (2005: 83) ist zudem das Etablieren von Überwachungs- und Repressionssystemen, die eine Koordination erschweren sollen, oftmals mit deutlich größerem finanziellen Aufwand verbunden als die Gewährung von Koordinierungsgütern. Am Beispiel der Einschränkung einer freien Presse muss der Herrscher aus unterschiedli-

---

<sup>27</sup> Gehlbach und Sonin (2014) unterstellen weiterhin, dass eine staatlich kontrollierte Medienlandschaft Werbeeinnahmen reduziert, da Medien, die starker staatlicher Propaganda unterliegen, von den Bürgern seltener konsumiert werden und als weniger glaubhaft erachtet werden, was mögliche Werbekunden von Anzeigen abhalten kann.

chen Gründen weitaus mehr Ressourcen aufbringen, als wenn er eine von staatlichen Zuwendungen unabhängige Presse erlauben würde. Es ist notwendig die Arbeit von Journalisten zu überwachen, Oppositionelle müssen identifiziert, verfolgt und verhaftet werden. Der Staat muss weiterhin Berichte und Informationen möglichst allumfassend kontrollieren und so beispielsweise Zugänge zu unliebsamen Internetseiten aus dem Ausland sperren. Andererseits muss ein von staatlichen Mitteln abhängiger Medienapparat am Laufen gehalten werden, um die Bevölkerung mit regimekonformen Nachrichten oder Meinungen ruhig und loyal zu halten.

Das Einsetzen von Repression gegenüber Medien, Bürgern aber auch Eliten als Mittel zur Machtsicherung hat zudem zur Folge, dass Herrscher nie das wahre Ausmaß an Unterstützung in der Bevölkerung oder innerhalb einflussreicher Gruppen kennen. Bürger aber auch Eliten werden aus Angst vor Verfolgung und Verhaftung niemals ihre wahre Meinung sagen. Ein Herrscher, der freie Informationen und einen kritischen gesellschaftlichen Diskurs unterdrückt, kann sich somit nie über das genaue Ausmaß an Unzufriedenheit oder der Gefahr eines möglichen Umsturzes sicher sein (Wintrobe 2007: 365). Um aus diesem ‚Dilemma des Diktators‘ auszubrechen, gibt es zwei Möglichkeiten:

Er kann die Repression zurückfahren und Medien- sowie Meinungsfreiheit garantieren, um so quasi kostenlos Informationen über das wahre Ausmaß an Unterstützung oder Unzufriedenheit in der Bevölkerung und in einflussreichen Gruppen zu generieren. Allerdings bedeutet eine Liberalisierung auch, dass Medien nun unabhängig von staatlicher Kontrolle Informationen über die Politik und die Performanz des Regimes liefern. Machthaber, die viele private Güter an ihre Winning Coalition ausschütten, laufen damit Gefahr, dass Vetternwirtschaft, Korruption und Geldverschwendung unter den Eliten öffentlich gemacht werden und das Überleben des Diktators gefährden. Eine Revolution wird somit durch die Gewährung von Medienfreiheit oder anderen Koordinierungsgütern infolge der Liberalisierungsstrategie zur Gefahr für den Herrscher (Egorov et al. 2009: 647; Hollyer 2015: 5).<sup>28</sup> Diese Variante, sich genauere Informationen über die Unterstützung seiner Politik zu beschaffen und die eigene Herrschaft abzusichern, ist für Herrscher mit großen Risiken verbunden.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, ein umfassendes und funktionierendes, aber auch kostenintensives Repressions- und Spionagenetzwerk aufrechtzuerhalten, welches exklusiv

---

<sup>28</sup> In Demokratien verhelfen transparente und umfassende Datenbereitstellung über die Arbeit der Regierung den Bürgern die Leistung der Politiker abschätzen zu können und im Endeffekt eine fundierte, ‚richtige‘ Wahlentscheidung zu treffen. Die Kontrolle der Regierung über Wahlen in transparenten Demokratien kann somit deutlich besser funktionieren, die Regierenden zu einer besseren Performanz angehalten werden und zu einer stärkeren Legitimation der Institutionen infolge des funktionierenden elektoralen Prozesses führen. In Demokratien wird mit hoher Transparenz ein revolutionärer Umsturz also weniger wahrscheinlich (Hollyer et al. 2015b: 2-5).

Informationen an den Machthaber heranträgt.<sup>29</sup> Somit umgeht der Diktator die Gefahr, die von freien Medien ausgeht, dass sich die Bevölkerung aufgrund von Berichten über Regierungsversagen gegen ihn wendet (Egorov et al. 2009: 650). Allerdings müssen zur Implementierung dieser Strategie genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Es kann also aus verschiedenen Gründen angenommen werden, dass die Unterdrückung einer freien Presse für den Herrscher mit höheren Kosten und auch mit Einnahmeeinbußen aufgrund mangelnder wirtschaftlicher Effizienz verbunden ist, als wenn er das Ausmaß an Repression gegenüber Medien oder der Bevölkerung zurückfährt. Nur Herrscher, die über genügend gesicherte Einnahmen verfügen, können daher auch die Bereitstellung von Koordinierungsgütern soweit einschränken und die politische Repression glaubhaft aufrecht erhalten, dass Bürger keinen Gebrauch von einem Aufstand gegen den Herrscher machen.

## **2.6 Selektoratstheorie II: Revolutionen, freie Ressourcen und das Überleben des Herrschers**

Wie sich die Revolutionsgefahr in die Güterkalkulation des Herrschers einfügt, und welche Faktoren nach der modifizierten Fassung der Selektoratstheorie letztendlich die Pressefreiheit beeinflussen, soll nun in den folgenden Kapiteln behandelt werden. Dazu wird zunächst erläutert, wann die Gefahr einer Revolution für den Herrscher besonders groß ist. Daran anschließend werden zwei Mechanismen vorgestellt, welche im Endeffekt das Ausmaß einer freien Presse in verschiedenen politischen Systemen erklären: Einerseits bleibt die Größe der Winning Coalition ein zentraler Einflussfaktor für die Güterbereitstellung eines Herrschers, andererseits unterstellen Bueno de Mesquita und Smith (2009: 172-173; 2010: 937) in ihrer erweiternden Fassung nun auch einen Effekt sogenannter *freier Ressourcen* auf die Entscheidung des Herrschers, ob er Koordinierungsgüter und somit die Pressefreiheit unterdrückt oder einer Liberalisierung der Presse zustimmt.

### **2.6.1 Revolutionsgefahr in Abhängigkeit der Größe der Winning Coalition**

Die intra-Eliten Gefahr für den Machterhalt und deren Folgen auf die Güterbereitstellung wird nun um eine Bedrohung durch die Bevölkerung bzw. den Disenfranchised ergänzt. Das Ziel einer Revolution ist grundsätzlich das Ersetzen des vorherrschenden Regimes durch ein „more inclusive one“ (Bueno de Mesquita/Smith 2010: 936). Oder, um es mit den Begriffen

---

<sup>29</sup> Diese exklusiven Informationen benötigt ein Herrscher beispielsweise auch dazu, um die sachgemäße und effiziente Implementierung seiner politischen Entscheidungen bewerten zu können. Der Herrscher muss abschätzen können inwieweit die ihm untergeordnete staatlichen Institutionen finanzielle Mittel, die er für bestimmte Projekte frei gibt, verschwenden oder effizient zur Umsetzung der Vorgaben verwendet werden (Egorov et al. 2009: 646-647).

der Selektoratstheorie zu formulieren, Revolutionäre fordern eine Neuverteilung der Einnahmen zugunsten öffentlicher Güter, von denen alle Bürger eines Staates profitieren können und nicht nur eine kleine Elite. Inwieweit diese Forderung nach einem inklusiveren bzw. demokratischeren System nach einer erfolgreichen Revolution dann auch tatsächlich umgesetzt wird, spielt dabei keine Rolle. Alleine die glaubhafte Gefahr eines Umsturzes durch die Bevölkerung und die Forderung nach mehr öffentlichen Gütern bewirkt, dass ein Herrscher seine Güterkalkulation anpassen muss (Bueno de Mesquita/Smith 2009: 176).

Unter welchen Umständen ist die Wahrscheinlichkeit für eine Revolution und somit die Notwendigkeit für den Herrscher Aufständen entgegenzuwirken besonders hoch? Voraussetzung ist eine grundlegende Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der eigenen Situation und der Glaube, dass ein Regimewechsel und eine damit verbundene Neuverteilung der Ressourcen die Lebensumstände verbessern könnte. Diese Bedingungen treffen nach den vorgestellten Annahmen der Selektoratstheorie vor allem auf solche Regime zu, in denen die Winning Coalition klein ist (Bueno de Mesquita et al. 2005: 342; Bueno de Mesquita/Smith 2009: 176-177). Die Disenfranchised profitieren nicht von privaten Gütern und haben auch keine Aussicht darauf, unter den bestehenden institutionellen Gegebenheiten Teil der Winning Coalition zu werden. Da aber nach der Selektoratstheorie die optimale Strategie für den Herrscher in Staaten mit einer kleinen Winning Coalition in der Bereitstellung privater Güter besteht, werden die Bedürfnisse eines Großteils der Bevölkerung nicht berücksichtigt. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Disenfranchised sollte hier also besonders prekär sein und somit sollte tendenziell auch die Unzufriedenheit mit dem existierenden Regierungssystem groß sein. Der Anreiz, das jetzige System durch ein inklusiveres zu ersetzen und die zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Bereitstellung öffentlicher Güter zu nutzen, die dann auch den Disenfranchised zugutekommen, sollte hier also besonders hoch sein. Der Nutzen<sup>30</sup> (u) einer erfolgreichen Revolution für die Disenfranchised ist in Abbildung 1 in Abhängigkeit der Größe der Winning Coalition und des Ausmaßes an öffentlichen Gütern (g) dargestellt.

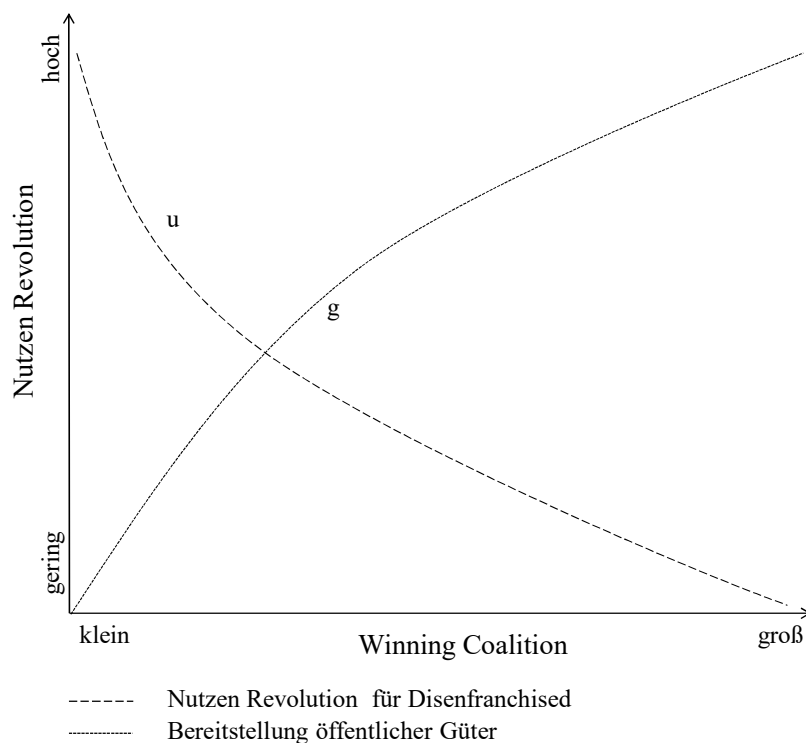
Herrscher in Regimen mit einer kleinen Winning Coalition sehen sich nach der hier vorgestellten Logik immer mit dem Problem konfrontiert, dass in der Bevölkerung ein aus dem Nutzen abgeleitetes Interesse an einem Umsturz besteht. Ist die Winning Coalition und der Anteil an öffentlichen Gütern bereits groß, ist auch die Gefahr einer Revolution aufgrund des geringen Nutzens niedrig. Die Bürger profitieren bereits von der inklusiven Politikausrichtung der Regierung und sollten grundsätzlich wenig Nutzen von einer Neuverteilung der

---

<sup>30</sup> Der Nutzen wird dabei darüber definiert, inwieweit sich die Situation der Aufständischen nach einer erfolgreichen Revolution verbessern ließe, indem mehr öffentliche statt privater Güter bereitgestellt werden.

Staatseinnahmen haben (Bueno de Mesquita et al. 2005: 370; Bueno de Mesquita/Smith 2009: 178).<sup>31</sup>

Abbildung 1: Bereitstellung öffentlicher Güter und Nutzen einer Revolution für die Disenfranchised in Abhängigkeit der Größe der Winning Coalition



Quelle: Bueno de Mesquita/Smith 2009: 178; Eigene Darstellung.

Ein Effekt der Selektoratsgröße und der daraus resultierenden Loyalitätsnorm auf die Revolutionswahrscheinlichkeit ist nicht eindeutig vorherzusagen. So ist einerseits in Regimen mit einem kleinen Selektorat der Anteil der Disenfranchised, die unter besonders schlechten Umständen leben und keine Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Umstände unter den gegebenen Institutionen sehen, besonders groß. Andererseits besteht die Möglichkeit, dass sich Selektoratsmitglieder in Systemen mit einem großen Selektorat und einer kleinen Winning Coalition ebenfalls einer Revolution anschließen, da hier die Aussicht auf eine Beteiligung an der Winning Coalition besonders gering ist (Bueno de Mesquita et al. 2005: 361-362; 370-371). Da kein eindeutiger Effekt des Selektorats abgeleitet werden kann, beschränken sich die nachfolgenden Ausführungen auf die Größe der Winning Coalition.

Daher kann zunächst festgehalten werden, dass Herrscher mit einer kleinen Winning Coalition grundsätzlich einen Anreiz besitzen, Koordinierungsgüter zu unterdrücken, da sie in be-

<sup>31</sup> Weiterhin kann grundsätzlich in Demokratien die Regierung bei Unzufriedenheit über bestimmte politische Entscheidungen oder die spezifischen Bereitstellung bestimmter Güter durch eine einfache Abwahl wesentlich ‚kostensparender‘ abgesetzt werden als durch einen gewaltsamen Umsturz des gesamten Regimes. Da die Selektoratstheorie, wie in der kritischen Auseinandersetzung erläutert wurde, jedoch nicht zwischen verschiedenen Absetzungsmöglichkeiten unterscheidet, ignoriert sie diesen Punkt auch in der erweiterten Fassung.

sonders hohem Maße von Massenumstürzen bedroht sind. Für Systeme mit einer großen Winning Coalition stellt sich die Ausgangslage dagegen ganz anders dar. Die Bürger können ihre Lebensumstände kaum durch einen Regimeumsturz verbessern, da die optimale Strategie für den Herrscher bereits eine möglichst inklusive, aus öffentlichen Gütern bestehende Politik ist. Daher beschränken sich die weiteren Erläuterungen auf Systeme mit einer kleineren Winning Coalition. Wie sich die Gefahr durch eine Revolution abgesetzt zu werden, in die Güterkalkulation des Herrschers integrieren lässt und welche Faktoren die Pressefreiheit bestimmen wird im nächsten Kapitel weiter spezifiziert.

## 2.6.2 Strategien des Herrschers: Repression oder Liberalisierung

Herrscher unterliegen nach den bisher vorgestellten Annahmen zwei Einschränkungen bei der Auswahl ihrer Politik bzw. ihres Angebots an privaten und öffentlichen Gütern: Erstens muss durch ein passendes Güterangebot die Unterstützung der Winning Coalition gesichert werden, und zweitens müssen Aufstände der Bevölkerung gegen das Regime möglichst unterbunden werden. Die drohende oder akute Gefahr eines revolutionären Umsturzes erfordert folglich vom Herrscher, dass er das Angebot an privaten und öffentlichen Gütern, wie es in Kapitel 2.3.1 vorgestellt wurde, modifiziert (Bueno de Mesquita/Smith 2010: 938).

Dem Herrscher stehen nach der erweiterten Selektoratstheorie grundsätzlich zwei Möglichkeiten zur Verfügung, um eine Revolution zu vermeiden und sich gleichzeitig die Unterstützung seiner Winning Coalition zu sichern: Entweder der Herrscher schränkt die Bereitstellung von Koordinierungsgütern durch Repression ein, oder er vergrößert den Anteil an öffentlichen Gütern, um den Nutzen und somit die Gefahr einer Revolution zu verringern (Bueno de Mesquita/Smith 2010: 938). Welche Antwort der Machthaber wählt, steht nach der erweiterten Fassung der Selektoratstheorie in einem systematischen Zusammenhang mit der Größe der Winning Coalition sowie der Verfügbarkeit sogenannter freier Ressourcen. Freie Ressourcen umfassen dabei zum Beispiel Einnahmen aus natürlichen Öl- oder Gasvorkommen aber auch aus Entwicklungshilfe, deren Ausschöpfung weitgehend unabhängig vom wirtschaftlichen Produktivitätsniveau eines Landes ist (Bueno de Mesquita/Smith 2009: 172-173; siehe auch Ross 2001). Einnahmen aus freien Ressourcen stehen dem Herrscher also immer zur Verfügung, egal ob er ansonsten eine Politik verfolgt, die der wirtschaftlichen Produktivität zuträglich ist oder nicht. Bueno de Mesquita und Smith erweitern ihre Theorie durch die Berücksichtigung der Verfügbarkeit um den sogenannten *natural resource curse* (siehe Ross 2001, 2003) für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes. Demnach müssen sich Herrscher, deren Einnahmen sich aus einfach auszubeutenden natürlichen Ressourcen generieren, auch nur wenig um eine funktionierende Infrastruktur, funktionie-

rende Verwaltung, wirtschaftliche Entwicklung oder politische Mitbestimmung kümmern. Stattdessen können Herrscher Einnahmen aus freien Ressourcen für privaten Zuwendungen an ihre Unterstützer aber auch zum Aufbau eines Repressionssystems verwenden, um Umstürze und dadurch den Verlust zum Zugang zu den Einnahmen aus natürlichen Ressourcen zu verhindern (Bueno de Mesquita/Smith 2009: 181-182). Unter welchen Bedingungen ein Herrscher nun also die Pressefreiheit stärker einschränkt und wann nicht, wird nachfolgend erläutert.

Die Repressionsstrategie besteht darin, dass ein Herrscher die Bereitstellung von Koordinierungsgütern soweit zurückfährt, so dass eine Revolution aufgrund mangelnder Informationen und Koordinationsmöglichkeiten der Bürger trotz eines hohen Nutzens unwahrscheinlich bleibt (Bueno de Mesquita/Smith 2009: 177-179, 2010: 938). Herrscher, deren Winning Coalition bereits relativ klein ist und zudem über Zugang zu freien Ressourcen verfügen, werden dabei die Repressionsstrategie präferieren. Wie bereits erläutert wurde, kann die wirtschaftliche Produktivität durch Unterdrückung von Koordinierungsgütern nach der Selektoratstheorie sinken und auch das Aufrechterhalten eines umfassenden Repressionsapparats ist für den Herrscher mit Kosten verbunden. Dennoch muss der Herrscher gerade unter dem Eindruck einer möglichen Revolution seiner Winning Coalition genügend private Güter bereitstellen, um nicht deren Unterstützung zu verlieren. Daher ist diese Strategie nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Erstens muss der Herrscher über freie Ressourcen verfügen können, um den Ausfall an wirtschaftlicher Produktivität infolge des Zurückfahrens der Koordinierungsgüter, anfallender Kosten für den Überwachungsapparat und den Nutzenverlust durch das Unterdrücken von Koordinierungsgütern für die Winning Coalition-Mitglieder zu kompensieren (Egorov et al. 2009: 650; Bueno de Mesquita/Smith 2010: 939). Und zweitens sollte die Anzahl der zu versorgenden Winning Coalition Mitglieder bereits recht gering sein, da hier die Ausgaben für private Güter nur für eine kleine Anzahl an Personen durch größere finanzielle Aufwendungen ausgeglichen werden müssen. Vorteilhaft für den Herrscher ist dabei, dass sich auch die Loyalität der Winning Coalition Mitglieder erhöhen kann, da ein Ausschluss aus der Winning Coalition infolge der Unterdrückung von Koordinierungs- oder anderen öffentlichen Gütern, mit großen Einbußen verbunden ist (Bueno de Mesquita/Smith 2009: 179).<sup>32</sup> Hat diese Autokratisierungsstrategie Erfolg, kann

---

<sup>32</sup> Zudem kann der Herrscher im Zuge dieser Strategie nach Bueno de Mesquita und Smith (2009: 180, 183-184) die Größe der Winning Coalition verringern. Natürlich ist der Ausschluss von Mitgliedern aus der Winning Coalition immer mit der Gefahr verbunden, dass ein Rivale eine eigene Winning Coalition aufbaut und den Herrscher absetzen kann. Dennoch schließen Bueno de Mesquita und Smith (2009: 184) nicht aus, dass es dem Herrscher durch „great skill and ingenuity“ gelingen kann, die Winning Coalition zu verkleinern und trotzdem an der Macht zu bleiben. Dieser Gedanke wird hier aber nicht weiter verfolgt, da unklar bleibt, unter welchen Umständen genau Winning Coalition Mitglieder einer Verkleinerung zustimmen, statt sich dem Rivale anzuschließen. Weiterhin widerspricht dieser Punkt den bisher vorgestellten Annahmen, dass ein Herrscher

der Machthaber seine Position langfristig festigen, da er einerseits über die Unterstützung einer nun besonders loyalen Winning Coalition verfügt und die Gefahr eines revolutionären Umsturzes minimiert wird, indem den Bürgern die Möglichkeit zur Koordination genommen wurde (Bueno de Mesquita/Smith 2009: 939). Daher gilt auch zu erwarten, dass die Pressefreiheit in autokratischen Regimen mit einer kleinen Winning Coalition und Zugang zu freien Ressourcen besonders stark unterdrückt wird.

Die zweite Option, die Ausweitung öffentlicher Güter, besteht aus dem gegenteiligen Vorgehen, nämlich die Revolutionären mit der Steigerung des Anteils an öffentlichen Gütern ‚herauszukaufen‘ bzw. ihnen entgegenzukommen, um den Bürgern das Bedürfnis zu nehmen, das Regime überhaupt umstürzen zu wollen. Diese Strategie sollte dabei von Herrschern verfolgt werden, deren Winning Coalition bereits etwas größer ist, über keine freien Ressourcen verfügen und stattdessen von Steuereinnahmen bzw. einer produktiven Wirtschaft abhängig sind (Bueno de Mesquita/Smith 2010: 938-939). Die große Zahl an zu versorgenden Winning Coalition-Mitgliedern, die Kosten der Unterdrückung und der mögliche Verlust von Einnahmen aufgrund sinkender wirtschaftlicher Produktivität als Folge der Repressionsstrategie verhindern, dass ein Herrscher die Winning Coalition alleine durch private Güter loyal halten kann. Daher bleibt dem Herrscher nur die Möglichkeit, Aufstände zu verhindern, indem er die Präferenzen der Disenfranchised berücksichtigt und mehr öffentliche Güter bereitstellt (Bueno de Mesquita/Smith 2009: 179-181).

Während diese Strategie kurzfristig die Gefahr einer Revolution verringert, kann sie langfristig negative Folgen für das Überleben des Machthabers haben. Durch die Umstellung des Güterangebots hin zu mehr öffentlichen Gütern besteht die Möglichkeit, dass Mitglieder der Winning Coalition sich einem Herausforderer anschließen. Dieser kann durch ein Gegenangebot an die Selektoratsmitglieder, das mehr private Güter beinhaltet, abtrünnige Eliten an sich binden. Weiterhin sinken die Kosten eines möglichen Ausschlusses aus der Winning Coalition, infolge der Umstellung des Herrschers auf mehr öffentliche Güter, was die Loyalität der Winning Coalition weiter verringern kann (Bueno de Mesquita/Smith 2009: 181). Nach der Selektoratstheorie ist dabei nicht auszuschließen, dass manche dieser neu bereitgestellten öffentlichen Güter auch als Koordinierungsgüter genutzt werden können (Bueno de Mesquita/Smith 2010: 939).<sup>33</sup> Daher bleibt die Gefahr einer Revolution auch für den Heraus-

---

seine Winning Coalition möglichst auf ein Minimum beschränkt, wodurch eine weitere Verkleinerung eigentlich ausgeschlossen ist.

<sup>33</sup> Diese Gefahr kann der Herrscher natürlich möglichst klein halten, wenn es ihm gelingt, nur solche öffentliche Güter bereitzustellen, welche zwar die wirtschaftliche und soziale Lage der Disenfranchised verbessert, nicht jedoch die politische Mobilisierungsfähigkeit erhöht. Inwieweit diese sogenannte „strategic coordination“ (Bueno de Mesquita/Downs 2005: 80) in der Praxis umsetzbar ist, bleibt jedoch eine Frage, die von der Selektoratstheorie auch in ihrer modifizierten Form nicht beantwortet wird. Dass diese Möglichkeit auch in neueren

forderer bestehen und kann sich infolge einer größeren Mobilisierungsfähigkeit der Bevölkerung sogar noch vergrößern. Gerade wenn der Machthaber einen Kurs der Liberalisierung eingeschlagen und mehr öffentliche Güter versprochen hat, wird es für einen Herausforderer schwierig dieses Versprechen an die Bevölkerung wieder zurückzunehmen, ohne dass das Volk erneut rebelliert.<sup>34</sup>

Der Herrscher muss infolge der Erweiterungsstrategie öffentlicher Güter einerseits seine Winning Coalition mit privaten Gütern versorgen und andererseits die Bürger durch öffentliche Güter ruhig halten. Eine Möglichkeit, diesen Güterkonflikt zu beenden, wäre es, die Winning Coalition soweit zu vergrößern, dass der Nutzen aus öffentlichen Gütern auch für die Mitglieder der Winning Coalition den Nutzen aus privaten Gütern übersteigt. Im Idealfall würde dies also bedeuten, dass der Herrscher seine Güterbereitstellung auf öffentliche Güter umstellt (Bueno de Mesquita/Smith 2009: 183, 2010: 939). Es wäre daher auch zu erwarten, dass in solchen Systemen die Pressefreiheit größer ist, als in Systemen mit einer sehr kleinen Winning Coalition und Zugang zu freien Ressourcen.

Durch die Definition der Pressefreiheit als Koordinierungsgut und dem Hinzufügen eines revolutionären Umsturzes in die Güterkalkulation des Herrschers, wurden die Folgen einer freien Presse für politische Eliten insgesamt weitaus passgenauer berücksichtigt, als mit den Annahmen aus *The Logic of Political Survival*. Zudem wurde durch die Verfügbarkeit freier Ressourcen ein zweiter Erklärungsmechanismus hinzugefügt, wann ein Herrscher die Presse unterdrücken sollte. Insgesamt bleibt daher festzuhalten, dass je kleiner die Winning Coalition eines Herrschers und je größer die Verfügbarkeit freier Ressourcen ist, desto stärker sollte auch die Unterdrückung der Medien sein. In Systemen mit einer kleinen Winning Coalition besteht grundsätzlich kein Anreiz für den Herrscher öffentliche Güter oder Koordinierungsgüter wie die Pressefreiheit in seine Kalkulation mit einzuschließen. Die Unterstützung seiner Winning Coalition sichert er sich durch private Zuwendungen an die einzelnen Mitglieder und die Gefahr eines Bürgeraufstandes verringert er, indem er gerade Koordinierungsgüter in einem großen Maß unterdrückt. Dadurch nimmt er den Bürgern die Möglichkeit, überhaupt kollektive Aktionen durchzuführen und zu einer Gefahr für den Herrscher zu werden. Sollte der Herrscher in einer solchen Konstellation zudem über freie Ressourcen verfügen, wird die Repressionsstrategie noch lukrativer, da er genügend freie Einnahmen zur Verfügung hat, um seine Herrschaft zu sichern. Er kann Kosten für die Repression, mögliche wirtschaftliche Produktivitätseinbußen durch den Mangel an öffentlichen Gütern und Kompensa-

---

Fassungen der Selektoratstheorie nicht aufgegriffen wird, bildet daher auch eine bleibende Schwachstelle der Selektoratstheorie (Gallagher/Hanson 2015: 380-381).

<sup>34</sup> Hollyer et al. (2014: 2, 5-8) nehmen daher zum Beispiel an, dass infolge einer Liberalisierung, steigender Transparenz und Offenheit des Regimes ein Putsch der Eliten unwahrscheinlicher wird.

tionen an die Winning Coalition-Mitgliedern einfach abfangen, da ihm eine große Menge an Einnahmen zur Verfügung stehen.

Anders verhält es sich, wenn ein Herrscher über eine etwas größere Winning Coalition verfügt und gleichzeitig auf Einnahmen aus einer produktiven Wirtschaft angewiesen ist. Der Weg der Repressionsstrategie bleibt diesen Herrschern versperrt, da er nicht gleichzeitig die Kosten der Repression und den Ausfall von Einnahmen durch sinkende wirtschaftlicher Produktivität ausgleichen und die relativ große Zahl an Winning Coalition-Mitglieder weiter mit privaten Zuwendungen zufrieden halten kann. Ein Ausweg wäre eine Vergrößerung der Winning Coalition, wodurch er sich einerseits die Unterstützung der Winning Coalition-Mitglieder und auch die Wahrscheinlichkeit eines revolutionären Umsturzes durch die Bereitstellung öffentlicher Güter sichern kann. Je nachdem, ob die öffentlichen Güter auch Koordinierungsgüter beinhalten, kann folglich unter dieser Konstellation auch ein größeres Maß an Pressefreiheit zu beobachten sein.

Verfügt ein Herrscher dagegen bereits über eine große Winning Coalition besteht seine optimale Strategie in der Bereitstellung öffentlicher Güter. Da der Nutzen einer Revolution in solchen System sehr gering ist, muss der Herrscher auch Koordinierungsgüter nicht unterdrücken. Freie Ressourcen muss er weiterhin nicht für die Aufrechterhaltung eines Repressionsapparats verwenden, sondern kann sie zur Bereitstellung weiterer öffentlicher Güter nutzen, das die Performanz und folglich auch die Wahrscheinlichkeit einer Wiederwahl des Herrschers steigern sollte. Die Presse sollte in Systemen mit einer großen Winning Coalition unabhängig von der Verfügbarkeit freier Ressourcen keiner größeren Repression oder Einschränkungen unterliegen.

Aus der Selektoratstheorie konnten insgesamt zwei bedeutende Faktoren, die Größe der Winning Coalition und die Verfügbarkeit freier Ressourcen, herausgearbeitet werden, die Einfluss auf die Pressefreiheit haben können. Die Größe der Winning Coalition wird nun in Verbindung mit den in Kapitel 2.2 eingeführten autokratischen Regimetypen und Demokratien verknüpft, um daraus Annahmen zu erarbeiten, welche Effekte autokratischer Regimetypen und Demokratien sich auf die Pressefreiheit erwarten lassen. Die Verfügbarkeit freier Ressourcen wird dagegen an keinen bestimmten Regimetyps geknüpft, sondern als Faktor in die Untersuchung eingeführt, der je nach zugewiesener Größe der Winning Coalition unterschiedlich auf die Pressefreiheit wirken kann.

## 2.7 Synthese: Die Größe der Winning Coalition und des Selektorats in verschiedenen Typen politischer Regime

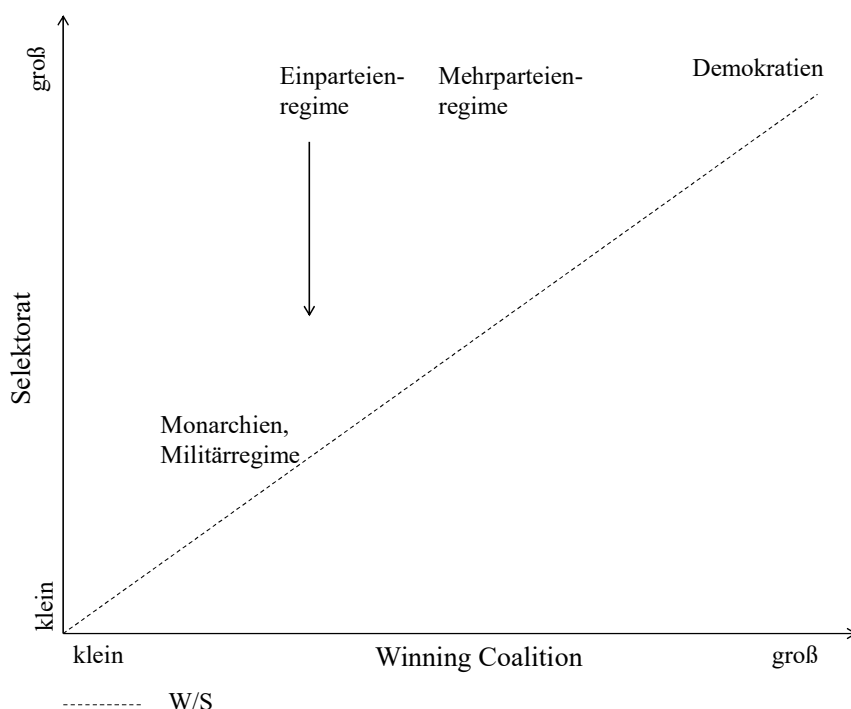
Da sich die Untersuchung nicht nur auf den Einfluss der Winning Coalition auf die Pressefreiheit beschränkt, sondern insbesondere Unterschiede zwischen den in der Forschung etablierten autokratischen Regimetypen behandelt, soll in diesem Kapitel die vorgestellte Regimeeinteilung von Magaloni et al. (2013) mit der von der Selektoratstheorie als zentral herausgestellten institutionellen Dimension, der Größe der Winning Coalition, verknüpft werden. Zudem wird die Größe des Selektorats behandelt, aus der sich die Winning Coalition bildet und darüber entscheidet, welches spezifische Merkmal zur Mitgliedschaft in der Winning Coalition berechtigt. Da sich sowohl die Distinktionsmerkmale von Magaloni et al. (2013: 6) als auch die Einflussfaktoren der Selektoratstheorie auf den Personenkreis bezieht, der über die Auswahl des Herrschers bestimmt, lassen sich beide Konzepte gut miteinander verbinden. Dazu werden nachfolgend die Hinweise zur Größe der Winning Coalition und des Selektorats in unterschiedlichen politische Systeme aus der Selektoratstheorie verwendet (Bueno de Mesquita et al. 2005: 51-57, 69-74) und mit den Definitionsmerkmalen von Magaloni et al. verknüpft (siehe Abbildung 2).

Demokratien zeichnen sich nach der Selektoratstheorie im Verhältnis zu Autokratien allgemein durch ein größeres Selektorat und eine größere Winning Coalition aus. Durch das allgemeine Wahlrecht ist das Selektorat quasi deckungsgleich mit der Gesamtbevölkerung und die Winning Coalition besteht, verkürzt gesagt, aus der Mehrheit des Selektorats (Bueno de Mesquita et al. 2005: 69). Diese Definition von Demokratie gleicht der elektoralen Demokratiekonzeption von Magaloni et al. (2013: 6-7). Auch hier liegt eine Demokratie nur dann vor, wenn erstens alle Bürger an den Wahlen teilnehmen können und zweitens diese Wahlen fair, kompetitiv und frei von systematischer oder außerinstitutioneller Verzerrung und Einflussnahme sind. Es müssen alle Bürger in die Wahl des Herrschers einbezogen werden, und gleichzeitig muss auch tatsächlich der Kandidat an die Macht kommt, der die Mehrheit des Selektorats auf sich vereinen konnte. Das Fälschen von Wahlergebnissen, was letztendlich einer Verringerung der Winning Coalition-Größe entspräche (Bueno de Mesquita et al. 2005: 55-56), wird dadurch ausgeschlossen.

Am anderen Ende der beiden Skalen stehen Monarchien und Militärregime, die sich nach Bueno de Mesquita et al. (2005: 70-71) durch ein besonders kleines Selektorat charakterisieren. In Monarchien umfasst dieser Kreis nur die royale Familie, während in Militärregimen nur einige hochrangige Militärvertreter ein Mitspracherecht bei der Auswahl des Herrschers besitzen. Aus diesem bereits überschaubaren Kreis ist wiederum nicht einmal eine Mehrheit der Mitglieder für den Herrscher nötig, um den Machterhalt zu sichern. Statt-

dessen genügen oftmals einige wenige mächtige Mitglieder der royalen Familie oder des Militärs (Bueno de Mesquita et al. 2005: 71). Auch für Magaloni (2008: 731) bilden die königliche Familie in Monarchien und der Militärapparat in Militärregimen die Machtgrundlage des Herrschers. Selbst wenn Parteien oder eine Legislative in solchen Regimen bestehen, haben sie keinen Einfluss auf die Ernennung des Herrschers oder die politischen Entscheidungen (Magaloni 2008: 731), was weiterhin dafür spricht, dass in diesen Regimen die Winning Coalition und das Selektorat besonders klein sein sollten.

*Abbildung 2: Selektorat und Winning Coalition in Demokratien und autokratischen Regime-typen*



Anmerkungen: Eigene Darstellung.

Etwas weniger eindeutig ist die Zuweisung für Ein- und Mehrparteienregime. Die Selektoratstheorie macht nur zu ersterem Regimetyp einige Aussagen bezüglich der Größe des Selektorats und der Winning Coalition. Bueno de Mesquita et al. (2005: 70) unterstellen dabei eine variierende Größe des Selektorats in Einparteienregimen. Dieses kann nur ca. 10 Prozent der Bevölkerung umfassen, wie zum Beispiel in vielen sozialistischen und faschistischen Einparteiendiktaturen, oder sogar noch um einiges kleiner sein. Auch setzt sich die Winning Coalition hier oft nur aus einem kleinen Personenkreis von Parteikadern oder der Hälfte der Parteimitglieder zusammen. Typischerweise ist das Selektorat im Verhältnis zur Winning Coalition in Einparteienregimen größer als in Militärregimen oder Monarchien (Bueno de Mesquita et al. 2005: 53-54).

Für Magaloni besteht eine Gemeinsamkeit von Ein- und Mehrparteienregimen darin, dass die Legislative über allgemeine Wahlen bestimmt wird (Magaloni 2008: 724, 728). Das Selektorat sollte also näherungsweise in beiden Regimen der Gesamtbevölkerung entsprechen, was der Beschreibung der Selektoratstheorie zuwider läuft. Zumindest auf der Achse der Größe des Selektorats lassen sich Einparteienregime daher nicht eindeutig verorten. Parteien dienen nach Magaloni (2008: 722-724) dem Herrscher als ein Machtbeteiligungsapparat, um so mögliche Rivalen durch die Verteilung von Ämtern und Gütern stärker an die eigene Herrschaft zu binden. Folglich kann angenommen werden, dass der Kreis an Personen, der nötig ist, um an der Macht zu bleiben und vom Machthaber versorgt werden muss, in Parteienregimen größer als in Monarchien oder Militärregimen aber deutlich kleiner als in Demokratien ist (siehe auch Magaloni 2008: 726).

In Einparteienregimen besteht keine Umsturzgefahr durch oppositionelle Parteien. Lediglich die Führungskader der Staatspartei müssen versorgt werden, da die einzige Bedrohung für den Status des Herrschers von einem überschaubaren Personenzirkel innerhalb der Staatspartei ausgeht. In Mehrparteienregimen kann ein Machtwechsel auch grundsätzlich durch einen Wahlsieg oppositioneller Parteien herbeigeführt werden. Der Herrscher muss einerseits genügend Personen aus seiner eigenen Partei hinter sich halten, damit diese nicht andere Parteien gründen oder sich oppositionellen Parteien anschließen (Magaloni 2008: 728-729). Andererseits ist in Mehrparteienregimen auch immer ein gewisses Ausmaß an Unterstützung durch die Bevölkerung nötig. Die Wahlen sind zwar nicht fair, aber eine Abwahl der Regierung ist nicht gänzlich unmöglich, solange nur eine genügend große Zahl an Wählern für oppositionelle Parteien stimmt. Die Winning Coalition sollte in solchen Systemen zwar kleiner als in Demokratien sein, da die Regierungspartei sich ihre Machtbasis auch extrainstitutionell etwa durch Wahlmanipulationen oder Verbot starker Oppositionsgruppen absichern kann. Unter allen Autokratien sollten Mehrparteienregime nach den vorgestellten Überlegungen die größte Winning Coalition aufweisen. Daraus folgt, dass Demokratien aufgrund der Größe der Winning Coalition die größte Pressefreiheit aufweisen sollten. In Autokratien sollten Mehrparteienregime die Presse aufgrund der Größe der Winning Coalition am wenigsten unterdrücken gefolgt von Einparteienregimen. Monarchien und Militärregime sollten dagegen die stärkste Repression der Presse aufweisen.<sup>35</sup>

Bevor die theoretischen Annahmen zum Einfluss der Größe der Winning Coalition, verschiedener Regimetypen und freier Ressourcen in empirisch überprüfbare Hypothesen über-

---

<sup>35</sup> Die hier vorgestellte Einteilung der Regimetypen weicht teilweise von anderen Versuchen ab, die Größe der Winning Coalition auf autokratische Regime zu übertragen (siehe dazu Gallagher/Hanson 2015: 376). Chang und Golden (2010: 7) nehmen weiterhin an, dass es zwischen autokratischen Regimen grundsätzlich keinen Unterschied in der Größe der Winning Coalition gibt. Daher soll diese hier vorgenommene Übertragung gesondert in der empirischen Analyse überprüft werden.

tragen werden, wird nachfolgend ein Überblick über Forschungsergebnisse zur Pressefreiheit in Autokratien und Demokratien gegeben.

### 3 Forschungsstand

Die Forschung zur Pressefreiheit in unterschiedlichen autokratischen Regimen stellt sich bisher noch sehr übersichtlich dar. Einer der wenigen empirischen Untersuchungen, die sich mit der Wirkung verschiedener autokratischer Regimetypen und Demokratien auf das Ausmaß an Pressefreiheit beschäftigt, wurde von Sebastian Stier (2015) vorgelegt. Stier (2015: 5) sieht die jeweilige „regime legitimation and governance“ als entscheidenden Mechanismus zur Unterscheidung der Pressefreiheit in autokratischen Staaten. Wie zu erwarten, findet Stier (2015: 12) in seiner Analyse im Zeitraum von 1993 bis 2010 einen stark positiven Einfluss von Demokratien auf die Pressefreiheit. Innerhalb von Autokratien zeigen sich ebenfalls signifikante Effekte einiger Regimetypen, wobei hier die Typologie von Steffen Kailitz (2013)<sup>36</sup> verwendet wird. Für kommunistische Regime kann Stier das höchste Maß an Unterdrückung feststellen, während Mehrparteien-, Militärregime und Monarchien unter allen Autokratien die freieste Presse aufweisen. Einparteien- und personalistische Regime nehmen weiterhin eine Mittelposition unter den autokratischen Regimen ein. Einkommensquellen aus Öl und Gas zeigen sich dagegen je nach Modellspezifikation nicht immer signifikant. Auch kommt Stier (2015: 15) in einem Robustheitscheck mit der Regimeeinteilung von Hadenius et al. (2013) zu teilweise divergierenden Ergebnissen. Hier zeigt sich ein stärker negativer Effekt von Militärregime auf die Pressefreiheit als im Hauptmodell.

Einer recht ähnlichen Fragestellung gehen Møller und Skaaning (2013) in ihrer Untersuchung politischer Freiheiten in autokratischen Regimen nach.<sup>37</sup> Die Autoren können zeigen, dass sich seit 1989 viele Autokratien liberalisiert haben. Die Unterschiede zwischen autokratischen Regimen sind insgesamt jedoch gering und schwanken zudem stark je nach der verwendeten Regimetynologie. Für die Regimeeinteilung von Cheibub et al. (2013) können die Autoren kaum signifikante Unterschiede ausmachen. Einzig Monarchien zeigen sich etwas liberaler bei der Meinungsfreiheit (Møller/Skaaning 2013: 90). Im Alternativmodell, in dem sie auf die Regimetynologie von Hadenius/Teorell zurückgreifen, ergeben sich durchaus Abweichungen zwischen Autokratien. Mehrparteienregime erweisen sich als durchaus offen bei der Gewährung von politischen Freiheiten, während Einparteiensysteme diese besonders

---

<sup>36</sup> Problematisch an dieser Einteilung ist, dass staatlicher Einfluss auf die Presse als Merkmal zur Identifizierung von Mehrparteienregimen verwendet wird (Stier 2015: 10).

<sup>37</sup> Als Indikator für politische Freiheiten verwenden die Autoren die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Als Regimetynologie verwenden sie sowohl Cheibub et al. (2013) als auch Hadenius et al. (2013) im Zeitraum von 1979 bis 2008 (Møller/Skaaning 2013: 85, 89).

stark unterdrücken. Monarchien und Militärregime liegen zwischen den beiden Extrempolen (Møller/Skaaning 2013: 105).

Hollyer, Rosendorff und Vreeland (2013; 2014; 2015b; 2015a; siehe auch Hollyer 2015) konnten in einer Reihe von Untersuchungen Unterschiede zwischen Autokratien und Demokratien in Bezug auf einen transparenten Umgang mit Informationen nachweisen. Sie konnten zeigen, dass eine erhöhte Transparenz<sup>38</sup> in Autokratien eher zu Instabilität führt, insbesondere wenn sie eine schlechte ökonomische Performanz aufweisen. In Demokratien festigen höhere Werte auf dem Transparenz-Index das demokratische System (Hollyer et al. 2015b: 22-24, 2015a: 30-35). Weiterhin können sie Unterschiede je nach autokratischem Regimetyp im Niveau der Transparenz nachweisen. Personalistische Regime, kodiert nach Geddes et al. (2014), weisen ein etwas niedrigeres Level an Transparenz auf als Militär- oder Parteienregime.

Auch die Rolle des Internets und der damit verbundene Zugang zu unzensurierten Informationen oder Webseiten auf die Stabilität und Pressefreiheit in autokratischen Staaten, wurde in den letzten Jahren mehr Aufmerksamkeit geschenkt (Pfetsch/Esser 2014: 98-99). Die Analyse von 152 Ländern im Zeitraum von 1994 bis 2003 von Jacob Groshek (2009) kommt dabei jedoch zu dem Ergebnis, dass die Verbreitung des Internets den erhofften Liberalisierungseffekt hauptsächlich in Staaten erzielt, die bereits ein demokratisches Regierungssystem implementiert haben oder sich auf dem Weg dorthin befinden. In Entwicklungsländern oder autokratischen Staaten stellen sich dagegen keine positiven Effekte des Internets auf die Demokratisierung der Gesellschaften ein. In einer neueren Studie zur Verbreitung des Internets in Autokratien, können Rod und Weidmann (2015: 344-345) empirisch zeigen, dass gerade in Autokratien, die die Presse bereits stärker unterdrücken, die Internetverbreitung höher ist als in Autokratien mit größerer Pressefreiheit.<sup>39</sup>

Ein weitaus größerer Umfang an Untersuchungen hat sich mit dem von der liberalen Theorie postulierten Zusammenhang zwischen freien Medien, Demokratisierung, Partizipation und Wohlstand beschäftigt.<sup>40</sup> Pippa Norris (2004: 128-133) konnte in einer empirischen Untersuchung zeigen, dass freie Medien tatsächlich positiv mit Rechtsstaatlichkeit, politischer Stabilität, der Qualität der Regierung und Bürokratie, Wohlstand und wirtschaftlicher Entwicklung oder Bildungsraten korreliert. Weiterhin konnten nachgewiesen

---

<sup>38</sup> Die Autoren messen Transparenz darüber, in welchem Umfang Regierungen Daten zu den *World Development Indicators* der World Bank bereitstellen (Hollyer et al. 2013: 7).

<sup>39</sup> Die Autoren führen dies darauf zurück, dass Autokraten das Internet zusehends als neue „repression technology“ (Rod/Weidmann 2015: 340) ansehen und es für Propagandazwecke nutzen oder um Dissidenten leichter aufspüren zu können.

<sup>40</sup> Für einen Überblick über die Literatur, siehe Becker/Vlad (2009: 4-7) und Prat/Strömberg (2013).

werden, dass in Staaten, die keinen oder geringen Einfluss auf Medien ausüben, Korruption im Schnitt weniger stark ausgeprägt ist (siehe Besley/Prat 2006).

Aus den vorgestellten Analysen wird deutlich, dass die gewählte Regimetypologie starken Einfluss auf die empirischen Ergebnisse zur Pressefreiheit oder politischen Freiheiten in Autokratien hat, weswegen die Hinzunahme von Alternativmodellen unerlässlich zur Validierung der Ergebnisse erscheint. Auch kann der gewählte Untersuchungszeitraum Einfluss auf die Ergebnisse haben, da nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion viele Autokraten unter erhöhtem Liberalisierungsdruck gestanden haben (Møller/Skaaning 2013: 88-89). Weiterhin scheinen gerade Mehrparteienregime, Monarchien und Militärregime im Vergleich zu anderen autokratischen Regimen weniger auf eine repressive Politik zurückzugreifen, während personalistische und Einparteienregime, die Pressefreiheit stärker unterdrücken.

## 4 Hypothesen

In diesem Kapitel werden aus den theoretischen Überlegungen und dem Forschungsstand Hypothesen zur Pressefreiheit in autokratischen Regimen und Demokratien aufgestellt, um diese anschließend empirisch zu überprüfen. Hypothese 1 und 2 behandeln den direkt aus der Selektoratstheorie abgeleiteten Einfluss der Größe der Winning Coalition und der Verfügbarkeit freier Ressourcen auf die Pressefreiheit. Hypothese 3 beinhaltet dann den über die Größe der Winning Coalition vermittelten Effekt unterschiedlicher autokratischer Regimetypen und Demokratien auf die Pressefreiheit.

Die erste Hypothese beinhaltet den von der Selektoratstheorie postulierten Zusammenhang zwischen Winning Coalition und der Bereitstellung öffentlicher Güter. Die Grundannahme der Selektoratstheorie besteht darin, dass die Größe der Winning Coalition darüber bestimmt, ob ein Herrscher seine Unterstützer mit privaten oder öffentlichen Gütern versorgt. Ab einer bestimmten Größe der Winning Coalition ziehen deren Mitglieder mehr Nutzen aus öffentlichen Gütern als aus privaten. Während die Pressefreiheit in der Ursprungsversion der Selektoratstheorie noch als core public good verstanden wurde, wurde in den weiteren Ausführungen, der Kritik an dieser Einteilung und der Besonderheit der Pressefreiheit für das Überleben eines Machthabers in Systemen mit einer kleinen Winning Coalition folgend, die Pressefreiheit als Koordinierungsgut definiert. Eine freie Presse kann kritische Informationen über die Regierungsleistung publizieren und Oppositionellen oder Kritikern die Möglichkeit bieten, gehört zu werden und sich zu vernetzen. Daher sollten Herrscher, die sich wenig um die Belange der breiten Bevölkerung mühen – also Machthaber mit einer kleinen Winning Coalition –, dieses Gut besonders stark unterdrücken. Anders verhält es sich, falls der Unterstützerkreis des Herrschers bereits so groß ist, sodass eine Repression des Gutes Pressefrei-

heit nicht durch private Güter kompensiert werden kann bzw. die Bereitstellung privater Güter keine geeignete Strategie zum Machterhalt mehr darstellt. Mit steigender Größe der Winning Coalition kann angenommen werden, dass das öffentliche Gut der Pressefreiheit eher bereitgestellt wird. Insbesondere in Systemen mit einer sehr großen Winning Coalition, deren optimale Strategie bereits auf der Bereitstellung öffentlicher Güter beruht und kaum Aufstände der Bevölkerung zu erwarten sind, ist ein besonders hohes Niveau an Pressefreiheit zu erwarten. Daher lautet die erste Hypothese:

*H1: Je größer die Winning Coalition eines Herrschers ist, desto höher ist die Pressefreiheit.*

In ihrer empirischen Überprüfung der Annahmen der Selektoratstheorie konnten Bueno de Mesquita et al. (2005: 180-199) empirisch nachweisen, dass die Größe der Winning Coalition einen positiven Effekt auf die Bereitstellung von politischen Rechten sowie Freiheiten und die Transparenz der Regierung hat. Regime mit einer kleinen Winning Coalition zeichnen sich dagegen durch höhere Korruption und Vetternwirtschaft aus (Bueno de Mesquita et al. 2005: 200-205). Zudem konnten die Autoren zeigen, dass es gerade Regime mit einer kleinen Winning Coalition sind, die Oppositionelle verfolgen (Bueno de Mesquita et al. 2005: 349-351). Auch bezüglich einer revolutionären Gefahr für den Herrscher konnten Bueno de Mesquita und Smith (2009: 189-194; 2010: 944-948) ihre Thesen empirisch bestätigen. Koordinierungsgüter haben einen bedeutenden Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit eines Massenprotestes in Autokratien. Weiterhin zeigt sich in der Untersuchung, dass Wirtschaftswachstum, also eine positive ökonomische Performanz, die Wahrscheinlichkeit eines Bürgeraufstandes reduziert. In Demokratien bzw. Regimen mit einer großen Winning Coalition haben dagegen weder die Bereitstellung von Koordinierungsgütern noch das Wirtschaftswachstum einen signifikanten Effekt auf die Revolutionswahrscheinlichkeit (Bueno de Mesquita/Smith 2010: 947-948).

Ein Machthaber benötigt genügend freie finanzielle Mittel, um einerseits den von der Selektoratstheorie unterstellten Produktivitätsverlust infolge mangelnder öffentlicher Güter auszugleichen und dennoch die Winning Coalition konstant mit privaten Gütern versorgen zu können. Andererseits ist anzunehmen, dass eine glaubhafte und weitreichende Repression der Medien mit deutlich mehr Kosten für den Herrscher verbunden ist, als die Gewährung einer freien Presse. Hypothese 2 lautet daher:

*H2: Je mehr freie Ressourcen einem Machthaber in Regimen mit einer kleinen Winning Coalition zur Verfügung stehen, desto geringer ist die Pressefreiheit.*

Bueno de Mesquita und Smith (2010: 944) konnten zeigen, dass die Verfügbarkeit freier Ressourcen in Autokratien zu einer signifikanten Reduzierung der Koalitionsgröße führt,

insbesondere wenn der Herrscher einem Massenprotest ausgesetzt ist. Fehlt es dem Machthaber an freien Ressourcen, so reagiert er auf Aufstände durch die Bevölkerung dagegen tendenziell mit einer Vergrößerung der Winning Coalition bzw. einer Liberalisierung seiner Politik. Die festgestellten Effekte freier Ressourcen sind dagegen in Systemen mit einer großen Winning Coalition insignifikant (Bueno de Mesquita/Smith 2010: 944). Auch Egorov et al. (2009: 657) kommen in ihrer umfassenden empirischen Untersuchung zum Einfluss freier Ressourcen auf die Pressefreiheit in Autokratien und Demokratien zu ähnlichen Ergebnissen. Autokraten, welche über große Ölreserven oder Produktionskapazitäten verfügen, unterdrücken die Medien deutlich stärker als ressourcenarme Diktatoren. In Demokratien haben freie Ressourcen dagegen keinen bedeutenden negativen Effekt auf die Pressefreiheit (Egorov et al. 2009: 647, 657).

Hypothese 3 kann nur unter der Bedingung formuliert werden, falls sich der Zusammenhang aus Hypothese 1 und die Übertragung der Größe der Winning Coalition auf verschiedene Regimetypen bestätigen lässt. Es wurde angenommen, dass sich die autokratischen Regimetypen und Demokratien anhand der Größe der Winning Coalition unterscheiden. Dazu wurde ein Versuch vorgestellt, die Größe der Winning Coalition und des Selektorats auf die Regimetyptologie von Magaloni et al. (2013) zu übertragen. Die Begründung dabei war, dass Demokratien im Schnitt über die größte Winning Coalition verfügen; nämlich die Hälfte des Selektorats. Unter den Autokratien sollten Mehrparteienregime die größte Winning Coalition besitzen, gefolgt von Einparteienregimen. Besonders klein sollte dagegen die Winning Coalition in Militärregimen und Monarchien sein, wobei kein Unterschied zwischen diesen beiden Regimen unterstellt wird. Bisherige Befunde zur Performanz autokratischer Regime kommen dabei jedoch zu abweichenden Ergebnissen, als der hier unterstellte Zusammenhang zwischen autokratischem Regimetyp und Größe der Winning Coalition erwarten lassen würde. So kommt James McGuire (2013) bei seiner Untersuchung der sozialen Performanz von Demokratien und autokratischen Subtypen, welche er entlang der beiden institutionellen Dimensionen der Selektoratstheorie aufteilt, zu dem Schluss, dass Mehrparteiensysteme schlechter abschneiden als erwartet und Einparteienregime besser als von der Selektoratstheorie angenommen (McGuire 2013: 70-72). Gleiches gilt auch bei der Untersuchung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Performanz von Juri Diels (2014). Auch hier zeigt sich, dass Mehrparteienregime schlechter abschnitten als erwartet, während Einparteienregime wiederum eine deutlich bessere Performanz aufwiesen (Diels 2014: 75-76). Inwieweit sich diese Abweichungen in der Rangordnung der Regimetypen gemäß der Größe der Winning Coalition für die Pressefreiheit nachweisen lassen sollten, wird die spätere Analyse zeigen. In der Annahme, dass die Aufteilung der Winning Coalition auf die Regimety-

pen und der Effekt der Winning Coalition aus Hypothese 1 sich auch empirisch nachweisen lassen, lautet Hypothese 3 daher:

*H3: In Demokratien ist die Pressefreiheit größer als in allen anderen autokratischen Regimen. Unter den autokratischen Regimen weisen Mehrparteienregime die größte Pressefreiheit auf, gefolgt von Einparteienregimen. Militärregime und Monarchien unterdrücken die Pressefreiheit dagegen am stärksten.*

## **5 Empirische Analyse**

In diesem Kapitel werden die drei aus der Theorie abgeleiteten Hypothesen zur Pressefreiheit empirisch überprüft. Dazu wird zunächst der Datensatz, die Operationalisierung der Variablen und die verwendete Methode vorgestellt. Die darauffolgende empirische Untersuchung teilt sich in zwei übergeordnete Kapitel auf: Zuerst werden Hypothese 1 und 2 untersucht, welche die von der Selektoratstheorie postulierten Kausalzusammenhänge zwischen Winning Coalition, Verfügbarkeit freier Ressourcen und der Pressefreiheit behandeln. Dazu werden überblicksartig der Untersuchungszeitraum, die Verteilung der unabhängigen Variablen in verschiedenen Regionen und Ländern sowie erste Zusammenhänge zwischen der Pressefreiheit und den beiden Einflussfaktoren präsentiert. In Kapitel 5.3.2 werden die Hypothesen mittels TSCS-Regressionsanalysen getestet. In Kapitel 5.4 wird dann der Einfluss autokratischer Regimetypen und Demokratien auf die Pressefreiheit untersucht. In einem Zwischenschritt wird die theoretisch hergeleitete Rangordnung der unterschiedlichen autokratischen Regimetypen und Demokratien gemäß ihrer Größe der Winning Coalition empirisch geprüft. Anschließend erfolgt ein Überblick über die Entwicklung politischer Regimetypen und der Pressefreiheit in verschiedenen Regimen und Demokratien. Wie schon bei Hypothese 1 und 2 wird Hypothese 3 dann mittels TSCS-Regressionsanalysen überprüft.

### **5.1 Daten und Operationalisierung**

Der hier verwendete Datensatz enthält 160 Länder mit mehr als 500.000 Einwohnern im Zeitraum von 1993-2012. Der betrachtete Zeitraum beschränkt sich also auf die Jahre nach Zusammenbruch der Sowjetunion bzw. nach Ende der dritten Demokratisierungswelle (siehe Huntington 1991). Wie später noch gezeigt wird, hat diese Beschränkung auf die Zeit nach dem Kalten Krieg recht große Auswirkungen auf die Verteilung autokratischer Regimetypen. Die zur Untersuchung der Forschungsfrage relevanten Variablen wurden aus verschiedenen Datensätzen zusammengeführt, wobei der *Quality of Government*-Datensatz von Teorell et al. (2016) als Grundlage dient. Eine Übersicht über die Quellen der Variablen findet sich in Tabelle 1.

Tabelle 1: Beschreibung der Variablen und Datenquelle

Variablenbezeichnung	Beschreibung	Datenquelle
Pressefreiheit	<i>Freedom of the Press</i> (FOTP)-Index zur Messung der Pressefreiheit in einem Staat mit einem Wertbereich von 0 (= keine Pressefreiheit) bis 100 (= vollständige Pressefreiheit)	Freedom House 2015c
Winning Coalition	Index zur Messung der Größe der Winning Coalition von 0 (= sehr klein) bis 1 (= groß). Modifizierte Kodierung	Gandrud 2014
Selektorat	Größe des Selektorats. Modifizierte Kodierung	Gandrud 2014
Regimetypen	Klassifizierung des politischen Regimes: Demokratie, Mehrparteienregime, Einparteienregime, Militärregime, Monarchie	Magaloni et al. 2013
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf*	Wert der Netto Öl- und Gas-Exporte pro Kopf in konstanten 2000 US Dollar	Ross/Mahdavi 2015
Sozialistisches Regime	Regime beruht auf einer sozialistischen Ideologie	Kailitz 2013
BIP pro Kopf*	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in konstanten 2005 US Dollar	World Bank 2015
Bevölkerungsgröße*	Gesamte Bevölkerungszahl eines Landes	World Bank 2015
Regimewechsel	Regime- oder extrainstitutioneller Führungswechsel im aktuellen oder den zwei vorangegangenen Jahren	Magaloni et al. 2013
Regionendummies	10-stufige, politisch-geographische Klassifikation von Regionen	Teorell et al. 2016
Zeittrend	Allgemeiner Zeittrend von 1993 bis 2012	Eigene Berechnung

\*Werte der Variablen mittels Kubikwurzel transformiert (siehe Cox 2011).

Die abhängige Variable bildet in der Untersuchung der *Freedom of the Press* (FOTP)-Index von Freedom House (2015c), welcher in der hier verwendeten metrischen Form seit 1993 erhoben wird. Zur Bewertung der Pressefreiheit innerhalb eines Landes wählt Freedom House „regional experts and scholars“ (Freedom House 2015c: 26) aus, was sowohl Journalisten, Wissenschaftler als auch in- oder ausländische Medienexperten einschließt. Anhand von 23 Haupt- und 132 Teilfragen, welche sich in drei Kategorien – rechtliches, politisches und ökonomisches Umfeld – aufteilen, wird jedem Staat ein Pressefreiheitswert zwischen 0 und 100<sup>41</sup> vergeben. Die abgefragten Items von Freedom House stehen dabei insgesamt für ein breites Verständnis von Pressefreiheit, wie es auch dieser Arbeit zugrunde liegt. In die Messung der Pressefreiheit fließt nicht nur ein, ob Medien frei von politischer Kontrolle sind, sondern auch, ob die Bürger Zugang zu Informationen haben, die Medien die Vielfalt der Standpunkte in einer Gesellschaft abbilden, die Regierung transparent mit Informationen umgeht und Journalisten frei von ökonomischen Zwängen recherchieren und berichten kön-

<sup>41</sup> Im Gegensatz zur Kodierung von Freedom House (2015c: 27) wird hier eine inverse Skala verwendet: Höhere Werte auf dem FOTP-Index repräsentieren in dieser Arbeit eine freiere Presselandschaft. Freedom House leitet aus dem metrischen 100er Index weiterhin einen dreistufigen Index ab, welcher die Pressefreiheit in ‚nicht frei‘, ‚teilweise frei‘ und ‚frei‘ gliedert. Da in dieser Untersuchung aber insbesondere Autokratien im Vordergrund stehen, die tendenziell in die weniger freien Kategorien fallen würden, wird der feinere Index verwendet. So können auch mögliche kleinere Unterschiede in der Pressefreiheit abgebildet werden.

nen (Freedom House 2015c: 27-28). In den letzten Jahren wurde auch vermehrt die Rolle des Internets bei der Bewertung der Pressefreiheit berücksichtigt. Oftmals wurden hierzu die etablierten Fragen einfach um den Informationsverbreitungskanal des Internets ergänzt. Wenige Items fragen aber explizit internetspezifische Themen ab, wie zum Beispiel ob bestimmte Internetseiten gesperrt werden. Die enorme Bedeutung und Folgen des Internets für die Informationsbeschaffung durch eine deutliche Reduzierung der Kosten für Informationsrecherche oder den Zugang zu Internetseiten ausländischer Medien, werden durch den FOTP-Index aber eher nicht abgedeckt.<sup>42</sup>

Bei einer Evaluation verschiedener Indizes zur Messung von Pressefreiheit konnten Becker et al. (2007; Becker/Vlad 2009) nachweisen, dass der FOTP-Index stark mit den Messungen von *Reporter without Borders* und dem *International Research and Exchange Board* (IREX) korreliert (0,81 bzw. -0,91). Die hohe Korrelation der jeweiligen Messungen spricht dafür, dass sie zu mehr oder weniger ähnlichen empirischen Ergebnissen hinsichtlich der Pressefreiheit führen. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass der FOTP-Index eine über die Zeit konsistente Messung und bedeutende Veränderungen der Pressefreiheit in den Staaten recht genau abbilden kann (Becker et al. 2007: 19). Da der FOTP-Index als einzige Messung einen genügend großen Zeitraum abdeckt, wird hier auf eine Untersuchung von Alternativmessungen verzichtet.

Kritisch am FOTP-Index, wie auch an allen Alternativmessungen, ist zu sehen, dass sie keinem theoretischen Konzept von Pressefreiheit folgen, sondern ihren Fokus auf eine einfache Anwendung der Indizes legen (Becker et al. 2007: 19). Die erzielten Punkte eines Staates auf dem FOTP-Index werden so zum Beispiel einfach aufaddiert. Mögliche verschiedene Dimensionen von Pressefreiheit wie zum Beispiel Zugang zu Medien, Diversität und Professionalität der Berichterstattung oder staatliche Zensur können dadurch nicht berücksichtigt werden. Auch werden in der Bewertung der Pressefreiheit die Ansichten der Bevölkerung in den einzelnen Staaten nicht berücksichtigt. Stattdessen beruhen die Ergebnisse auf den Ansichten meist westlicher Experten. Es wurde insbesondere aus nicht-westlichen Staaten häufiger die Kritik laut, dass die Institute einem westlichen Ideal von Pressefreiheit anhängen und nicht sensibel sind für Eigenheiten anderer Regionen oder politischen Kulturen (Becker/Vlad 2009: 18; Burgess 2010: 17-27). Falls diese Kritikpunkte zutreffen, würde also in der nachfolgenden Analyse der Effekt von westlich-liberalen Demokratien auf die Pressefreiheit überschätzt und den Staaten außerhalb westlicher Demokratien eine zu geringe Pressefreiheit zugewiesen. Aus Ermangelung an Alternativen müssen diese möglichen Verzerrungen allerdings in Kauf genommen werden. Die auf dem FOTP-Index basierende Variable

---

<sup>42</sup> Stattdessen untersucht Freedom House seit 2011 die Internetfreiheit in einem separaten Index.

‚Pressefreiheit‘ umfasst in der nachfolgenden Untersuchung Werte von 0 bis 100, wobei höhere Werte eine freiere Presse repräsentieren.

Das erste Set unabhängiger Variablen, das in der Untersuchung Verwendung findet, besteht aus den beiden institutionellen Faktoren der Selektoratstheorie; der Größe der Winning Coalition und des Selektorats.<sup>43</sup> Die Größe der Winning Coalition setzt sich aus vier Items zusammen, welche zu einem Index von 0 bis 1 zusammengefasst werden. Aus dem *Polity IV*-Datensatz (siehe Marshall et al. 2013) verwenden die Autoren der Selektoratstheorie drei Items, welche die Kompetitivität und die Offenheit bei der Auswahl der Exekutiven sowie die Kompetitivität der Partizipation erfassen sollen. Das vierte Item misst, ob ein Militärregime vorliegt oder nicht. Letztere Variable kann nicht wie von Bueno de Mesquita et al. (2005: 134) aus dem Datensatz von Banks (2002) übernommen werden, da diese Daten nicht frei zugänglich sind. Stattdessen wurde auf die Alternativkodierung von Christopher Gandrud (2014) zurückgegriffen, welcher die Regimevariable aus dem DPI-Datensatz (siehe Beck et al. 2001) verwendet. Dem Index wird immer dann ein Punkt hinzugefügt, wenn der Regierungschef über offene, kompetitive Wahlen bestimmt wird, ein kompetitives Parteiensystem vorliegt und der Staatschef nicht aus dem Militär entstammt. Die Variable wird normalisiert, indem alle Werte durch 4 geteilt werden und kann daher fünf Ausprägungen im Wertebereich von 0 (= sehr klein) bis 1 (= groß) annehmen, wobei höhere Werte auf eine größere Winning Coalition hindeuten.

Auch wenn der Größe des Selektorats kein direkter Einfluss auf die Pressefreiheit zugeschrieben wurde, soll auch diese Variable zur Kontrolle in die Analysen eingehen. Zur Messung der Größe des Selektorats verwenden Bueno de Mesquita et al. die Variable einen Index zur Messung der Kompetitivität bei der Wahl zur Legislative aus dem Banks-Datensatz. Auch hier muss wiederum auf eine alternative Operationalisierung zurückgegriffen werden, da diese Variable nicht frei zur Verfügung steht. Gandrud (2014) folgend wird für die Messung der Größe des Selektorats eine ähnliche Variable aus dem DPI-Datensatz verwendet, welche ebenfalls das Ausmaß des Wettbewerbs bei den Wahlen zur Legislativen misst.<sup>44</sup> Die

---

<sup>43</sup> Auf die Aufnahme der Loyalitätsnorm (W/S) wird in den nachfolgenden Analysen verzichtet. Die Werte von W/S korrelieren sowohl in der ursprünglichen Kodierung von Bueno de Mesquita et al. (0,99) als auch in der hier verwendeten modifizierten Kodierung (0,99) enorm stark mit der Größe der Winning Coalition. Eine sinnvolle Trennung beider Effekte scheint daher rein statistisch aufgrund von nichtperfekter Multikollinearität nicht möglich.

<sup>44</sup> Es wurden verschiedene Tests durchgeführt, ob sich die beiden Kodierungsvarianten unterscheiden. Die beiden Kodierungen der Winning Coalition korrelieren (0,89) sehr hoch miteinander und es sind nur kleinere Abweichungen festzustellen. Die alternative Messung für die Selektoratsgröße führt jedoch zu durchaus größeren Differenzen gegenüber der Ursprungsvariante. Da aber beide Variablen, sowohl aus dem Banks- als auch aus dem DPI-Datensatz, die Kompetitivität bei Wahlen zur Legislativen messen, lassen sich die Unterschiede nur durch definitorische, methodische Unterschiede oder abweichende Kodierungsvorschriften erklären. Welche der beiden Variablen die Kompetitivität nun ‚besser‘ oder ‚schlechter‘ misst, kann in dieser Arbeit nicht geklärt werden.

daraus folgende Variable wird auf einen Wertebereich zwischen 0 und 1 standardisiert, wobei höhere Werte für ein größeres Selektorat stehen.

Die von den Autoren der Selektoratstheorie erarbeitete Umsetzung der theoretischen Konstrukte in empirisch messbare Größen ist durchaus kritisch zu sehen. Der aus der Theorie heraus unterstellte Vorteil, dass die Größe der Winning Coalition und des Selektorats im Gegensatz zu den gröberen Regimeklassifikationen eine „much more finely calibrated“ (Bueno de Mesquita et al. 2005: 72) Variante seien, um Regimeunterschiede darzustellen, kann durch die vorgestellte Operationalisierung in der empirischen Umsetzung nicht mehr gelten. Im Endeffekt werden politische Systeme in einem Index mit insgesamt fünf (Winning Coalition) bzw. sechs (Selektorat) Ausprägungen zusammengefasst. Wirklich feine Unterschiede von Regimen, welche auf variierende Größen der Winning Coalition und des Selektorats zurückzuführen sein könnten, lassen sich durch diese Zusammenfassung politischer Systeme nur grob untersuchen. Aber selbst wenn die beiden Variablen mit der tatsächlichen Größe der Winning Coalition und des Selektorats zusammenhängen sollten, ergibt sich durch die Operationalisierung ein weiteres Problem.

Die beiden Indizes beinhalten keine Variablen, die eine wirkliche Größe der Winning Coalition und des Selektorats messen würden, sondern bestehen letztendlich aus einem Index zur Messung der Kompetitivität und Offenheit bei der Auswahl der Exekutive und Legislative. Gallagher und Hanson (2015: 375-376) merken dazu an, dass damit weniger eine wirkliche *Größe* gemessen wird, sondern vielmehr, inwieweit regulärer und offener politischer Wettbewerb in einem Regime institutionalisiert ist. Die empirischen Befunde der Selektoratstheorie zum Einfluss der Winning Coalition und des Selektorats auf Wirtschaftswachstum, politische Reche, Korruption etc. (siehe Bueno de Mesquita et al. 2005) können durch die verwendete Operationalisierung daher eigentlich nicht auf die Größe der Winning Coalition und des Selektorats zurückgeführt werden, sondern sind eine Folge von politischem Wettbewerb. Einige Autoren sehen daher in der Winning Coalition-Variablen nur als eine weitere Messung von Demokratie an (siehe Clarke/Stone 2008; Gallagher/Hanson 2015), was dazu führen würde, dass diese Variable nur in beschränktem Maße geeignet ist, Unterschiede zwischen autokratischen Regimen erklären zu können. Auch Bueno de Mesquita et al. (2005: 133) halten fest, dass die von ihnen verwendete Messung der Größe der Winning Coalition und des Selektorats in Autokratien nur Tendenzen abbilden können und eben nicht ein genaues Maß für die Größe der Winning Coalition und des Selektorats darstellen. Diese Probleme bei der Messung der theoretischen Konstrukte haben einige Implikation für die Analyse. Falls zum Beispiel die aus der Selektoratstheorie zu erwartenden Effekte nicht auftreten sollten, kann dies auch an den Schwächen der Messung liegen und muss nicht unbedingt für

die Falsifikation der theoretischen Annahmen sprechen. Die Ergebnisse sollten daher mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden.

Den über die Größe der Winning Coalition vermittelte Einfluss autokratischer Regimetyper und Demokratien auf die Pressefreiheit wird über die bereits in Kapitel 2.2 vorgestellte Typologie von Magaloni et al. (2013) gemessen. Dabei wird zwischen Demokratien, Mehrparteien-, Einparteien-, Militärregime und Monarchien unterschieden. Einem Staat wird dabei das Regime zugewiesen, welches im jeweiligen Jahr die meiste Zeit vorherrschte (Magaloni et al. 2013: 3).<sup>45</sup>

Der in Hypothese 2 beschriebene Einfluss freier Ressourcen auf die Pressefreiheit wird nachfolgend über den pro Kopf Wert der Netto-Exporte aus Öl und Gas gemessen. Alle negativen Werte, welche mit Netto-Importen gleichzusetzen sind, werden dabei auf null gesetzt, da einzig ein Effekt vom Vorhandensein freier Ressourcen unterstellt wird, während Öl-Importe eher als ein Maß wirtschaftlicher Entwicklung zu sehen sind (siehe Chontanawat et al. 2008). Wie bei vielen Variablen, die in Währungseinheiten gemessen werden, weist diese Variable eine extrem große Spannweite, Heteroskedastizität und eine schiefe Verteilung auf.<sup>46</sup> Das gängige Verfahren zur Behebung dieser Verzerrungen, die Transformation der Werte über den Logarithmus der Variablen (Wooldridge 2009: 191), konnte hier allerdings nicht erfolgen, da der Logarithmus für null nicht definiert ist und zu vielen fehlenden Werten führen würde. Nicholas Cox (2011) schlägt in solchen Fällen eine Transformation über Kubikwurzeln ( $x^{1/3}$ ) vor. Diese Transformation weist sehr ähnliche Effekte auf die Verteilungsform auf wie der Logarithmus, ist aber gleichzeitig für null definiert. Insgesamt zeigt sich, dass durch die Transformation eine Annäherung an die Normalverteilung erfolgt<sup>47</sup>, weswegen nachfolgend die Öl- und Gasexporte in der transformierten Form in die Untersuchungen eingehen.

Die Verwendung der Verfügbarkeit oder der Export natürlicher Ressourcen als Indikator für freie Ressourcen ist in vielen Untersuchungen das Standardvorgehen (Egorov et al. 2009: 655; Bueno de Mesquita/Smith 2010: 940; Hollyer et al. 2014: 18). Öl- und Gasvorkommen werfen üblicherweise aufgrund der starken und konstanten weltweiten Nachfrage meist hohe Gewinne ab. Gleichzeitig kann der Staat über eine Besteuerung der Exporte oder durch eine komplette Verstaatlichung der beteiligten Industriezweige diese Gewinne für sich behalten und benötigt für die Öl- oder Gasgewinnung wenig wirtschaftliches Know-how und Arbeitskraft (Ross 2001: 331). Ein Herrscher erzielt im Endeffekt durch das Vorhandensein größerer

---

<sup>45</sup> Dieses Vorgehen weicht von anderen Einteilungen ab, welche einem Länderjahr jeweils das Regime zuteilen, das am Ende des Jahres vorherrschte.

<sup>46</sup> Dazu wurden der von Royston (1991) modifizierte *skewness and kurtosis normality Test* durchgeführt.

<sup>47</sup> Die Normalverteilung des Fehlerterms ist eine notwendige Bedingung damit der OLS-Schätzer unverzerrt und effizient ist (Wooldridge 2009: 117-120).

Öl- und Gasvorkommen hohe Staatseinnahmen, ohne eine produktive und effiziente Wirtschaft aufbauen zu müssen.<sup>48</sup> Der Wert der Öl- und Gasexporte pro Kopf kann daher als passender Indikator für die Verfügbarkeit freier Ressourcen gelten, mit denen ein Herrscher die Kosten für private Güter oder von Repressionsmaßnahmen begleichen kann (siehe dazu auch Ross 2001: 356-357).

Weitere Faktoren, die das Ausmaß einer freien Presse in Autokratien und Demokratien beeinflussen können, werden als Kontrollvariablen in die Analysen aufgenommen. Auch wenn die hier vorgestellte Theorie nicht zwischen verschiedenen Legitimationsgrundlagen von Herrschaft differenziert, kann angenommen werden, dass Staaten, die eine bestimmte Ideologie verfolgen, die Pressefreiheit stärker einschränken. Das Ziel von ideologiebasierten Regimen ist es meist, die Bürger gemäß den ideologischen Vorsätzen umzuerziehen. Eine strikte staatliche Kontrolle über die Medien und staatliche Propaganda ist dabei eines der wirkungsvollsten Mittel, die ideologischen Vorgaben zu verbreiten (Voltmer 2008: 29). Auch wenn heute noch kaum autokratische Staaten einer bestimmten Ideologie anhängen (Croissant/Wurster 2013: 7), existieren noch einige sozialistische Regime fort wie zum Beispiel in China, Kuba oder Nord Korea. Die Ergebnisse von Stier (2015: 12) und die Annahmen von Voltmer (2008) deuten ebenfalls darauf hin, dass sozialistische Staaten die Presse besonders stark unterdrücken. Daher wird auch in der nachfolgenden Analyse dafür kontrolliert, ob einem Regime eine sozialistische Ideologie zugrunde liegt (siehe Kailitz 2013). Da sich alle sozialistischen Staaten in der Regimeeinteilung von Magaloni et al. unter Einparteienregimen wiederfinden, werden in den Analysen, welche dem Unterschied in der Pressefreiheit zwischen Regimetypen nachgehen, die Einparteienregime in sozialistische und nicht-sozialistische Einparteienregime aufgeteilt.

Der Effekt der ökonomischen Entwicklung, gemessen über das BIP pro Kopf<sup>49</sup>, auf die Pressefreiheit kann grundsätzlich in unterschiedliche Richtungen wirken (Bueno de Mesquita/Downs 2005: 77-78, 83-85; Egorov et al. 2009: 656, Hollyer et al. 2015a: 6, 2015b: 19-20; Stier 2015: 10). Einerseits kann wirtschaftlicher Wohlstand die Legitimität eines Regimes erhöhen und letztendlich die Gefahr eines Umsturzes verringern. Wenn die Bürger durch Wachstum und Wohlstand zufrieden mit der Leistung des vorherrschenden Regimes sind, so kann der Herrscher auch eher eine freie Berichterstattung erlauben, ohne einen Umsturz fürchten zu müssen und stattdessen von den positiven Effekten einer freien Presse profitieren. In Regimen, die sich durch eine schlechte ökonomische Leistungsbilanz

---

<sup>48</sup> Das Erhalten von Entwicklungshilfe als eine weitere Quelle freier Ressourcen (Bueno de Mesquita/Smith 2010: 940) konnte aufgrund zu vieler fehlender Werte nicht berücksichtigt werden.

<sup>49</sup> Auch hier geben Tests Hinweise auf eine schiefe Verteilung. Daher wird auch diese Variable über die Kubikwurzel transformiert.

ausweisen, sollte dagegen auch die freie Berichterstattung stärker eingeschränkt werden, da eine Veröffentlichung des Versagens der Regierung beim Herstellen von wirtschaftlichem Wachstum auch stärker zu Unruhen führen kann (Hollyer 2015: 5). Andererseits besteht die Möglichkeit, dass Wohlstand in der Bevölkerung auch zu Forderungen nach mehr demokratischer Teilhabe und Selbstbestimmung führt. Die Bürger verfügen infolge der wirtschaftlichen Entwicklung tendenziell über mehr partizipationsfördernde Ressourcen, wie Zeit, Bildung oder finanzielle Mittel, was gerade für den Machterhalt autokratischer Herrscher zur Gefahr werden kann. Um demokratische Forderungen klein zu halten und die Koordination von Oppositionsgruppen zu erschweren, sollten also gerade autokratische Herrscher in entwickelten Staaten Koordinierungsgüter wie die Pressefreiheit besonders stark unterdrücken (siehe Bueno de Mesquita/Downs 2005). Wie sich der Einfluss wirtschaftlicher Entwicklung auf die Pressefreiheit tatsächlich darstellt, werden die weiteren Analysen zeigen.

Auch wird für die Größe der Bevölkerung kontrolliert.<sup>50</sup> Dies hat zwei Gründe: Erstens kann ein größerer Medienmarkt tendenziell zu mehr Werbeeinnahmen führen, was einen Anreiz für den Herrscher bieten kann, die Medien und dadurch die Werbeeinnahmen zu verstaatlichen (Gehlbach/Sonin 2014: 168). Zweitens und weitaus bedeutender ist aber die Rolle der Massenmedien bei der Koordination von Protesten in Staaten mit einer großen Bevölkerung. Je größer die Anzahl der Bürger ist, desto schwerer können Proteste gegen die politische Führung koordiniert und durchgeführt werden (Egorov et al. 2009: 657; Stier 2015: 11). Für Herrscher in bevölkerungsreichen Staaten kann es daher eine effektive Strategie sein, den Bürgern die Möglichkeit zur Koordination zu nehmen, indem alle Massenmedien unter staatlicher Kontrolle bleiben.

Eine weitere Variable, die in die Modelle aufgenommen wird, gibt an, ob im aktuellen oder den letzten beiden Jahren ein Regimewechsel stattgefunden hat. Mögliche Effekte eines Regimewechsels auf die Pressefreiheit während der Umsturzphase (siehe dazu auch Bueno de Mesquita et al. 2002; Hollyer et al. 2014) sollen dadurch empirisch abgebildet werden. Da, wie im folgenden Kapitel genauer erläutert wird, insbesondere in den Analysen, die die Regimetypen als unabhängige Variablen enthalten, *Fixed Effects*-Modelle aufgrund von hoher Multikollinearität mit den relativ zeitinvarianten Regimevariablen zu ineffizienten Schätzungen führen, werden Regionendummies in die Regressionen eingeschlossen. Diese Dummies sollen für alle möglichen nicht berücksichtigten kulturellen, regionalen oder historischen Einflussfaktoren, die sich je nach Region unterscheiden können, auf die Pressefreiheit kontrollieren. Um in den Modellen weiterhin unbeobachtete zeitliche Einflüsse auf die abhängige Variable zu berücksichtigen, die für alle Länder in gleichem Maße gelten wie zum Beispiel

---

<sup>50</sup> Auch hier werden die Werte über die Kubikwurzel transformiert.

Folgen technischen Fortschritts insbesondere durch die Verbreitung des Internets auf die Pressefreiheit, wird ein Zeittrend berücksichtigt. Das Ausgangsjahr 1993 erhält dabei den Wert 0, 1994 den Wert 1 und so weiter.

Einige Variablen, die ebenfalls einen Einfluss auf die Pressefreiheit oder Transparenz eines Staates haben könnten, mussten aus verschiedenen Gründen ausgeschlossen werden. So liegen zum Beispiel für die Verbreitung des Internets (siehe dazu Rod/Weidmann 2015; Stier 2015) gerade für die frühen 1990er Jahre nur wenige Zahlen vor, was zu vielen Missings in diesem Zeitraum führen würde. Auch konnten Hollyer et al. (2014) zeigen, dass gerade autokratische Staaten eine transparente Informationspolitik verfolgen, wenn sie ausländische Investoren gewinnen wollen. Allerdings liegen insbesondere für sozialistische Staaten keine Zahlen zum Foreign Direct Investment (FDI) vor, was einen Ausschluss dieser Staaten aus der Analyse zur Folge hätte.

## 5.2 Methode

Die Untersuchung der Pressefreiheit erfolgt über verschiedene *Time Series Cross Section* (TSCS)-Regressionsmodelle. Eine TSCS-Datenstruktur ermöglicht es, den Effekt unabhängiger Variablen auf eine abhängige Variable anhand der gleichen Merkmalsträger (Länder) über einen bestimmten Zeitraum (1993-2012) zu untersuchen. Solche TSCS-Verfahren sind allerdings mit spezifischen statistischen Problemen verbunden.

Zur Frage ob *Fixed-Effects*- (FE) oder *Random-Effects*- (RE)<sup>51</sup> Modelle eine konsistentere Schätzung abgeben, wurden Hausman- und Likelihood-Ratio-Tests (Wooldridge 2009: 493) für alle später verwendeten Regressionen durchgeführt. Die Ergebnisse der Tests weisen den FE-Modellen eine größere Konsistenz zu als den RE-Alternativen. Allerdings verwenden FE-Modelle nur die Varianz innerhalb der Einheiten, in unserem Fall der jeweiligen Länder. Gerade bei relativ zeit-invarianten Variablen kann aufgrund hoher Multikollinearität dieser Variablen mit den Einheiteneffekten zu ineffizienten oder sogar nicht lösbaren Schätzungen führen (Plümper/Troeger 2007: 126-127; Wooldridge 2009: 493). Da die in dieser Untersuchung verwendeten unabhängigen Variablen kaum über die Zeit variieren<sup>52</sup>, können FE-Modelle dazu führen, dass die Fixed Effects einen Großteil der „explanatory power of these slowly changing variables“ (Beck 2001: 285) absorbieren und die unabhängigen Variablen

<sup>51</sup> FE-Modelle schätzen *innerhalb* jeder Einheit den Effekt der unabhängigen Variablen auf eine abhängige Variable über den Zeitraum hinweg, während RE-Modelle den Effekt auch *zwischen* verschiedenen Einheiten schätzen (Wooldridge 2009: 482).

<sup>52</sup> Nur in 52 Ländern fand mindestens ein Regimewechsel statt, während in 115 Ländern der Regimetyp über den Untersuchungszeitraum konstant blieb. Auch die Größe der Winning Coalition änderte sich nur bei weniger als der Hälfte aller eingeschlossenen Länder. Kein einziger OECD-Staat zeigte zum Beispiel im Untersuchungszeitraum eine Veränderung der Regimevariable und nur in einem Fall – Belgien seit 2007 – eine Veränderung in der Größe der Winning Coalition.

an statistischer Signifikanz verlieren. Zudem können FE-Modelle bei Variablen, deren Variation zwischen den Untersuchungseinheiten größer ist als die Variation über die Zeit, wie zum Beispiel der Regimetyyp, wirtschaftlicher Wohlstand oder die Bevölkerungszahl eines Staates, zu ineffizienten Schätzungen führen (Beck/Katz 2001: 492-493; Plümper/Troeger 2007: 133). Da die Frage nach Unterschieden in der Pressefreiheit nicht nur auf einen Jahr-zu-Jahr-Wechsel der unabhängigen Variablen zurückgeführt werden soll, sondern gerade auch auf die Unterschiede der oftmals historisch entstandenen und über die Zeit kaum schwankenden Größe der Winning Coalition oder Regimezugehörigkeit, wird nachfolgend mit RE-Modellen gerechnet. Allerdings werden Regionen-Dummies eingeschlossen, die für unterschiedliche Effekte innerhalb der eingeschlossenen Regionen kontrollieren sollen. Da bei den später durchgeführten Modellen mit panelkorrigierten Standardfehlern Unit- und Jahres-FE dazu führen, dass die Standardfehler der TSCS-Modelle nicht geschätzt werden können, werden für diese Methode keine FE-Robustheitsmodelle ausgewiesen.

Modifizierte Wald-Tests deuten auf Heteroskedastizität<sup>53</sup> und Wooldrige-Tests auf Autokorrelation erster Ordnung<sup>54</sup> (AR1) hin. Einfache OLS-Regressionen würden also bei dem zugrundeliegenden TSCS-Datensatz zu inkorrekten Standardfehlern und somit fehlerhaften Schätzungen aufgrund von Heteroskedastizität und Autokorrelation der Standardfehlern führen (Beck/Katz 1995: 634-636). Daher werden für alle nachfolgenden Regressionsmodelle panel-korrigierte Standardfehler verwendet, die mögliche heteroskedastische Verzerrungen der Standardfehler berücksichtigen (Beck/Katz 1995: 638, 1996: 2-3). Die Verwendung panel-korrigierter Standardfehler kann aber gerade in Datensätzen mit einer vergleichsweise geringen Anzahl von Zeiteinheiten und einer relativ großen Anzahl an Ländereinheiten zu ungenauen Schätzungen führen (Hoechle 2007: 284). Stattdessen empfiehlt Hoechle (2007: 282, 287-289) in unausgeglichenen Datensätzen die Verwendung von Discroll-Kraay-Standardfehlern. In dem hier verwendeten Datensatz übersteigt die Anzahl der Länder ( $N = 168$ ) die Zahl der Jahre ( $T = 19$ ). Deswegen werden RE-Robustheitsmodelle mit Discroll-Kraay-Standardfehlern berechnet und ebenfalls FE-Modelle mit Unit- und Jahres-FE ausgewiesen, um mögliche Unterschiede zwischen RE- und FE-Modellen berücksichtigen zu können. Eine weitere Möglichkeit für Datensätze bei der die Zahl der Einheiten die Anzahl der Zeitpunkte deutlich übersteigt, sind *feasible generalized least-squares* Modelle (FGLS) für

<sup>53</sup> Liegt Heteroskedastizität vor, so ist die Annahme der Gleichverteilung der Fehlerterme über alle Zeitpunkte und Einheiten verletzt. Dieses Problem tritt typischerweise in TSCS-Daten auf, da hier immer die gleichen Einheiten über einen bestimmten Zeitraum betrachtet werden und sich oftmals die Fehlerterme von Einheit zu Einheit unterscheiden (Beck/Katz 1995: 636; Hsiao 2003: 55-57; Wooldridge 2009: 426-427).

<sup>54</sup> Das Problem der Autokorrelation entspringt der Tatsache, dass die Beobachtungen (Länderjahre) in TSCS-Modellen nicht unabhängig voneinander sind, sondern immer auf dem gleichen Merkmalsträger (Land) beruhen. Die Residuen der einzelnen Beobachtungen korrelieren also mit einer hohen Wahrscheinlichkeit über die Zeit systematisch (Beck/Katz 1995: 636; Hsiao 2003: 57; Hoechle 2007: 281).

Panel-Datensätze. Auch wenn an dieser Methode kritisiert wurde, dass sie tendenziell zu kleine Standardfehler produziere (siehe Beck/Katz 1995), sollen aufgrund der gegebenen Datenstruktur FGLS-Robustheitsmodelle berücksichtigt werden.

Mögliche Verzerrungen durch Autokorrelation werden in dieser Arbeit durch das Schätzen sog. ‚autoregressiver Modelle‘ behoben. Der autoregressive Prozess versucht die Modellschätzung auf Grundlage der vorhandenen Daten so anzupassen, dass die Residuen möglichst unkorreliert miteinander sind (Metz 2010: 1057-1058). Eine Alternative den dynamischen Prozess bei TSCS-Modellen abzubilden, ist der von Beck und Katz (1996; 2011) empfohlene Weg, eine *Lagged Dependent Variable* (LDV) als unabhängige Variable in das Modell aufzunehmen. Dadurch wird die serielle Korrelation der Zeitreihe durch die LDV im Modell selbst abgebildet. Um mögliche Unterschiede abzubilden, die auf verschiedene Varianten zur Kontrolle von serieller Autokorrelation zurückgehen, werden Robustheitsmodelle mit dieser alternativen Spezifikation gerechnet und in den Anhang gestellt.

Für alle unabhängigen Variablen, das BIP pro Kopf und die Bevölkerungszahl werden zudem die Werte des Vorjahres, sogenannte *Lags*, verwendet. Es kann durchaus angenommen werden, dass ein Wechsel der Größe der Winning Coalition oder des Regimetyps, sich nicht sofort sondern mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf das Niveau der Pressefreiheit auswirkt.

Aus den bisherigen Forschungsergebnissen zu Unterschieden zwischen autokratischen Regimen wurde deutlich, dass je nach verwendeter Regimetypologie die Ergebnisse abweichen können. Die zentralen Ergebnisse der Regressionen, welche die Regimevariablen von Magaloni et al. (2013) enthalten, werden daher nochmal mit den Regimetypologien von Geddes et al. (2012) und Hadenius/Teorell (2007) wiederholt und die Ergebnisse verglichen.

### **5.3 Winning Coalition, freie Ressourcen und Pressefreiheit**

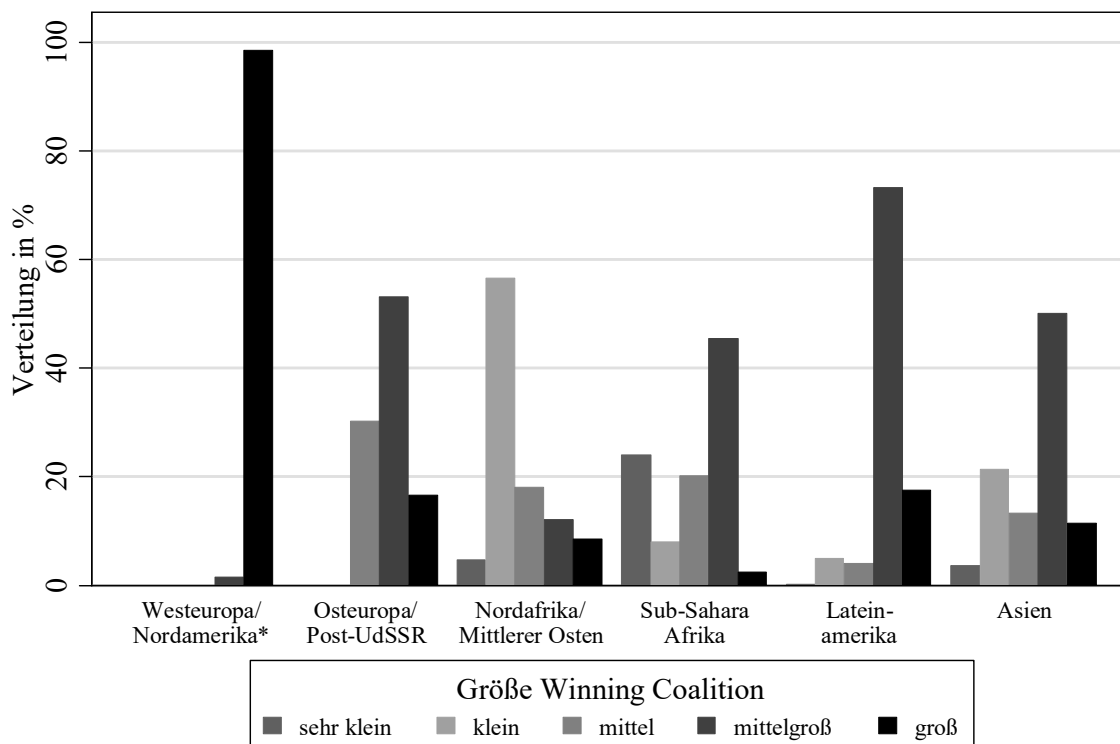
In diesem Kapitel werden die direkt aus der Selektoratstheorie abgeleiteten Hypothesen 1 und 2 behandelt. Dazu wird zunächst die Verteilung der zentralen Variablen genauer betrachtet und erste bivariate Zusammenhänge vorgestellt. In Kapitel 5.3.2 werden die Hypothesen mittels TSCS-Regressionsanalysen getestet.

#### **5.3.1 Überblick und deskriptive Befunde**

Sowohl die Größe der Winning Coalition als auch die Verfügbarkeit freier Ressourcen stellen recht wenig anschauliche Größen dar. Daher wird in diesem Kapitel die Verteilung der Winning Coalition auf verschiedene Regionen dargestellt, um ein besseres Verständnis für diese Variable zu erhalten. Weiterhin sollen durch die Betrachtung bivariater Zusammen-

hänge zwischen der Winning Coalition, freier Ressourcen und der Pressefreiheit auch erste Erkenntnisse zur Beantwortung der Hypothesen gewonnen werden.

Abbildung 3: Größe der Winning Coalition in verschiedenen Regionen (1993-2012)



\* Inklusive Australien und Neuseeland.

Anmerkungen: Abgebildet ist die Verteilung der Größe der Winning Coalition von sehr klein (= 0) bis groß (= 1) innerhalb einer Region für den Zeitraum von 1993-2012. Grundlage für die Regionen bildet eine komprimierte Version der eingeführten Regionenvariablen. Eigene Berechnungen.

In Abbildung 3 sind dazu die unterschiedlichen Ausprägungen der Winning Coalition-Variablen<sup>55</sup> innerhalb verschiedener geografischer Regionen von 1993 bis 2012 dargestellt. Aus der Abbildung wird deutlich, dass sich quasi alle politischen Systeme der westlichen Staaten durch eine sehr große Winning Coalition auszeichnen. Hierin spiegeln sich die etablierten und stabilen westlichen Demokratien wieder, welche nach der Selektoratstheorie unter allen Regierungssystemen die größte Winning Coalition aufweisen. Deutlich heterogenere Verteilungen zeigen sich für die anderen dargestellten Regionen. In den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes, Sub-Sahara Afrikas, Lateinamerikas und Asiens sind besonders Systeme mit einer mittelgroßen Winning Coalition zu finden. Einige Staaten Osteuropas, darunter vor allem die Länder in Mittelosteuropa wie Polen, die Tschechische Republik oder die Slowakei, weisen jedoch auch hohe Werte für die Winning Coalition auf. Viele ehemalige Sowjetrepubliken weisen dagegen eine kleinere Winning Coalition-Größe auf. Auch in Lateinamerika und Asien finden sich Staaten wie Costa Rica, Panama, Uruguay, Japan oder

<sup>55</sup> In den nachfolgenden Abbildungen werden den fünf Ausprägungen der Winning Coalition-Variablen zur besseren Verständlichkeit Labels zugewiesen: Sehr klein = 0, klein = 0,25, mittel = 0,50, mittelgroß = 0,75 und groß = 1.

Taiwan in der größten Kategorie der Winning Coalition-Variablen. Für afrikanische Staaten südlich der Sahara ist zudem der Anteil von Regierungssystemen, welche mit einer sehr kleinen Winning Coalition regieren, relativ hoch. In Nordafrika und dem Mittleren Osten dominieren noch deutlicher Systeme mit einer relativ kleinen Winning Coalition. Viele Staaten darunter Saudi-Arabien, Ägypten, Bahrain, Marokko oder Jordanien weisen über fast alle Jahre konstant niedrige Werte für die Größe der Winning Coalition auf, was ein Hinweis auf die Stabilität der hier herrschenden autokratischen Regime sein kann.<sup>56</sup> Ausnahmen bilden hier einzig Israel und Zypern, welche beide politisch aber eher den westlichen Staaten zuzuordnen sind.

Wie aber steht es nun um die Pressefreiheit in Abhängigkeit der Größe der Winning Coalition? Dazu sind in Abbildung 4 die jährlichen Gruppenmittelwerte des FOTP-Index für die verschiedenen Ausprägungen der Winning Coalition Variable dargestellt. Wie aus der Theorie zu erwarten ist, sind es insbesondere Systeme mit einer großen Winning Coalition, welche mit durchschnittlich rund 80 Punkten die mit Abstand höchsten Werte auf dem FOTP-Index erzielen. Die Werte bleiben über den Zeitraum auch relativ stabil.<sup>57</sup> Seit 2000 ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen, welcher vor allem auf rückläufige Pressefreiheitswerte in etablierten Demokratien wie den USA, Italien, Griechenland oder Österreich zurückzuführen ist. So kritisierte Freedom House in seinem FOTP-Report aus dem Jahr 2005, dass die US-Regierung unter George W. Bush nach den Anschlägen des 11. Septembers zunehmend die Herausgabe von Informationen verwehrte, Journalisten gerichtlich gezwungen wurden, ihre Informationsquellen offenzulegen und sich der US-Medienmarkt zunehmend in den Händen weniger großer Unternehmen konzentrierte (Freedom House 2005: 212-215). In Italien wiederum wurde die Rolle Silvio Berlusconis als Regierungschef und gleichzeitiger Inhaber vieler wichtiger Zeitungen und Fernsehsender und des daraus erwachsenden starken Einflusses Berlusconis auf die Berichterstattung der Medien kritisch gesehen. So trat im Jahr 2005 beispielsweise der Leiter des staatlichen TV-Senders Rai, Lucia Annunziata, aus Protest gegen den zunehmenden Einfluss Berlusconis auf die öffentlich-rechtlichen Medien zurück (Freedom House 2005: 111-113). Dennoch weisen politische Systeme mit einer großen Winning

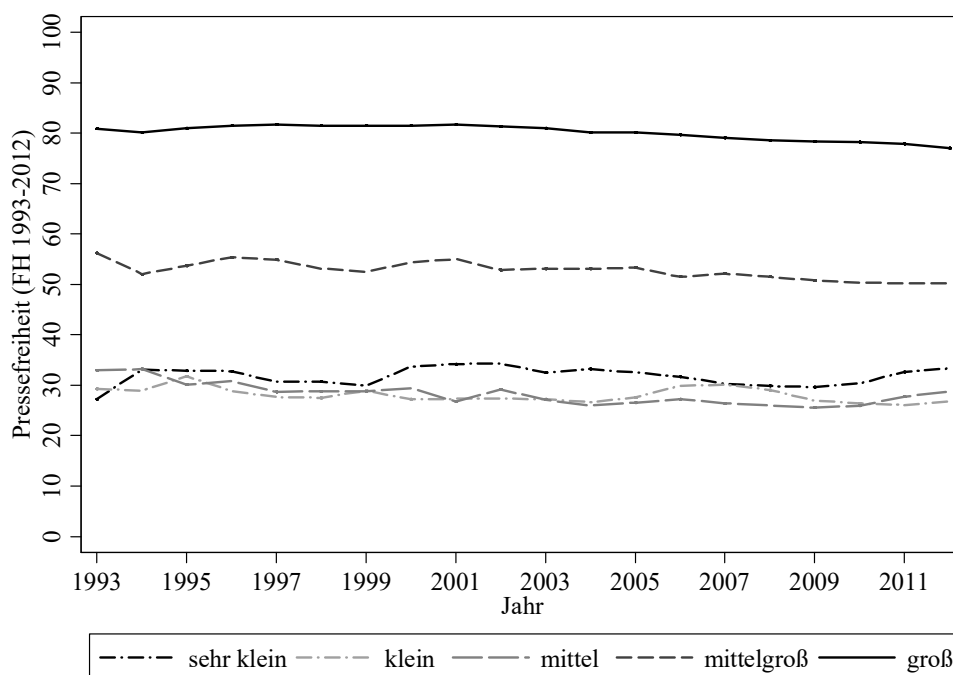
---

<sup>56</sup> Die Aufstände in der arabischen Welt, der sogenannte ‚Arabische Frühling‘, zeigen zumindest nach dieser Variable keinerlei Auswirkungen auf die Regierungssysteme. In einigen Staaten wie Ägypten, Katar, Kuwait oder Marokko sind seit 2013 die Werte für die Größe der Winning Coalition sogar nochmals kleiner geworden. Statt Demokratisierung ist für viele Staaten also eher, zumindest nach der hier verwendeten Messung, eine Autokratisierung infolge des Arabischen Frühlings festzustellen.

<sup>57</sup> Veränderungen in den Mittelwerten über die Zeit können grundsätzlich auch durch das Wechseln von Staaten zwischen verschiedenen Ausprägungen der Winning Coalition-Variable zurückzuführen sein.

Coalition insgesamt stabil hohe Werte auf, was darauf hindeutet, dass in einem Großteil dieser Systeme eine freie Pressearbeit garantiert und möglich ist.<sup>58</sup>

Abbildung 4: Niveau und Entwicklung der Pressefreiheit nach Größe der Winning Coalition



Anmerkungen: Jahres-Mittelwerte für die jeweiligen Ausprägungen der Größe der Winning Coalition auf dem FOTP-Index. Fehlende Werte wurden aus der Berechnung der Mittelwerte entfernt. Eigene Berechnungen.

Mit einigem Abstand zu den Systemen mit einer großen Winning Coalition folgen die Staaten mit einer mittelgroßen Winning Coalition ( $W = 0,75$ ). Allerdings ist in diesen Staaten bereits eine sehr große Spannweite der Werte auf dem Pressefreiheitsindex zu beobachten (siehe Abbildung 5). So sind im Jahr 2012 beispielsweise sowohl Somalia oder Russland in dieser Systemgruppe zu finden, in denen mit Werten von 16 bzw. 19 nach Freedom House eindeutig keine freie Presse vorhanden ist<sup>59</sup>, als auch Belgien oder Estland, welche mit Werten von 89 bzw. 84 Punkten auf dem Pressefreiheitsindex sogar um einiges besser abschneiden als Staaten mit einer sehr großen Winning Coalition. Betrachtet man aber nur die Durchschnitte, so scheinen sich auch hier die Annahmen der Selektoratstheorie bezüglich des Einflusses der Größe der Winning Coalition auf die Pressefreiheit zu bestätigen.

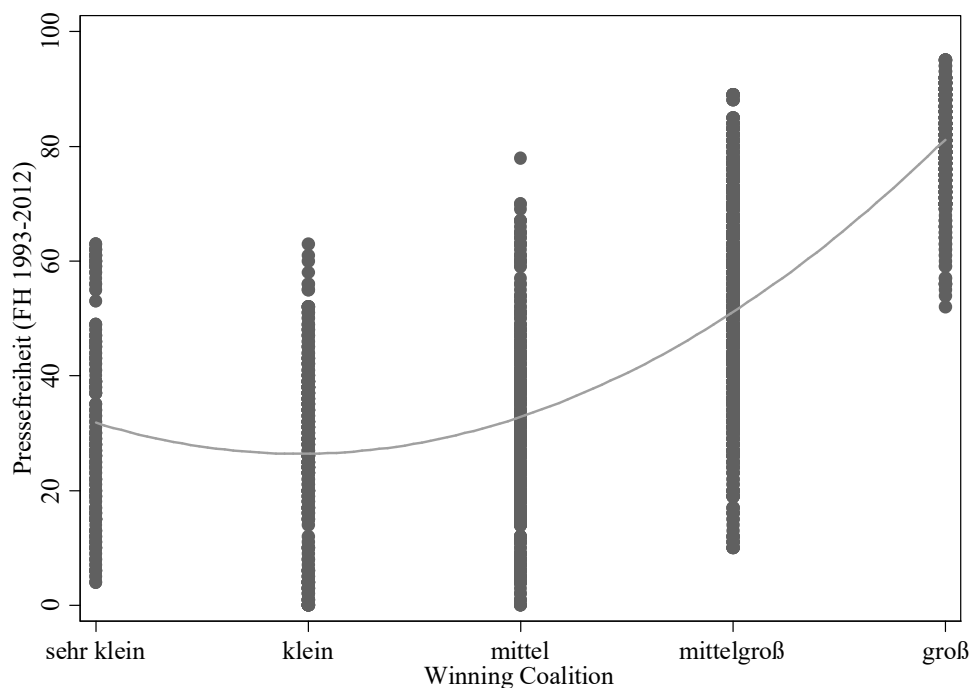
Hypothesenkonträr ist jedoch die Verteilung der durchschnittlichen Pressefreiheitswerte auf Staaten, welche in einer der drei niedrigsten Winning Coalition-Kategorien fallen. Die Mittelwerte liegen in allen drei Gruppen sehr nah beieinander und seit Beginn des 21. Jahrhunderts weisen Systeme mit einer besonders kleinen Winning Coalition gegenüber solchen mit

<sup>58</sup> Im Jahr 2012 liegen zum Beispiel nur Griechenland (59), Ungarn (64), die Mongolei (63) und Panama (52) deutlich unter der 70-Punkte-Marke, welche Freedom House als Schwellenwert zur Kategorisierung eines Staates als ‚frei‘ dient. Einige weitere Staaten wie Chile (69), Israel (69) oder Italien (67) liegen weiterhin nur knapp unter der 70-Punkte-Grenze.

<sup>59</sup> Die untere Grenze der Kategorie ‚teilweise frei‘ auf dem FOTP-Index liegt bei 39 Punkten.

einer kleinen oder mittleren Winning Coalition sogar die höchsten durchschnittlichen Pressefreiheitswerte auf. Auch innerhalb der Gruppen sind wiederum enorm große Spannweiten der Pressefreiheitswerte festzustellen. So sind im Jahr 2012 unter politischen Systemen mit einer mittleren Winning Coalition-Größe ( $W = 0,50$ ) Staaten zu finden, die enorm niedrige Pressefreiheitswerte aufweisen, wie zum Beispiel Usbekistan, Turkmenistan oder Weißrussland. Dagegen erreichen einige Staaten in der Gruppe mit der kleinsten  $W$ -Ausprägung im Jahr 2012 durchaus hohe zweistellige Werte.<sup>60</sup> Der Zusammenhang zwischen der Größe der Winning Coalition und der Pressefreiheit scheint also gerade in Systemen mit einer eher kleineren Winning Coalition nicht den getroffenen Annahmen zu entsprechen. Dass der bivariate Zusammenhang zwischen der Größe der Winning Coalition und der Pressefreiheit betrachtet weder linear noch monoton verläuft, verdeutlicht Abbildung 5.

Abbildung 5: Funktionale Form des Effekts der Größe der Winning Coalition auf die Pressefreiheit



Anmerkungen: Vorhergesagte Werte auf dem FOTP-Index für die Größe der Winning Coalition und der quadrierten Größe der Winning Coalition. Eigene Berechnungen.

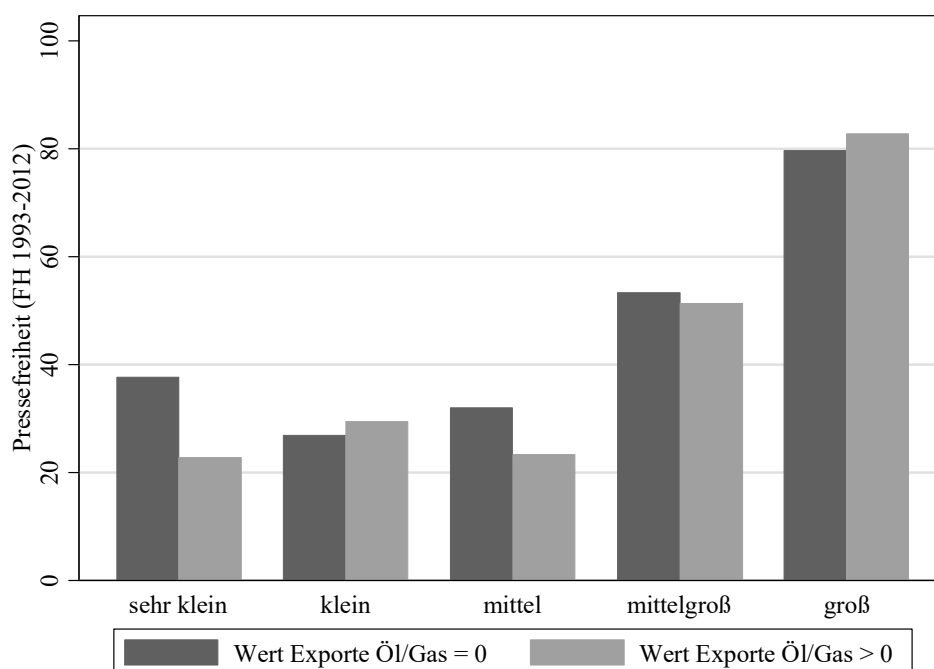
In dieser Abbildung sind sowohl die beobachteten als auch die vorhergesagten Werte des Pressefreiheitsindex in Abhängigkeit der Winning Coalition-Größe und des quadrierten Terms dieser Variablen abgetragen.<sup>61</sup> Der Zusammenhang zwischen der Größe der Winning Coalition und der Pressefreiheit verläuft eher kurvilinear als linear. Zwar erreichen Systeme

<sup>60</sup> So erreicht im Jahr 2012 Burkina Faso beispielsweise einen beachtlichen Wert von 58 Punkten auf dem Pressefreiheitsindex von Freedom House trotz einer sehr kleinen Winning Coalition.

<sup>61</sup> Zum Robustheitscheck der hier dargestellten quadratischen Form des Zusammenhangs zwischen Winning Coalition-Größe und Pressefreiheit, wurden sogenannte RESE-Tests zur Bestimmung der funktionalen Form eines Zusammenhangs zwischen zwei Variablen (siehe Wooldridge 1995) und Fraktionale Polynommodelle (siehe Sauerbrei et al. 2006; Royston/Sauerbrei 2007) berechnet. Beide Alternativen bestätigen im Grundsatz die hier dargestellte Form.

mit einer großen Winning Coalition auch erwartungsgemäß die höchsten vorhergesagten Werte auf dem Pressefreiheitsindex. In Systemen mit einer besonders kleinen Winning Coalition sind die vorhergesagten Werte für die Pressefreiheit jedoch deutlich höher, als man es aus der Selektoratstheorie heraus erwarten würde. Daher wird auch in den folgenden Regressionsanalysen überprüft, ob der Zusammenhang zwischen Winning Coalition und der Pressefreiheit kurvilinear verläuft. Zudem werden aus Abbildung 5 die großen Spannweiten der Pressefreiheitswerte in den vier kleinsten Ausprägungen der Winning Coalition deutlich. Das spricht dafür, dass die Größe der Winning Coalition anscheinend wenig Prägekraft auf die Pressefreiheit zu haben scheint.

Abbildung 6: Pressefreiheit in Abhängigkeit der Größe der Winning Coalition und der Verfügbarkeit freier Ressourcen



Anmerkungen: Mittelwerte auf dem FOTP-Index je nach Verfügbarkeit freier Ressourcen und der Größe der Winning Coalition. Eigene Berechnungen.

Bevor Hypothesen 1 und 2 mittels TSCS-Regressionen überprüft werden, soll noch kurz der Einfluss freier Ressourcen auf die Pressefreiheit deskriptiv analysiert werden. Wie bereits beschrieben, dient der Wert der Netto-Exporte aus Öl und Gas als Indikator für die Verfügbarkeit freier Ressourcen, wobei die Werte zur Behebung der Schiefverteilung transformiert wurden. Über die Hälfte der eingeschlossenen Länder weisen keine positiven Netto-Exporte aus Öl und Gas auf. Unter den Ländern mit den größten Netto-Exporten sind vor allem die Golf-Monarchien des Nahen Ostens zu finden wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi Arabien, Kuwait oder Katar, Russland und einige ressourcenreiche ehemalige Sowjetrepubliken, aber auch demokratische Staaten wie Dänemark und Norwegen. In Abbildung 6 wurden die Staaten nach ihrer Ausprägung auf der Winning Coalition Variablen danach auf-

geteilt, ob ein Staat über eine positive Netto-Bilanz bei Öl- und Gasexporten verfügt oder nicht.

Ein deutlicher Unterschied zwischen Regimen mit einer positiven Export-Bilanz in den durchschnittlichen Werten auf dem Pressefreiheitsindex lässt sich vor allem bei politischen Systemen mit einer sehr kleinen Winning Coalition ausmachen.<sup>62</sup> Hier und in einem geringeren Ausmaß auch in Regimen mit einer mittleren und mittelgroßen Winning Coalition zeigt sich der in Hypothese 2 unterstellte negative Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit freier Ressourcen und der Pressefreiheit. Auch dass Systeme mit einer großen Winning Coalition freie Ressourcen eher nicht dazu verwenden, um die Pressefreiheit zu unterdrücken, sondern freie finanzielle Mittel beispielsweise zur Bereitstellung weiterer öffentlicher Güter benutzen, kann in Abbildung 6 Bestätigung finden – auch wenn die Unterschiede hier insgesamt eher gering ausfallen. Dennoch sind die Pressefreiheitswerte für Systeme mit einer großen Winning Coalition, die Öl und Gas exportieren, im Schnitt höher als für solche Staaten, welche keine Einnahmen aus freien Ressourcen erwirtschaften. Nur in Systemen mit einer kleinen Winning Coalition ist die Pressefreiheit etwas größer, wenn keine freien Ressourcen zur Verfügung stehen, was der Annahme aus Hypothese 2 widerspricht. Vor allem das sozialistische Kuba und Nordkorea sowie Myanmar weisen unter den Staaten mit einer kleinen Winning Coalition und keinen freien Ressourcen besonders niedrige Werte auf dem Pressefreiheitsindex auf, während beispielsweise Kuwait trotz zur Verfügung stehender freier Ressourcen relativ moderate Pressefreiheitswerte erreicht. Inwieweit sich die hier festgestellten Zusammenhänge auch unter Kontrolle weiterer Variablen zeigen, werden die nachfolgenden Regressionsanalysen zeigen.

### 5.3.2 Regressionsanalysen

In diesem Kapitel werden nun die aus der Selektoratstheorie abgeleiteten Hypothesen 1 und 2 zur Wirkung der Größe der Winning Coalition und freier Ressourcen auf die Pressefreiheit mittels TSCS-Regressionsanalysen überprüft (siehe Tabelle 2).

Wie oben erläutert, werden als Basismodell Regressionen mit panelkorrigierten Standardfehlern, Kontrolle für einen allgemeinen Zeittrend und Regionen-FE verwendet. In Modell 1-1 in Tabelle 2 werden zunächst nur die Effekte der Größe der Winning Coalition und des Selektorats, also die ursprünglichen Hauptdeterminanten der Selektoratstheorie, auf die Pressefreiheit betrachtet. Wie aus der Theorie heraus zu erwarten, übt die Größe der Winning Coalition einen signifikant positiven Effekt auf die Pressefreiheit aus. Ein darüber hinausgehender, eigenständiger Effekt für das Selektorat kann jedoch in diesem, wie auch in allen

---

<sup>62</sup> Insbesondere der Sudan, Libyen und Äquatorialguinea weisen sich in dieser Gruppe als äußerst restriktiv gegenüber einer freien Presse aus.

folgenden Modellen nicht festgestellt werden. Mit einem  $R^2$  von 0,54 weist das Modell trotz der minimalen Spezifikation zudem eine durchaus hohe Erklärungskraft auf.

*Tabelle 2: Regressionsanalysen: Pressefreiheit, Größe der Winning Coalition und freie Ressourcen*

AV: PRESSEFREIHEIT 1993 - 2012	1-1	1-2	1-3	1-4
Winning Coalition	9.44*** (2.022)	-11.79*** (4.106)	-7.18* (3.780)	-8.86** (3.735)
Winning Coalition quadriert		23.58*** (5.155)	15.48*** (4.182)	16.31*** (4.174)
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf			-0.72*** (0.121)	-1.02*** (0.203)
Winning Coalition x Export Öl/Gas				0.61** (0.252)
Selektorat	0.49 (0.798)	0.60 (0.806)	0.73 (0.791)	0.66 (0.791)
Sozialistische Regime			-28.43*** (2.787)	-28.15*** (2.740)
BIP pro Kopf			1.16*** (0.099)	1.21*** (0.099)
Bevölkerungsgröße			-0.00 (0.004)	-0.00 (0.004)
Regimewechsel			0.29 (0.515)	0.30 (0.515)
Zeittrend (Basis = 1993)			-0.26*** (0.061)	-0.27*** (0.061)
Konstante	41.40*** (2.167)	43.64*** (1.915)	31.17*** (2.038)	31.23*** (1.998)
Regionen-Dummies	✓	✓	✓	✓
N	2.973	2.973	2.973	2.973
$R^2$	0,54	0,55	0,60	0,60
Länder	158	158	158	158

Anmerkung: Die abhängige Variable ist in allen Modellen der FOTP-Index von Freedom House (2015c). Alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen mit Ausnahme des Zeittrends und des Regimewechsels bestehen aus dem Vorjahreswert (Lag1). Random Effects-Prais-Winsten Regressionen mit panelkorrigierten Standardfehlern, Regionen-FE und common AR(1) zur Modellierung der Autokorrelation des Fehlerterms. Standardfehler in Klammern.

\*\*\*  $p < 0.01$ , \*\*  $p < 0.05$ , \*  $p < 0.1$ .

Wie im vorangegangenen Kapitel bereits gezeigt wurde, gibt es jedoch starke Hinweise darauf, dass der Effekt der Winning Coalition auf die Pressefreiheit nicht linear verläuft. Dazu wurde in Modell 1-2 die quadrierte Größe der Winning Coalition hinzugefügt, welche die Überprüfung eines kurvilinearen Zusammenhangs erlaubt. Tatsächlich sind die beiden Koeffizienten signifikant, was die geäußerte Vermutung über den Verlauf des Zusammenhangs zwischen Winning Coalition und Pressefreiheit bestätigt. Der unquadrierte Koeffizient ändert dabei sein Vorzeichen gegenüber Modell 1-1, während der Koeffizient der quadrierten Winning Coalition positiv ist. Dies bestätigt, dass der Zusammenhang eher U-förmig verläuft und eben nicht linear, was der Annahme aus Hypothese 1 widerspricht.

In Modell 1-3 wurde die Variable zur Messung des Einflusses freier Ressourcen sowie weitere Kontrollvariablen in die Regression eingefügt. Die Effektstärke der beiden Winning

Coalition-Variablen in Modell 1-3 geht infolge des Einschusses weiterer Variablen gegenüber Modell 1-2 deutlich zurück und gleichzeitig steigt das  $R^2$  auf 0,60, was für eine nochmals größere Erklärungskraft des Modells spricht. Da eine Interpretation quadratischer Terme anhand der Koeffizienten äußerst schwierig ist, wird dieser grafisch interpretiert. Zunächst sollen aber die Effekte der Kontrollvariablen genauer betrachtet werden.

Alle Kontrollvariablen verhalten sich erwartungsgemäß. So zeigt sich, dass Regime mit einer sozialistischen Ideologie die Pressefreiheit deutlich stärker unterdrücken. Das BIP pro Kopf hat dagegen einen signifikant positiven Einfluss auf die Pressefreiheit. Wirtschaftlich entwickelte Länder, welche im Schnitt auch politisch deutlich inklusiver und demokratischer sind<sup>63</sup>, weisen also durchschnittlich eine freiere Presse auf. Der Effekt der Bevölkerungsgröße ist negativ, aber nicht signifikant. Dennoch entspricht der negative Effekt den Erwartungen, dass Machthaber in bevölkerungsreichen Staaten die Presse tendenziell stärker unterdrücken. Kein signifikanter Effekt auf die Pressefreiheit lässt sich für die Phase eines Regimewechsels feststellen. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass bei einem Regimewechsel grundsätzlich zwei verschiedene Effektrichtungen unterstellt werden können. Einerseits könnte ein neues Regime die Pressefreiheit lockern, um sich die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern. Andererseits könnte ein neuer Machthaber auch die Pressefreiheit während der Transformationsphase stärker unterdrücken, um möglich Aufständen gegen die neue politische Führung zu verhindern. Die Zeittrend-Variable deutet darauf hin, dass über den Untersuchungszeitraum von 1993 bis 2012 die Pressefreiheit insgesamt zurückgegangen ist. Wie im vorherigen Kapitel bereits gezeigt wurde, ist dies nicht zuletzt unter anderem auf einen leichten Rückgang der Pressefreiheit in einigen etablierten Demokratien zurückzuführen; auch wenn die Pressefreiheit hier weiterhin durchschnittlich auf einem hohen Niveau verbleibt.

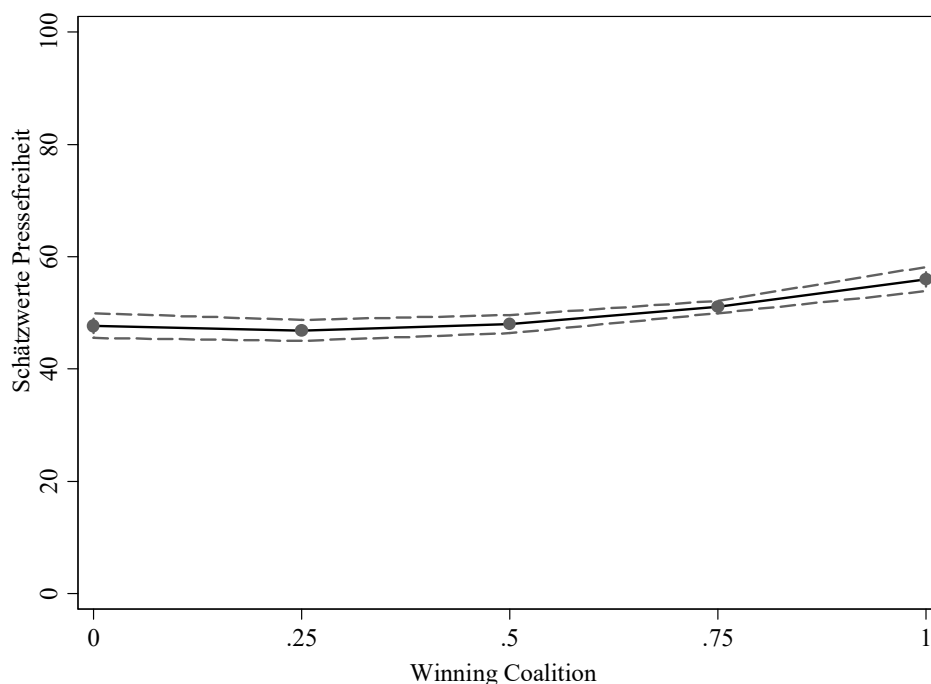
Was aber lässt sich nun über den Einfluss der Winning Coalition und die Verfügbarkeit freier Ressourcen auf die Pressefreiheit sagen? Die Effekte der Größe der Winning Coalition und der quadrierte Term der Winning Coalition nehmen durch das Einfügen der Kontrollvariablen deutlich ab. Der unquadrierte Term ist nur noch schwach signifikant, was auf eine Abschwächung des im bivariaten Modell festgestellten U-förmigen Zusammenhangs hindeutet. In Abbildung 7 sind zur besseren Verständlichkeit des Einflusses der Winning Coalition

---

<sup>63</sup> Das durchschnittliche BIP pro Kopf liegt in politischen Systemen mit einer großen Winning Coalition bei ca. 26.500 US-Dollar, während es unter allen anderen Systemen im Schnitt nur ca. 3.800 US-Dollar beträgt.

auf die Pressefreiheit die vorhergesagten Werte der abhängigen Variablen aus Modell 1-3 für die fünf Ausprägungen der Winning Coalition Variablen grafisch dargestellt.<sup>64</sup>

Abbildung 7: Effekt der Winning Coalition auf die Pressefreiheit



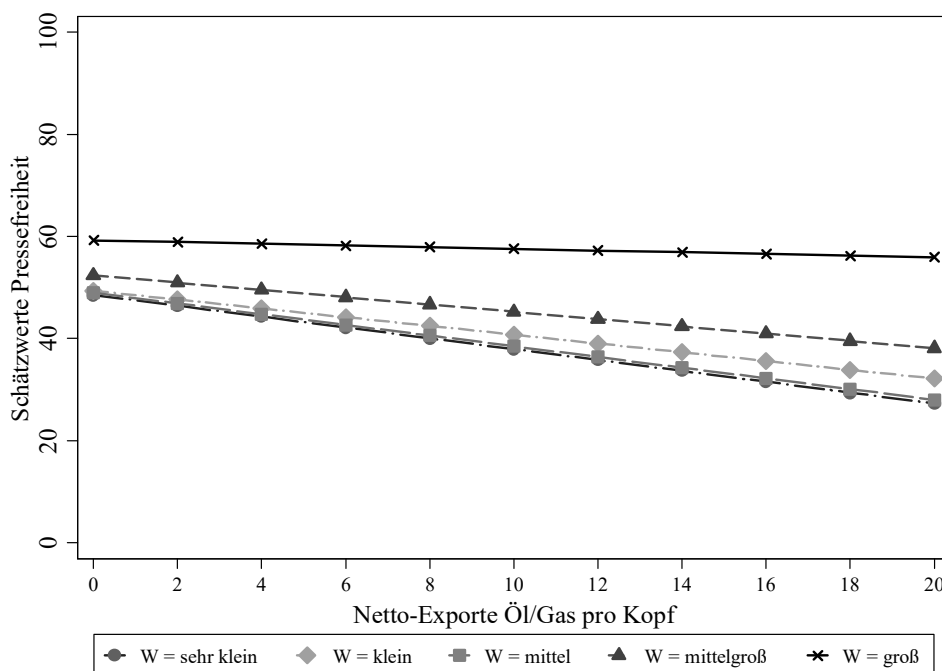
Anmerkung: Vorhergesagte Werte des FOTP-Index für die Größe der Winning Coalition und des quadrierten Terms. Schätzwerte basieren auf der Berechnung durchschnittlicher marginaler Effekte (AMEs) der Größe der Winning Coalition aus Modell 1-3 in Tabelle 2. Alle weiteren Variablen gehen mit ihren beobachteten Werten ein. Inklusive 95% Konfidenzintervalle.

Tatsächlich wird deutlich, dass der Effekt der Winning Coalition auf die Pressefreiheit unter Kontrolle anderer Einflussfaktoren deutlich abnimmt im Vergleich zur bivariaten Betrachtung aus Abbildung 5. Für die drei kleinsten Ausprägungen der Winning Coalition sind nun keine signifikanten Unterschiede in der Pressefreiheit mehr festzustellen, auch wenn Systeme mit einer sehr kleinen Winning Coalition weiterhin sehr leicht über Systemen mit einer kleinen Winning Coalition liegen. Dass der Effekt der Winning Coalition nun weniger U-förmig verläuft als bei der bivariaten Betrachtung, kann insbesondere an der Kontrolle für sozialistische Systeme liegen. Der Koeffizient dieser Variablen ist in allen Modellen signifikant und stark negativ. Systeme mit einer sozialistischen Ideologie lassen sich weiterhin fast ausschließlich in der zweitkleinsten und mittleren Kategorie der Winning Coalition Variablen finden, was die Glättung der U-Form zur Folge haben kann. Bei Systemen mit einer mittelgroßen oder großen Winning Coalition zeigt sich dagegen der aus Hypothese 1 erwartete Anstieg in der Pressefreiheit mit steigender Winning Coalition Größe.

<sup>64</sup> Die Schätzwerte für die verschiedenen Ausprägungen der Größe der Winning Coalition wurden auf Grundlage durchschnittlicher marginaler Effekte (AMEs) berechnet. Alle Kontrollvariablen gehen dabei mit ihren tatsächlichen Werten (*as observed*) in die Berechnung ein (Williams 2012: 324-326).

Modell 1-4 erlaubt eine Überprüfung des in Hypothese 2 beschriebenen Einflusses freier Ressourcen. Laut der Selektoratstheorie sollte der Effekt freier Ressourcen je nach Größe der Winning Coalition variieren, wobei ein stärker negativer Effekt freier Ressourcen auf die Pressefreiheit in Systemen mit einer sehr kleinen Winning Coalition beobachtbar sein sollte. Zur Überprüfung dieses Zusammenhangs wurden in Modell 1-4 ein Interaktionsterm zwischen Winning Coalition-Größe und dem Wert der Netto-Exporte aus Öl und Gas pro Kopf gebildet. Interaktionsterme ermöglichen es, den Effekt der Öl- und Gas-Exporte je nach Ausprägung der Winning Coalition Variablen variieren zu lassen. Der Koeffizient der Öl- und Gas-Exporte aus dem Modell 1-4 ist negativ, während der Interaktionsterm signifikant positiv ist. Das deutet darauf hin, dass der negative Effekt freier Ressourcen auf die Pressefreiheit mit steigender Winning Coalition geringer wird, was Hypothese 2 entspräche. Da Interaktionsterme jedoch nur sinnvoll in Abhängigkeit der beiden Haupteffekte interpretiert werden können (Brambor et al. 2005: 71-72) und eine Betrachtung anhand der Koeffizienten oftmals zu Fehlinterpretationen führt, wird die Hypothese 2 genauer anhand einer grafischen Darstellung des Effekts der Öl- und Gas-Exporte je nach Ausprägung der Winning Coalition-Variablen (siehe Abbildung 8) untersucht.

Abbildung 8: Der Einfluss freier Ressourcen auf die Pressefreiheit in Abhängigkeit der Größe der Winning Coalition



Anmerkung: Vorhergesagte Werte auf dem FOTP-Index für den Interaktionseffekt zwischen Größe der Winning Coalition und der Verfügbarkeit freier Ressourcen. Schätzwerte basieren auf der Berechnung marginaler Effekte für repräsentative Werte (MERs) aus Modell 1-4 in Tabelle 2. Alle weiteren Variablen gehen mit ihren beobachteten Werten ein.

In Abbildung 8 ist deutlich zu erkennen, dass sich die Effekte der Verfügbarkeit freier Ressourcen je nach Winning Coalition Größe deutlich voneinander unterscheidet. In Systemen

mit einer großen Winning Coalition ist quasi kein Effekt auf die vorhergesagten Pressefreiheitswerte freier Ressourcen festzustellen. Wie aus der Theorie zu erwarten, führen freie Ressourcen in Systemen mit einer großen Winning Coalition also nicht zu einer stärkeren Repression der Pressefreiheit. Für alle weiteren Ausprägungen der Winning Coalition-Größe gehen die vorhergesagten Werte auf dem FOTP-Index mit steigender Verfügbarkeit freier Ressourcen jedoch deutlich zurück.

Grundsätzlich kann für Hypothese 2 festgehalten werden, dass die Verfügbarkeit freier Ressourcen in Systemen mit einer kleineren Winning Coalition durchweg zu einer stärkeren Repression der Pressefreiheit führt. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen von Egorov et al. (2009) zum Einfluss freier Ressourcen auf die Pressefreiheit in Autokratien und Demokratien. Die Annahme, dass der Effekt in Systemen mit einer besonders kleinen Winning Coalition am stärksten ausgeprägt sei, kann jedoch nur teilweise bestätigt werden. Für die drei kleinsten Ausprägungen der Winning Coalition-Variablen lassen sich nur geringe Unterschiede in den vorhergesagten Werten je nach Verfügbarkeit freier Ressourcen feststellen. Wie schon beim Effekt der Größe der Winning Coalition auf die Pressefreiheit scheint es auch hier keinen größeren Unterschied zu machen, ob die Winning Coalition besonders klein ist oder ein mittleres Niveau aufweist.

Die hier gefundenen Ergebnisse sind weitgehend robust gegenüber alternativen TSCS-Modellspezifikationen (siehe Anhang Tabelle 5 bis 8). Das Verwenden einer Lagged Dependent Variable (LDV) (siehe Tabelle 5 Modell 3-4), um für serielle Autokorrelation zu kontrollieren, bestätigt die funktionale Form des Effekts der Größe der Winning Coalition auf die Pressefreiheit. Auch üben laut Modell 3-3 freie Ressourcen einen negativen Effekt auf die Pressefreiheit aus. Der Effekt sozialistischer Regime ist hier nur noch schwach signifikant. FGLS-Panel-Modelle (siehe Tabelle 6 Modell 3-4) für Datensätze mit einer geringen Anzahl an Jahren und einer großen Zahl an Ländern bestätigen durchweg die gefundenen Effekte aus dem Basismodell. Zudem erweist sich hier auch der Effekt der Bevölkerungsgröße als signifikant. Verwendet man Discroll-Kraay-Standardfehler (siehe Tabelle 7 Modell 3-4) statt panelkorrigierter Standardfehler, welche zu effizienteren Schätzungen bei kurzen Zeiträumen führen können, können ebenfalls die Ergebnisse aus dem Basismodell für den Effekt der Winning Coalition bestätigt werden. Deutlichere Unterschiede zum Basismodell zeigen sich unter Berücksichtigung von Länder- und Jahres-Fixed-Effects mit Discroll-Kraay-Standardfehlern (siehe Tabelle 8 Modell 3-4). Zunächst kann hier der Einfluss sozialistischer Regime auf die Pressefreiheit nicht geschätzt werden, da diese Variable perfekt mit den Jahres- und Länder-FE korreliert. Weiterhin ist für diese Modelle sowohl der Haupteffekt als auch der quadrierte Term der Größe der Winning Coalition signifikant positiv. Das

bedeutet, dass laut diesem Modell der Effekt nicht U-förmig verläuft, wohl aber der positive Effekt der Winning Coalition auf die Pressefreiheit bei größeren Werten für die Winning Coalition zunimmt. Dies entspräche also stärker der Annahme zum Einfluss der Winning Coalition auf die Pressefreiheit aus Hypothese 1.

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Hypothesen 1 und 2 nur teilweise angenommen werden können. Zwar besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Winning Coalition und der Pressefreiheit. Grundsätzlich scheint der Unterschied in der Pressefreiheit aber zwischen Systemen mit einer großen Winning Coalition und mittleren oder kleinen Unterstützerkreisen zu bestehen und nicht etwa ein linearer Zusammenhang zwischen Größe und Pressefreiheit. Gerade in Systemen mit einer sehr kleinen bis mittleren Winning Coalition Größe verläuft der Einfluss der Winning Coalition flach. Unterschreitet die Winning Coalition also einen bestimmten Punkt, so wirken sich Veränderungen nicht mehr auf die Pressefreiheit und auch nicht auf die Effektstärke freier Ressourcen aus. Selbstverständlich können die von den theoretischen Annahmen abweichenden empirischen Befunde auch auf die unzureichende Messung der Größe der Winning Coalition zurückzuführen sein. Auf jeden Fall kann diese Variable nicht die durchaus vorhandenen Unterschiede in der Pressefreiheit zwischen stärker autokratischen Regimen erklären. Ob sich diese festgestellten Nicht-Unterschiede bei autokratischen Regimen mit einer kleinen Winning Coalition auch bei verschiedenen Typen autokratischer Regime feststellen lassen, wird in den nachfolgenden Kapiteln behandelt.

## **5.4 Pressefreiheit in autokratischen Regimen und Demokratien**

Nachdem der Zusammenhang zwischen Pressefreiheit und der Größe der Winning Coalition analysiert wurde, werden in den nachfolgenden Kapiteln der Einfluss der Demokratie und verschiedener autokratischer Regimetypen, wie in Hypothese 3 beschrieben, behandelt. Dazu wird zunächst eine Hintergrundannahme aus Hypothese 3 überprüft, ob sich die vermutete Verteilung der Größe der Winning Coalition auf verschiedene Regimetypen auch empirisch nachweisen lässt. Daran anschließend werden die einzelnen Regimetypen genauer beleuchtet und erste bivariate Zusammenhänge vorgestellt. In Kapitel 5.4.4 wird dann Hypothese 3 mittels TSCS-Regressionsanalysen überprüft.

### **5.4.1 Die Größe der Winning Coalition in autokratischen Regimen und Demokratien**

Aus den Vorgaben der Selektorats Theorie und den defintorischen Merkmalen der von Magaloni et al. identifizierten Regimetypen, wurden Annahmen über die Größe des Selektorats und insbesondere der Winning Coalition innerhalb der Regimetypen getroffen. Damit die

Annahmen der Selektoratstheorie auf die Regimetypen übertragen werden können und Hypothese 3 ihre Richtigkeit behält, muss also zunächst überprüft werden, ob sich die angenommene Verteilung der Größe der Winning Coalition so auch für die Regimetypen nachweisen lässt.

*Tabelle 3: Größe der Winning Coalition in autokratischen Regimetypen und Demokratien*

Regimetyp	Ø Größe Winning Coalition	Std. Abw. Größe Winning Coalition	Min. Größe Winning Coalition	Max. Größe Winning Coalition
Demokratie	0,84	0,15	0	1
Mehrparteienregime	0,52	0,27	0	1
Einparteienregime	0,40	0,17	0	0,75
Monarchie	0,25	0	0,25	0,25
Militärregime	0,21	0,21	0	0,75

Anmerkungen: Werte für den Zeitraum von 1993 bis 2012. Eigene Berechnungen.

In Tabelle 3 sind die durchschnittliche Größe sowie die Standardabweichung, die Minimal- und Maximalwerte der Winning Coalition für die einzelnen Regimetypen dargestellt. Betrachtet man die Reihenfolge der durchschnittlichen Winning Coalition-Größe für die einzelnen Regimetypen, so können die Annahmen bestätigt werden.<sup>65</sup> Die Winning Coalition ist in Demokratien im Durchschnitt mit Abstand am größten, gefolgt von Mehrparteienregimen und Einparteienregimen.<sup>66</sup> Monarchien und Militärregime weisen mit großem Abstand die kleinste Winning Coalition-Größe auf und unterscheiden sich nur geringfügig voneinander. Allerdings ist die Schwankung der Werte für die Winning Coalition in den einzelnen politischen Regimen mit Ausnahme der Monarchien relativ hoch, was auf eine geringe Intra-Gruppen-Homogenität hinweist. Mehrparteien- und Militärregime weisen dabei eine besonders hohe Heterogenität der Winning Coalition-Werte auf. Selbst innerhalb von Demokratien zeigen einige Staaten eine eher kleinere Winning Coalition-Größe, worunter über einen längeren Zeitraum hinweg vor allem einige Balkan-Staaten, die Philippinen, Niger oder Indonesien fallen.<sup>67</sup> Zudem bilden Beobachtungen mit einer mittelgroßen Winning Coalition innerhalb der Demokratien die größte Gruppe. Es bleibt also festzuhalten, dass die Tendenz der

<sup>65</sup> Auch die Größe des Selektorats entspricht den Erwartungen. Da dieser Größe jedoch kein Effekt unterstellt wird, wird dieses Merkmal nicht weiter behandelt.

<sup>66</sup> Die Größe der Winning Coalition liegt dabei in nicht-sozialistische Einparteienregime leicht über sozialistischen Einparteienregimen.

<sup>67</sup> Die extremsten Fälle sind dabei die Komoren in den Jahren 2004 und 2005 sowie Guinea-Bissau im Jahr 2004. Für diese drei Länderjahre deutet die Regimevariable auf ein demokratisches System hin, während die Größe der Winning Coalition ihren Minimalwert annimmt. In Guinea-Bissau sind diese Abweichung auf einen Militärputsch gegen den Präsidenten Kumba Yala im September 2003 zurückzuführen, welchem allerdings im Jahr 2004 demokratische Wahlen folgten (Polity IV 2010b: 2). Auf den Komoren führten Unstimmigkeiten über das Wahlergebnis aus dem Jahr 2002 dazu, dass sich der amtierende Präsident Azzali selbst zum Wahlsieger ausrief. Erst im Jahr 2006 wurde durch demokratische Wahlen ein Nachfolger bestimmt (Polity IV 2010a: 2). Da aber in den voll spezifizierten Regressionsmodellen für Regime- oder Herrscherwechsel und Putsche kontrolliert wird, sollten sich solche Ausreißer nicht weiter in den Ergebnissen niederschlagen.

Winning Coalition Größe innerhalb autokratischer Regimetypen und Demokratien den in Kapitel 2.7 getroffenen Annahmen entspricht. Allerdings kann man aufgrund der nicht zu vernachlässigenden Schwankungen innerhalb der Gruppen nicht wirklich von klar abtrennbaren Regimetypen entlang der Winning Coalition-Größe sprechen. Inwieweit diese Ungenauigkeiten auf die Messung der Winning Coalition-Größe oder der Regimevariablen zurückgehen, kann in dieser Arbeit jedoch nicht weiter behandelt werden.<sup>68</sup> Grundsätzlich sollten in den nachfolgenden Untersuchungen Demokratien nicht mit der in der vorherigen Analyse definierten Gruppe von Systemen mit einer großen Winning Coalition gleichgesetzt werden oder Militärregime und Monarchien mit Systemen mit einer sehr kleinen Winning Coalition.

### 5.4.2 Überblick und deskriptive Befunde

Wie schon in Kapitel 5.3.1 soll auch hier zunächst auf die geografische Verteilung autokratischer Regimetypen und Demokratien eingegangen werden. Dazu sind in Abbildung 9 die Verteilung der politischen Regime auf verschiedene Regionen im Zeitraum von 1979 bis 1992 und 1993 bis 2012 dargestellt. Der erste Zeitraum soll verdeutlichen, wie sich gewisse Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges entwickelt und somit auch die Verteilung der Regimetypen insgesamt verändert haben.

Aus der Abbildung wird die Dominanz der Demokratien in westlichen Staaten deutlich. Über beide Zeiträume weisen nach der Einteilung von Magaloni et al. durchgängig alle Staaten in Westeuropa und Nordamerika ein demokratisches Regierungssystem auf.<sup>69</sup> Zeitliche Veränderungen und eine deutlich heterogenere Verteilung verschiedener Regimetypen zeigen sich für die anderen ausgewiesenen Regionen. Für die Staaten in Osteuropa und die ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion zeigen sich die Folge des Zusammenbruchs des sozialistischen Blocks und die damit einhergehenden Veränderungen der politischen Landschaft. Ein Großteil der Staaten Osteuropas wurde bis 1989 als Einparteienregime klassifiziert. Seitdem haben sich viele Staaten Zentralosteuropas, des Baltikums und des Balkans demokratisiert.<sup>70</sup> Fast alle ehemaligen Teilrepubliken der UdSSR und auch Russland sind seit 1993 autokratische Mehrparteienregime.<sup>71</sup> Die vormals dominierenden sozialistischen

<sup>68</sup> Auch für die Regimetyptologie von Hadenius/Teorell zeigen sich ähnliche Mittelwerte und Streuungsmaße. Die festgestellten Schwankungen der Winning Coalition-Werte sind also nicht auf die hier verwendete Regimetyptologie begrenzt.

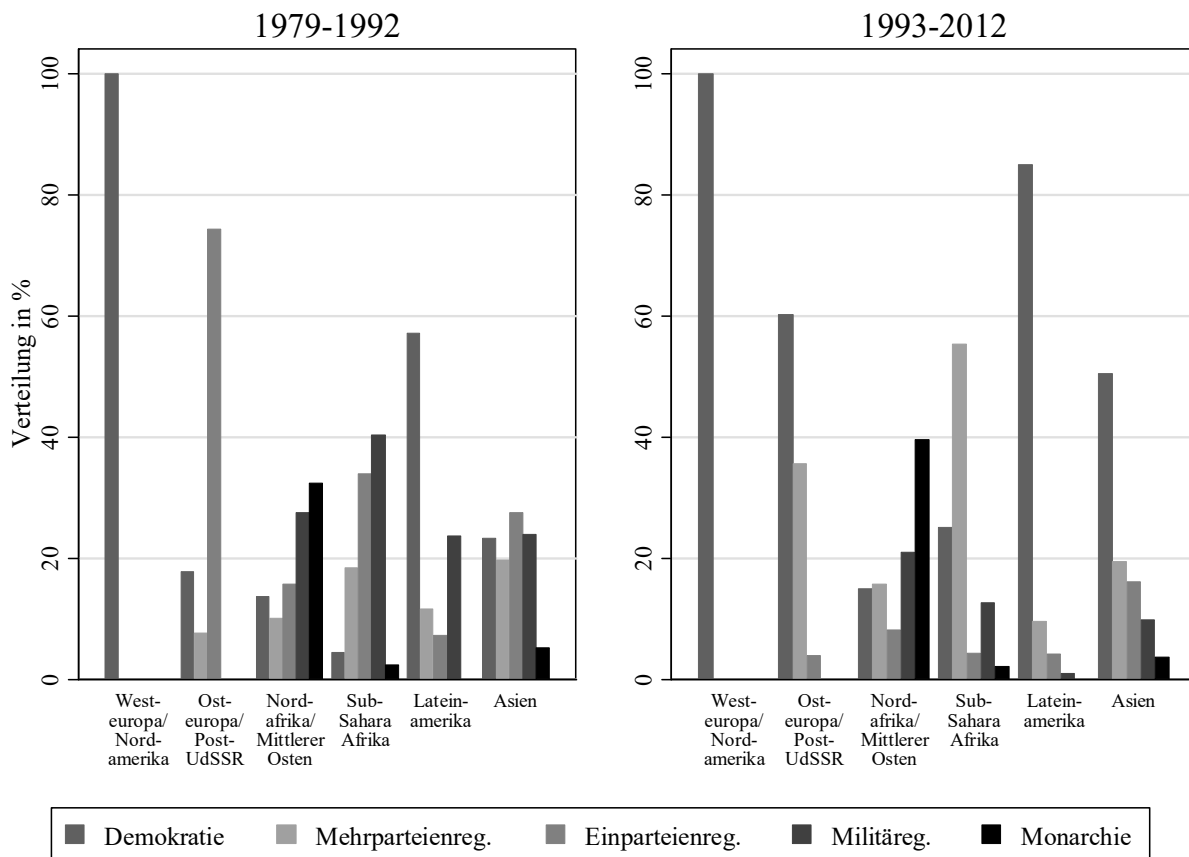
<sup>69</sup> Als letzte autokratische Staaten führten in dieser Region Spanien im Jahr 1977, Portugal 1976 und Griechenland 1975 demokratische Regierungssysteme ein.

<sup>70</sup> Serbien & Montenegro erreichte im Jahr 2001 als letzter Staat auf dem Balkan den Status der Demokratie.

<sup>71</sup> Zur zweiseitigen Entwicklung der post-sozialistischen Staaten in Osteuropa siehe auch Diamond 2009: 190-207.

Einparteienregime in dieser Region haben sich also seit Anfang der 1990er zum großen Teil hin zu Demokratien und kompetitiveren Formen des Autoritarismus transformiert.<sup>72</sup>

Abbildung 9: Autokratische Regimetypen und Demokratien in verschiedenen Regionen



\* Inklusive Australien und Neuseeland

Anmerkungen: Abgebildet ist die Verteilung der autokratischen Regimetypen und Demokratien innerhalb einer Region jeweils für den Zeitraum von 1979-1992 und 1993-2012. Grundlage für die Regionen bildet eine komprimierte Version der Regionensvariablen. Eigene Berechnungen.

Ein ähnlicher Wandel ist auch in den afrikanischen Staaten südlich der Sahara zu beobachten. Viele Militär- oder Einparteienregime, die in den 1980ern noch dominierten, wandelten sich zu autokratischen Mehrparteienregimen, welche aber nicht selten durch eine kurzzeitige Machtübernahme des Militärs unterbrochen wurden. Das spricht für eine Instabilität dieser Regime. Einige Mehrparteienregime wandelten sich dagegen über die Jahre immer mehr in Richtung persistenter Demokratie. Darunter fallen zum Beispiel Südafrika, das seit 1994 durchgehend als Demokratie gewertet wird, und seit Beginn des 21. Jahrhunderts auch Ghana, Senegal, Sierra Leone oder Kenia. Als einzige Monarchie in dieser Region erweist sich weiterhin das eher bevölkerungsarme Königreich Swasiland als äußerst persistent.

<sup>72</sup> Als einziger post-sozialistischer Staat wird Turkmenistan auch nach 1992 über den gesamten Zeitraum als Einparteienregime kategorisiert. Erst im Jahr 2013 wurden hier Wahlen durchgeführt, zu der auch andere Parteien außer der Regierungspartei zugelassen waren. Allerdings waren die Wahlen nicht frei und fair, da alle Bewerber vor der Wahl durch die Regierung zugelassen werden mussten und somit keine wirkliche Oppositionspartei zur Wahl stand (siehe Freedom House 2014).

Weniger einschneidende politische Veränderungen zeigen sich dagegen in den Staaten Nordafrikas und des Mittleren Ostens. Die Golf-Monarchien im arabischen Raum und Marokko bilden die deutliche Mehrheit in dieser Region und erweisen sich über den gesamten betrachteten Zeitraum auch als sehr resistent gegenüber Regimewechseln oder gar Liberalisierungstendenzen. Unter Einparteienregime fallen in dieser Region der Iran und bis zum Beginn des Krieges gegen die von den USA geführte Koalition im Jahr 2003 auch der Irak. Ägypten, Libyen, Syrien und bis 1998 Algerien zeichnen sich wiederum durch eine recht lange Herrschaft des Militärs aus. Mehrparteienregime sind mit Ausnahme des Libanons und Tunesiens eher eine neuere Entwicklung in dieser Region. Kompetitive autokratische Regime mit mehreren Parteien etablierten sich im Irak nach 2003 und in Algerien seit 1999. Israel, Zypern und die Türkei<sup>73</sup> bilden hier als Demokratien die klare Minderheit.

In Lateinamerika und Asien zeigt sich dagegen ein deutlicher Vormarsch der Demokratien. Zwar waren demokratische Systeme in Mittel- und Südamerika auch schon vor 1993 deutlich in der Überzahl. Mit dem Zusammenbruch bzw. der Liberalisierung fast aller Militärdiktaturen in den 1980ern sind in diesen Ländern, wie zum Beispiel Argentinien, Brasilien, Bolivien, Chile, Panama oder Uruguay, relativ gefestigte demokratische Systeme entstanden. Auch Mexiko, das zuvor lange Zeit unter die autokratischen Mehrparteienregime fiel, wird seit 1998 als Demokratie gewertet. Das sozialistische Kuba bildet das einzig verbliebene Einparteienregime in Lateinamerika. In Asien führte ebenfalls die Liberalisierung ehemaliger Militärregime in Bangladesch, Indonesien, Südkorea und, mit einigen Unterbrechungen infolge von Militärputschen, auch in Thailand und Pakistan zu einer Verbreitung demokratischer Systeme. Weiterhin weist diese Region mit China, Laos, Nordkorea und Vietnam einige äußerst persistente sozialistische Einparteienregime auf.

Insgesamt zeichnet sich der Untersuchungszeitraum durch eine deutliche Dominanz demokratischer Systeme und autokratischer Mehrparteienregime aus. Fast 80 % der Beobachtungen in diesem Zeitraum entfallen auf einen dieser beiden Typen politischer Regierungssysteme (siehe Anhang Abbildung 13). Die klassischen autokratischen Typen wie Einparteien- oder Militärregime sind dagegen deutlich auf dem Rückzug, wenn auch gerade einige sozialistische Einparteienregime in Asien oder auf Kuba eine recht hohe Persistenz aufweisen. Auch haben sich insbesondere die ölreichen Monarchien im Mittleren Osten als resistent

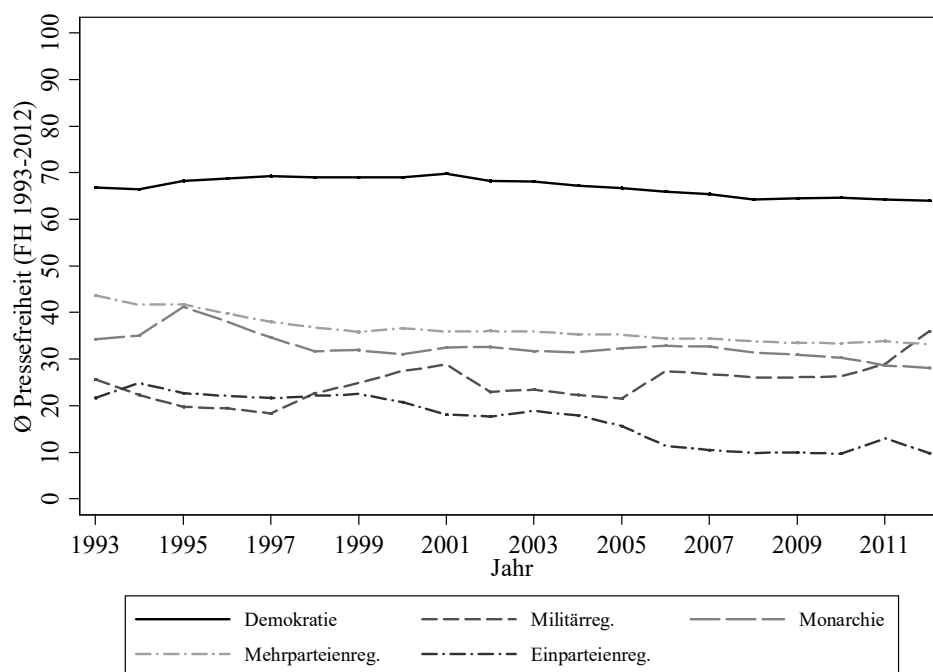
---

<sup>73</sup> Die Türkei wird von Freedom House (2015a) seit einigen Jahren nur als ‚teilweise frei‘ aufgeführt. Kritisch wird die zunehmende Beeinflussung der Wahlkämpfe durch die Regierung gesehen und die Inhaftierung oppositioneller Journalisten. Dennoch gilt die Türkei nach der hier gewählten Regimeeinteilung im gesamten Untersuchungszeitraum weiterhin als demokratisch.

gegenüber dem Trend hin zu demokratischen oder zumindest autokratischen Mehrparteienregimen erwiesen.<sup>74</sup>

Wie aber sieht es nun mit der Pressefreiheit in den verschiedenen Regimen aus? Dazu sind in Abbildung 10 die jährlichen Durchschnittswerte auf dem FOTP-Index seit 1993 für Demokratien und die autokratischen Regimetypen abgebildet.

Abbildung 10: Entwicklung der Pressefreiheit in Demokratien und autokratischen Regimen seit 1993



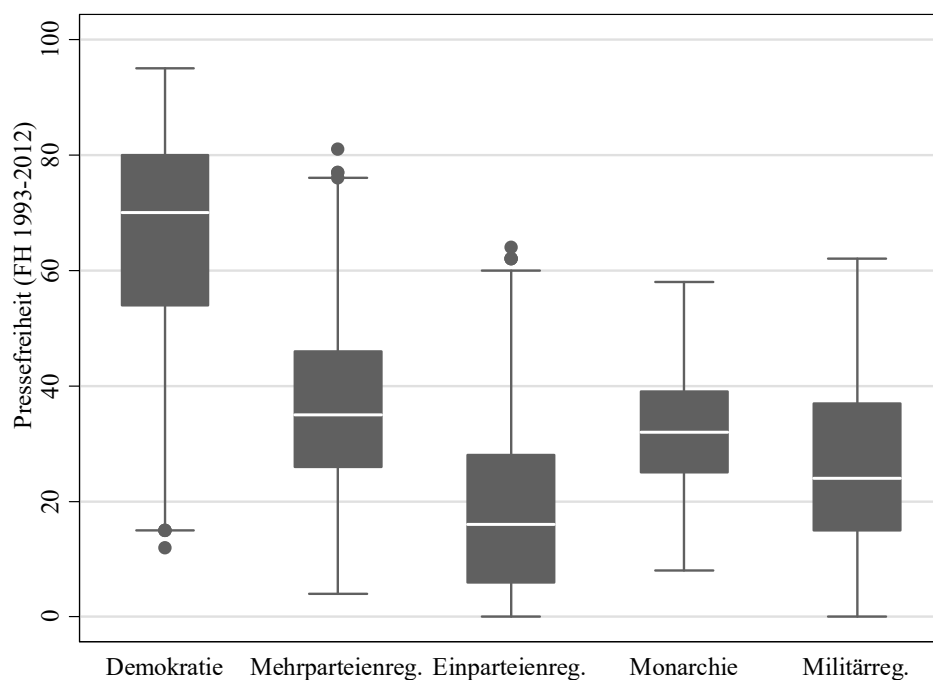
Anmerkungen: Jahres-Mittelwerte für autokratische Regimetypen und Demokratien auf dem FOTP-Index. Fehlende Werte wurden aus der Berechnung der Mittelwerte entfernt. Eigene Berechnungen.

Demokratien weisen erwartungsgemäß im Schnitt die mit Abstand höchsten Pressefreiheitswerte auf. Auch der zeitliche Verlauf erweist sich als relativ stabil. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts sind leichte Rückgänge zu beobachten, welche bereits oben genauer erläutert wurden. Mehrparteienregime und Monarchien zeigen ebenfalls einen eher flachen Verlauf. Die Durchschnittswerte dieser beiden Regimetypen unterschieden sich dabei pro Jahr nur geringfügig. Für Militärregime ist dagegen seit einigen Jahren ein Anstieg der Durchschnittswerte auf dem Pressefreiheitsindex festzustellen. Im Jahr 2012 ‚überholten‘ Militärregime sogar erstmals im Untersuchungszeitraum die Mehrparteienregime. Für Einparteienregime ist dagegen seit 2004 eine rückläufige Entwicklung zu beobachten. Deutliche Differenzen zwischen den autokratischen Regimetypen lassen sich mit Ausnahme von Einparteienregimen anhand von Abbildung 10 jedoch nicht feststellen. Da Veränderungen der jährlichen Durchschnittswerte allerdings nicht nur auf Entwicklungen innerhalb der Regimetypen zurückzu-

<sup>74</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Hadenius und Teorell (2007) in ihrer Untersuchung der Regimeentwicklungen seit 1972.

führen sein müssen, sondern auch durch Regimewechsel zu erklären sein können, ist die Interpretation der Verlaufskurven schwierig.<sup>75</sup>

Abbildung 11: Verteilung der Pressefreiheitswerte in autokratischen Regimetypen und Demokratien



Anmerkungen: Abgebildet sind die Verteilungen der Werte des FOTP-Index innerhalb von Demokratien und den autokratischen Regimetypen über sogenannte Box-Plots. Die Länge der Box gibt den Interquartilsabstand (IQA) der Verteilung an. Der Strich in der Mitte der Box bildet den Median der Verteilung ab. Innerhalb des oberen horizontalen Strichs (*Whisker*) sind alle Datenpunkte mit dem 1,5-fachen IQA vom dritten Quartil enthalten. Der untere Whisker enthält alle Datenpunkte mit dem 1,5-fachen IQA vom ersten Quartil. Eigene Berechnungen.

Daher sind in Abbildung 11 die Verteilungen des FOTP-Index für Demokratien und die autokratischen Regimetypen über den gesamten Untersuchungszeitraum in Form von *Box-Plots* abgebildet. Box-Plots erlauben es sowohl Aussagen über die Durchschnittswerte, hier über den Median abgebildet, als auch über die Verteilung der Werte zu treffen (siehe Cox 2009). Anhand der Gesamtdurchschnitte lassen sich etwas klarere Annahmen über die Pressefreiheit in verschiedenen Regimetypen treffen, als über die zeitliche Entwicklung der Durchschnittswerte. Die Ergebnisse aus Abbildung 11 lassen vermuten, dass die in Hypothese 3 auf Grundlage der Größe der Winning Coalition aufgestellte Rangfolge der autokratischen Regime im Bezug auf die Pressefreiheit nicht zu halten sind. Zwar weisen Demokratien erwartungsgemäß die höchsten durchschnittlichen Pressefreiheitswerte auf, gefolgt von Mehrparteienregimen. Allerdings liegen Monarchien nur knapp hinter den Mehrparteienregimen. Einparteienregime weisen im Durchschnitt die niedrigsten Pressefreiheitswerte auf. Die in

<sup>75</sup> Tatsächlich lässt sich beispielsweise der Anstieg in den durchschnittlichen Werten für Militärregime durch Anstiege der Pressefreiheitswerte innerhalb von Militärregimen, wie zum Beispiel im Jahr 2011 in Libyen (+ 34 Punkte auf der FOTP-Skala gegenüber dem Vorjahr), aber auch durch einen Regimewechsel des Jemens, das besonders niedrige Pressefreiheitswerte aufweist, im Jahr 2012 zu einem Mehrparteienregimen erklären.

Hypothese 3 vermutete Rangfolge, Demokratien, Mehrparteien-, Einparteien-, Militärregime und Monarchien, kann zumindest nach dieser bivariaten Betrachtung nicht bestätigt werden. Weiterhin zeichnen sich die einzelnen Regimegruppen durch eine große Spannweite der Werte auf dem FOTP-Index aus. Selbst innerhalb von Demokratien finden sich Staaten, die sich durch eine eher geringe Pressefreiheit auszeichnen.<sup>76</sup> Darunter fallen im Jahr 2012 vor allem jüngere Demokratien wie Mexiko, die Ukraine oder der Senegal, wirtschaftlich wenig entwickelte Demokratien wie Bangladesch, Liberia, Nepal oder Kenia, aber auch Staaten mit inzwischen langjähriger demokratischer Erfahrung wie die Türkei oder Argentinien. Die liberalen westlichen Demokratien aber auch einige postsozialistische Länder<sup>77</sup> wie Estland oder die Tschechische Republik erzielen dagegen durchweg sehr hohe Pressefreiheitswerte. Innerhalb der Mehrparteienregime sind es vor allem die Nachfolgestaaten der Sowjetunion wie Usbekistan, Weißrussland, Kasachstan oder Russland, die neben wirtschaftlich schwach entwickelten Staaten wie dem Sudan, Gambia oder Äthiopien eine sehr geringe Pressefreiheit aufweisen. Bei den Einparteienregimen sind es wiederum die sozialistischen Regime und der Irak bis ins Jahr 2003 mit durchweg niedrigen Pressefreiheitswerten. Höhere Werte zeigt in dieser Gruppe nur Uganda, das seit 2006 allerdings als Mehrparteienregime gilt. Unter den Monarchien schränken Saudi Arabien und seit 2011 auch Bahrain die Presse nach dem FOTP-Index am stärksten ein. Kuwait, Jordanien und Marokko charakterisieren sich unter Monarchien dagegen fast durchweg durch eine verhältnismäßig geringe Repression der Presse. Bei den Militärregimen ist eine klare Aussage schwer zu treffen, da im Untersuchungszeitraum die meisten Militärregime nur von kurzer Dauer waren. Gerade Myanmar und Libyen zur Zeit der Herrschaft Al-Gaddafis, als zwei zeitlich länger andauernde Militärregime, zeigen unter den Militärregimen besonders niedrige Werte. Viele nur kurze Zeit existierende Militärregime wie in Ecuador in den Jahren 2000 bis 2002 weisen dagegen vergleichsweise hohe Werte auf dem FOTP-Index auf.

Insgesamt sind also nicht nur Zweifel angebracht, ob sich die Annahme aus Hypothese 3 über das Maß an Pressefreiheit in verschiedenen autokratischen Regimen bestätigen lassen, sondern auch ob die in der Autokratieforschung gängigen Typologien von Autokratien und deren erwartete Größe der Winning Coalition eine geeignete Grundlage darstellen, um Unterschiede zwischen autokratischen Staaten in der Pressefreiheit zu untersuchen. Insgesamt ist die Streuweite der Pressefreiheitswerte innerhalb der verschiedenen Regimetypen recht hoch, was für eine geringe Prägekraft der Regimetypen hinsichtlich der Pressefreiheit

---

<sup>76</sup> Die niedrigsten Pressefreiheitswerte innerhalb von Demokratien zeigen sich vor allem bei Ländern, die erst kurz zuvor ein demokratisches System eingeführt haben wie zum Beispiel in Burundi oder Albanien in den frühen 1990er Jahren und in wenig gefestigten Demokratien wie zum Beispiel in Pakistan.

<sup>77</sup> Zur Entwicklung und Determinanten der Pressefreiheit in den post-sozialistischen Ländern Mittelosteuropas siehe auch Bairett 2015.

spricht. Ob sich dennoch signifikante Unterschiede zwischen den Regimen nachweisen lassen, werden die folgenden TSCS-Regressionsanalysen zeigen.

### 5.4.3 Regressionsanalysen

Zur Untersuchung von Hypothese 3 sind in Tabelle 4 vier TSCS-Regressionsmodelle mit panelkorrigierten Standardfehlern und Regionen-Dummies abgebildet. Die Modelle 2-1 und 2-2 beinhalten alle Länder von 1993 bis 2012, wobei Demokratien als Referenzkategorie für die Regimedummies dienen. Da anzunehmen ist, dass sich einige Kontrollvariablen in Demokratien und Autokratien unterschiedlich verhalten und um mögliche Differenzen zwischen verschiedenen autokratischen Regimetypen klarer darstellen zu können, sind in den Modellen 2-3 und 2-4 die Regressionen mit Ausschluss demokratischer Systeme wiederholt worden. Hier bilden Mehrparteienregime die Referenzkategorie.

*Tabelle 4: Regressionsanalysen Pressefreiheit in autokratischen Regime und Demokratien*

AV: PRESSEFREIHEIT 1993 - 2012	Referenzkat.: Demokratie		Mehrparteienreg.	
	2-1	2-2	2-3	2-4
Mehrparteienregime	-9.49*** (1.379)	-7.80*** (1.179)	/	/
Einparteienregime	-20.23*** (2.717)	-13.15*** (2.262)	-7.15*** (1.711)	-4.80*** (1.514)
Sozialistische Regime		-34.14*** (2.850)		-20.79*** (3.540)
Monarchie	-9.83*** (2.507)	-11.79*** (2.395)	-0.07 (2.386)	-1.35 (2.136)
Militärregime	-6.91*** (1.442)	-5.34*** (1.238)	0.32 (1.023)	0.33 (0.991)
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf		-0.69*** (0.116)		-0.42*** (0.145)
BIP pro Kopf		1.20*** (0.094)		0.50*** (0.155)
Bevölkerungsgröße		-0.00 (0.003)		0.00 (0.008)
Regimewechsel		0.09 (0.510)		1.03 (0.783)
Zeittrend (Basis = 1993)	-0.20*** (0.058)	-0.27*** (0.060)	-0.29*** (0.083)	-0.26*** (0.084)
Konstante	55.40*** (1.563)	38.99*** (1.779)	30.60*** (1.625)	25.40*** (2.322)
Regionen-Dummies	✓	✓	✓	✓
N	2.996	2.996	1.390	1.390
R <sup>2</sup>	0,57	0,60	0,36	0,38
Länder	160	160	91	91

Anmerkung: Die abhängige Variable ist in allen Modellen der FOTP-Index von Freedom House (2015c). Alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen mit Ausnahme des Zeittrends und des Regimewechsels bestehen aus dem Vorjahreswert (Lag1). Random Effects-Prais-Winsten Regressionen mit panelkorrigierten Standardfehler, Regionen-FE und common AR(1) zur Modellierung der Autokorrelation des Fehlerterms. Standardfehler in Klammern.

\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1.

Modell 2-1 beinhaltet einzig die verschiedenen Regimetypen. Gegenüber der Referenzkategorie ‚Demokratie‘ zeigen alle autokratischen Subtypen signifikant negative Koeffizienten.

Demokratien weisen also im Schnitt eine deutlich freiere Presse auf als alle anderen autokratischen Regimevarianten. Diese Effekte bleiben auch bestehen, wenn man in Modell 2-2 die Verfügbarkeit freier Ressourcen und weitere Kontrollvariablen hinzufügt. Hypothese 3 kann also dahingehend bestätigt werden, dass Demokratien die höchste Pressefreiheit gegenüber allen autokratischen Regimetypen aufweisen.<sup>78</sup> Weiterhin erweist sich der Effekt der Verfügbarkeit freier Ressourcen, gemessen über den Wert der Netto-Exporte aus Öl und Gas pro Kopf, als signifikant negativ. Basierend auf den Ergebnissen aus den vorherigen Kapiteln kann vermutet werden, dass dieser Effekt vor allem auf autokratische Regime zurückzuführen ist. Dazu wurden Interaktionsterme zwischen der Verfügbarkeit freier Ressourcen und Demokratien sowie den autokratischen Subtypen gebildet und die vorhergesagten Werte des FOTP-Index abgebildet (siehe Anhang Abbildung 14). Dieser Zusammenhang kann grundsätzlich für die Spezifikation aus Modell 2-2 bestätigt werden. Allerdings stellen sich auch hier wiederum nicht die aus Hypothese 2 erwarteten unterschiedlichen Effektstärken freier Ressourcen je nach Größe der Winning Coalition in den autokratischen Regimetypen ein. In Monarchien ist der negative Einfluss tendenziell am geringsten, während sich für die drei übrigen autokratischen Regimetypen recht ähnliche Verläufe ergeben.

Einige interessante Effekte stellen sich auch bei den Kontrollvariablen ein. Das BIP pro Kopf weist einen signifikant positiven Einfluss auf die Pressefreiheit auf. Wie im vorherigen Kapitel bereits angesprochen wurde, sind es insbesondere sehr wohlhabende Demokratien, welche die höchsten Pressefreiheitswerte haben. Auch hierzu wurde das Modell 2-2 mit Interaktionstermen für Autokratien, Demokratien und das wirtschaftliche Wohlstandsniveau berechnet und die vorhergesagten Werte auf dem FOTP-Index ausgewiesen (siehe Anhang Abbildung 15). Tatsächlich sorgt ein steigendes BIP pro Kopf vor allem in Demokratien, aber auch in allen autokratischen Regimetypen mit Ausnahme von Einparteienregimen für höhere Pressefreiheitswerte. Betrachtet man den Koeffizienten für das BIP pro Kopf in Modell 2-4, das ausschließlich Autokratien enthält, so kann dieser Zusammenhang ebenfalls innerhalb von Autokratien bestätigt werden. Wirtschaftlicher Wohlstand begünstigt in Autokratien eine freie Presse. Die Bevölkerungsgröße und die Kontrollvariable für einen Regimewechsel haben wiederum keinen signifikanten Einfluss auf die Pressefreiheit.

Wie aber steht es nun um den in Hypothese 3 postulierten Einfluss verschiedener autokratischer Regimetypen auf die Pressefreiheit? Die aus der Größe der Winning Coalition innerhalb verschiedener autokratischer Regime abgeleitete Erwartung war, dass Mehrparteienregime am ehesten eine freie Presse gewähren sollten gefolgt von Einparteienregimen. Militärregime und Monarchien sollten dagegen die Presse am stärksten unterdrücken. Sowohl Mo-

---

<sup>78</sup> Dieser Befund zeigt sich auch in fast allen Robustheitsmodellen (siehe Anhang Tabelle 9 bis 12).

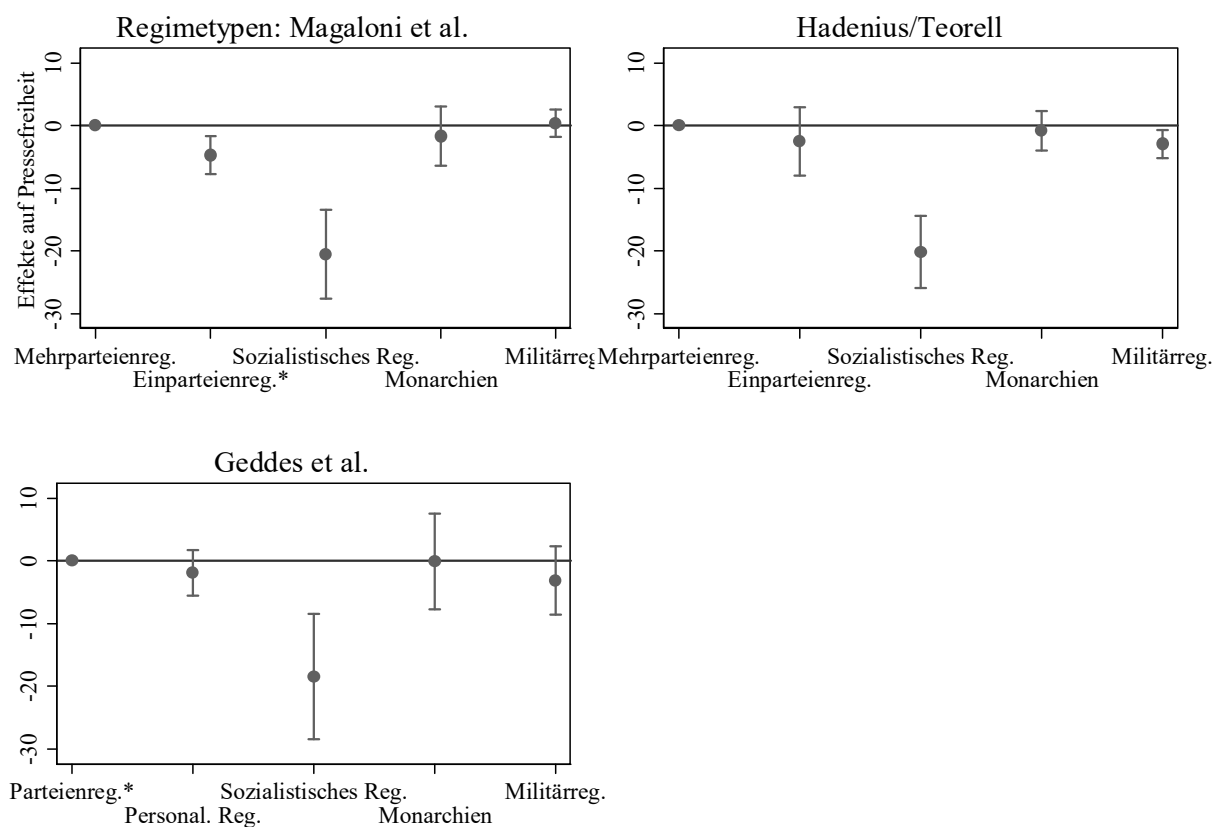
dell 2-3 als auch Modell 2-4, in welchem für weitere Einflussfaktoren kontrolliert wird, lassen vermuten, dass diese Rangfolge entlang der Größe der Winning Coalition in diesen Regimen nicht bestätigt werden kann. In beiden Modellen dienen Mehrparteien als Referenzkategorie, weswegen die Koeffizienten der verbleibenden Regimetypern immer in Bezug auf diesen Regimetypern interpretiert werden müssen. Militärregime und Monarchien unterscheiden sich dabei nicht signifikant von Mehrparteienregimen, was Hypothese 3 widerspricht. Dagegen weisen Einparteienregime und insbesondere sozialistische Einparteienregime im Vergleich zu Mehrparteienregimen einen signifikant negativen Effekt auf die Pressefreiheit aus. Dass sozialistische Regime sich besonders repressiv hinsichtlich der Pressefreiheit zeigen, deckt sich also mit den Annahmen von Voltmer (2008, 2011). Die Unterschiede zwischen den Regimetypern sind mit Ausnahme für sozialistische Regime insgesamt aber eher gering und entsprechen nicht der Reihenfolge, die man aus der abgeleiteten Größe der Winning Coalition erwarten würde.

Teilweise erweisen sich die Befunde weiterhin als wenig robust gegenüber alternativen TSCS-Regressionsmodellen (siehe Anhang Tabelle 9 bis 12). Modelliert man etwa die zeitliche Korrelation der Fehlerterme über eine LDV (siehe Tabelle 9), so zeigen sich in Modell 7-4 bis auf einen schwach signifikanten Unterschied für sozialistische Regime keine signifikanten Effekte autokratischer Subtypen im Vergleich zu Mehrparteienregimen. Verwendet man FGLS-Modelle für Paneldaten, können die hier präsentierten Ergebnisse jedoch weitgehend bestätigt werden. Im FGLS-Modell 8-4 (siehe Tabelle 10) zeigen sich keine signifikanten Effekte von Militärregimen und Monarchien im Vergleich zu Mehrparteienregimen. Gegenüber RE-Modellen mit Discroll-Kraay Standardfehlern, die das Vorliegen kurzer Zeiträume in TSCS-Daten stärker berücksichtigen, zeigen sich dagegen höchst signifikante Unterschiede zwischen den autokratischen Regimetypern (siehe Tabelle 11 Modell 9-4). Die Reihenfolge entspricht aber auch hier weitestgehend den im Basismodell gefundenen Resultaten. In Mehrparteienregime ist laut Modell 9-4 die Pressefreiheit am höchsten, gefolgt von Monarchien. Der Effekt von Militärregimen gegenüber Mehrparteienregimen ist nach diesem Modell deutlich negativer. Einparteienregime und insbesondere sozialistische Einparteienregime zeigen aber auch hier wiederum die am stärksten negativen Effekte auf die Pressefreiheit.

Berücksichtigt man desweiteren Länder- und Jahres-Fixed Effects, stellen sich eher hypothesenkonforme Ergebnisse ein (siehe Tabelle 12 Modell 10-4). Die Pressefreiheit ist nach diesen Modellen in Mehrparteienregime unter allen Autokratien am größten. Einparteienregime und Militärregime folgen an zweiter Stelle hinter den Mehrparteienregimen. Für Monarchien wird der am stärksten negative Effekt auf die Pressefreiheit vorhergesagt. Aller-

dings konnten hier keine Effekte für sozialistische Einparteienregime berechnet werden, da sozialistische Regime über den gesamten Untersuchungszeitraum keine Veränderung zeigen und somit perfekt mit den Fixed Effects korrelieren. Zudem werden durch das Berechnen von Länder- und Jahres-FE auch nur solche Staaten in der Berechnung berücksichtigt, die einen Wechsel auf einer der Regimevariablen aufweisen. Gerade die Golfmonarchien im Nahen Osten fallen also auch hier aus der Berechnung des Effekts von Monarchien heraus, was die Unterschiede in den Ergebnissen erklären kann. Ob man signifikante Unterschiede zwischen den autokratischen Regimetypen feststellen kann und welche Reihenfolge diese besitzen, hängt insgesamt also auch davon ab, welche TSCS- oder Panel-Modellspezifikation verwendet wird, was für eine geringe Robustheit der hier festgestellten Ergebnisse spricht.

Abbildung 12: Effekte autokratischer Regimetypen auf die Pressefreiheit mit alternativen Regimetypologien



\* Ohne sozialistische (Ein-)Parteienregime.

Anmerkung: Effekte autokratischer Regimetypen auf die Pressefreiheit. Die Referenz bildet bei den ersten beiden Modellen ‚Mehrparteienregime‘. Bei der Kodierung nach Geddes et al. ist die Referenzkategorie ‚Parteienregime‘. Koeffizienten basieren auf der Berechnung durchschnittlicher marginaler Effekte (AMEs) für die einzelnen Regimetypen aus Modell 2-4, 11-4, 12-4 in Tabelle 4, 13, 14. Alle weiteren Variablen gehen mit ihren beobachteten Werten ein. Inklusive 95% Konfidenzintervall. Eigene Berechnungen.

Wie aus den Befunden bisheriger Analysen autokratischer Regimetypen deutlich wurde, können sich die Resultate weiterhin dahingehend unterscheiden, welche Typologisierunggrundlage autokratischer Regime verwendet wird. Dazu sind in Abbildung 12 die Koeffizienten der autokratischen Regimetypen auf die Pressefreiheit aus Modell 2-4,

die zugehörigen 95 % Konfidenzintervalle sowie die Ergebnisse dieses Modells unter Verwendung der Regimetylogien von Hadenius/Teorell (siehe Anhang Tabelle 13 Modell 11-4) und Geddes et al. (siehe Anhang Tabelle 14 Modell 12-4) abgebildet.<sup>79</sup> Es gilt dabei zu berücksichtigen, dass sich die von Geddes et al. identifizierten Typen von den anderen beiden Ansätzen unterscheiden. Geddes et al. trennen nicht zwischen Ein- und Mehrparteienregimen, behandeln dafür aber personalistische Regime als eigenständige Kategorie. Zudem wurden wiederum sozialistische Parteiregime als eigenständige Kategorie eingefügt, um für den Einfluss einer sozialistischen Ideologie zu kontrollieren. Bis auf kleinere Abweichungen ähneln sich die Ergebnisse für die drei verschiedenen Regimeeinteilungen recht stark. Die Effektunterschiede zwischen Mehrparteien-, Militärregime und Monarchien auf die Pressefreiheit sind nur marginal.

Militärregime schneiden insbesondere bei Hadenius/Teorell schlechter ab, substantiell bedeutende Unterschiede zwischen diesen drei Typen lassen sich aber kaum ausmachen. Der von Geddes et al. zusätzlich verwendete Typus personalistischer Regime zeigt weiterhin keinen signifikanten Unterschied zu Mehrparteienregimen. Auch personalistische Regime scheinen keine bedeutende Auswirkung auf die Pressefreiheit zu haben. Für Sozialistische Einparteienregime werden in allen drei Typologien die mit Abstand geringsten Pressefreiheitswerte vorhergesagt. Der Befund, dass Regime mit einer sozialistischen Ideologie sich stark negativ auf eine freie Presse auswirken, kann also auch für andere Regimetylogien bestätigt werden.

Es bleibt festzuhalten, dass Demokratien, wie in Hypothese 3 erwartet, im Schnitt die größte Pressefreiheit aufweisen. Unter Autokratien zeigt sich aber eher das Muster, dass Mehrparteien-, Militärregime und Monarchien die höchste Pressefreiheit aufweisen, nicht-sozialistische Einparteienregime eine Mittelposition einnehmen und sozialistische Einparteienregime die geringste Pressefreiheit besitzen. Zu einem ähnlichen Befund kommt auch Stier (2015) in seiner Untersuchung des Einflusses der Regimetypen auf die Pressefreiheit unter Verwendung der Regimeeinteilung von Kailitz. Andererseits halten diese Befunde, mit Ausnahme des deutlichen Vorsprungs demokratischer Systeme, nicht allen Robustheitschecks stand. Der in Hypothese 3 anhand der Größe der Winning Coalition abgeleitete Effekt autokratischer Regimetypen auf die Pressefreiheit kann daher nicht bestätigt werden.

---

<sup>79</sup> Für die alternativen Regimeeinteilungen liegen nur Werte bis ins Jahr 2010 vor. Die Regressionsanalyse aus Modell 2-4 wurde auch für diesen kürzeren Zeitraum wiederholt. Es konnten kaum Unterschiede zwischen den zwei Zeiträumen festgestellt werden, weswegen in Abbildung 12 der längere Zeitraum abgebildet wird.

## 5.5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Was lässt sich nach den vorgestellten empirischen Befunden zum Einfluss der Größe der Winning Coalition, freier Ressourcen und autokratischer Regimetypen bzw. Demokratien auf die Pressefreiheit festhalten? Die Erwartung, dass mit einer steigenden Winning Coalition Größe auch eine freiere Presse einhergeht, konnte nur teilweise bestätigt werden. Der Zusammenhang verläuft nicht, wie es zu erwarten wäre, linear. Die durchgeführten Robustheitschecks bestätigen diese festgestellte Form des Zusammenhangs weitgehend. Stattdessen lässt sich unter Kontrolle für weitere Faktoren einzig ein Anstieg bei Systemen mit einer mittelgroßen und großen Winning Coalition nachweisen. Darunter liegen quasi keine Effekte vor. Dies kann einerseits an der Messung der Größe der Winning Coalition liegen. Wie bereits beschrieben wurde, besteht diese Variable nicht aus einer metrischen Größe, sondern vielmehr aus einem Index zur Messung politischen Wettbewerbs. Andererseits kann dies auch schlicht und einfach bedeuten, dass sich stärker exklusive Systeme ab einem gewissen Punkt in der Pressefreiheit nicht mehr unterscheiden. Bis die Autoren ihrer Ankündigung nachkommen (Morrow et al. 2008: 399) und tatsächlich eine feinere und dem theoretischen Rahmen entsprechende Messung der Winning Coalition vorlegen, kann nicht endgültig geklärt werden, ob auch die theoretischen Annahmen zum Zusammenhang zwischen der Größe der Winning Coalition und Pressefreiheit zurückgewiesen werden müssen, oder ob einfach nur die Messung der abhängigen Variablen krankt. Dagegen kann die in der erneuerten Fassung aufgestellte These, dass die Verfügbarkeit freier Ressourcen insbesondere in Systemen mit einer eher kleinen Winning Coalition einen negativen Effekt auf die Bereitstellung von Koordinierungsgütern wie der Pressefreiheit hat, weitgehend Bestätigung finden. Auch wenn hier wiederum gilt, dass sich die Effektstärken der Verfügbarkeit freier Ressourcen nicht zwischen Systemen mit einer sehr kleinen bis mittleren Winning Coalition unterscheiden.

Hypothese 3 behandelte den Einfluss unterschiedlicher autokratischer Regimetypen und Demokratien auf die Pressefreiheit. Dazu wurde ein Versuch unternommen, die von Magaloni et al. identifizierten autokratischen Regime und Demokratien anhand ihrer definitorischen Merkmale und einigen Annahmen aus der Selektoratstheorie in eine Reihenfolge entlang ihrer Winning Coalition zu bringen. Tatsächlich zeigte sich die vermutete Rangfolge auch in den Daten, allerdings mit teilweise deutlichen Schwankungen der Werte für die Größe der Winning Coalition innerhalb der Regimetypen. Die empirische Überprüfung des erwarteten Effekts der autokratischen Regimetypen und Demokratien auf die Pressefreiheit konnte die Hypothese 3 dann auch nur teilweise bestätigen. Erwartungsgemäß weisen Demokratien gegenüber allen anderen autokratischen Typen die höchsten Pressefreiheitswerte auf, allerdings fielen die Unterschiede zwischen verschiedenen autokratischen Regimetypen

eher gering aus. Auch die anhand der Größe der Winning Coalition vermutete Rangfolge autokratischer Regime konnte nicht bestätigt werden. Stattdessen scheinen Mehrparteien-, Militärregime und Monarchien die Presse unter allen Autokratien am wenigsten zu unterdrücken, während Einparteienregime und insbesondere sozialistische Einparteienregime die Pressefreiheit am stärksten einschränken. Zwar erwiesen sich diese Ergebnisse als robust gegenüber anderen Regimetypologien, nicht jedoch für einige alternative TSCS-Modelle. Sowohl die Größe der Winning Coalition als auch Regimetypen scheinen insgesamt nicht der ausschlaggebende Faktor zu sein, um Unterschiede in der Pressefreiheit zwischen autokratischen Regimen erklären zu können. Dass jedoch grundsätzlich durchaus beachtenswerte Unterschiede im Ausmaß der Pressefreiheit in Autokratien bestehen, wurde aus der deskriptiven Betrachtung deutlich. Daher werden im folgenden Fazit einige Vorschläge für zukünftige Untersuchungen zur Pressefreiheit in autokratischen Regimen und Demokratien vorgestellt.

## **6 Schlussbetrachtung**

Der Ausgangspunkt dieser Arbeit war die Frage, ob sich verschiedene autokratische Regime und Demokratien hinsichtlich der Pressefreiheit unterscheiden und welche Faktoren mögliche Differenzen erklären können. Dazu wurde zunächst eine Definition von Pressefreiheit vorgestellt, um klar zu machen, was unter einer freien Presse zu verstehen ist und welche Konsequenzen eine freie Presse für Machthaber haben kann. Dabei wurde eine breite Definition der Pressefreiheit gewählt, welche nicht nur negative Freiheiten impliziert, sondern eben auch positive, wie zum Beispiel den freien und gleichen Zugang zu Informationen, oder die Verpflichtung der Medien möglichst alle gesellschaftlichen Diskurse oder Gruppen zu Wort kommen zu lassen. Daran anschließend wurden frühe Modelle von Mediensystemen in Demokratien und Autokratien vorgestellt: ein liberal-demokratisches und ein dominant-autokratisches Modell. Deutlich wurde dabei, dass die Ausgestaltung der Mediensysteme und daher auch das Maß an Pressefreiheit vom jeweils vorherrschenden politischen System abhängt. Allerdings wurde in den letzten Jahren auch Kritik an der dichotomen Gegenüberstellung von demokratischen, freien Mediensystemen vs. auf Propaganda und Repression der Presse beruhenden Mediensystemen in Autokratien. Dazu wurde ein erster Vorschlag zur Kategorisierung von Medienmodellen in unterschiedlichen autokratischen Regimen von Katrin Voltmer (2008, 2011) vorgestellt, welcher sich allerdings auf die Besonderheiten und den Zeitraum der dritten Demokratisierungswelle beschränkt

Um systematisch zu untersuchen, ob tatsächlich Unterschiede in der Pressefreiheit zwischen verschiedenen Typen autokratischer Regime festzustellen sind, mussten zunächst Autokra-

tien generell von Demokratien definitorisch abgegrenzt werden. Es wurde dargelegt, dass eine freie Presse nicht notwendigerweise als definitorisches Merkmal demokratischer Systeme zu verstehen ist. Bei der Identifikation verschiedener autokratischer Regimetypen wurde der Vorschlag von Magaloni et al. (2013) herangezogen. Die Autoren identifizieren anhand der für den Machterwerb oder -erhalt relevanten Akteure Mehrparteien-, Einparteien-, Militärregime und Monarchien.

Zur Erklärung möglicher Unterschiede zwischen verschiedenen Autokratietypen und Demokratien in Bezug auf die Pressefreiheit wurde die Selektoratstheorie von Bueno de Mesquita et al. (2005) eingeführt. Demnach bestimmt die Größe der Winning Coalition darüber, ob und in welchem Ausmaß ein Machthaber öffentliche Güter, worunter auch die Pressefreiheit zu verstehen ist, bereitstellt. Da einzelne Annahmen der Selektoratstheorie in ihrer Ursprungsversion von verschiedener Seite kritisiert wurden, wurde eine erweiterte Version der Selektoratstheorie dargelegt, welche die für die Untersuchung der Pressefreiheit zentrale Rolle von Koordinierungsgütern und Gefahren von außerhalb des Selektorats deutlich stärker berücksichtigt. Als Ergebnis der Selektoratstheorie können sich Differenzen zwischen verschiedenen autokratischen Regimen hinsichtlich der Pressefreiheit ergeben, da sie sich systematisch in der Größe der Winning Coalition unterscheiden. Zudem kann nach der Selektoratstheorie die Verfügbarkeit sogenannter freier Ressourcen, worunter vor allem Einnahmen aus natürlichen Rohstoffen zu verstehen sind, gerade in Regimen mit einer kleinen Winning Coalition eine stärkere Repression der Presse zur Folge haben. Daran anschließend wurden die identifizierten Autokratietypen und Demokratien entlang der zu erwartenden Größe der Winning Coalition in eine Rangfolge gebracht, um Vorhersagen für die autokratischen Regimetypen und Demokratien hinsichtlich der Pressefreiheit ableiten zu können.

Aus den theoretischen Überlegungen ließen sich drei Hypothesen ableiten. Erstens sollte die Pressefreiheit mit einer größer werdenden Winning Coalition zunehmen. Zweitens sollte die Verfügbarkeit freier Ressourcen in Regimen mit einer kleinen Winning Coalition die Repression der Presse verstärken, während dieser Zusammenhang für Regime mit einer großen Winning Coalition nicht bestehen sollte. Hypothese 3 behandelte dann den über die Größe der Winning Coalition unterstellten Zusammenhang zwischen den identifizierten autokratischen Regimetypen, Demokratien und der Pressefreiheit. Dabei galt zu erwarten, dass Demokratien die größte Pressefreiheit aufweisen, weil sich Demokratien typischerweise über eine Große Winning Coalition auszeichnen. Unter allen Autokratien sollten Mehrparteienregime die größte Pressefreiheit zeigen, gefolgt von Einparteienregimen. Monarchien und Militärregime sollten sich dagegen als besonders repressiv gegenüber der Presse zeigen, da sie die kleinste Winning Coalition aufweisen.

Die Hypothesen wurden anschließend einer empirischen Überprüfung unterzogen. Als Maß für die Pressefreiheit diente der FOTP-Index von Freedom House. Für die relevanten Variablen lagen Daten für die Jahre von 1993 bis 2012 vor, was für alle folgenden Analysen den Untersuchungszeitraum bildete. Da sich bisher nur wenige Arbeiten auf Länderebene mit dem Zusammenhang zwischen der Größe der Winning Coalition oder autokratischen Regimetypen und der Pressefreiheit beschäftigt haben, wurde den Regressionsanalysen jeweils die regionale Verteilung der Winning Coalition-Größe und der politischen Regime, deren zeitliche Entwicklung sowie erste bivariate Befunde vorangestellt, um einen besseren Überblick über die unabhängigen Variablen und deren Verhältnis zur Pressefreiheit zu erhalten.

Bezüglich Hypothese 1 konnte zwar ein positiver Zusammenhang zwischen der Größe der Winning Coalition und der Pressefreiheit festgestellt werden, allerdings verläuft dieser nicht über alle Ausprägungen der Winning Coalition Größe monoton. Die Größe der Winning Coalition wirkt sich für Regime mit niedrigen bis mittleren Ausprägungen auf dieser Variablen nicht auf die Pressefreiheit aus. Ein positiver Effekt ist erst bei höheren Ausprägungen festzustellen. Diese Befunde widersprechen dem unterstellten Zusammenhang aus Hypothese 1 also teilweise. Ähnliches gilt für Hypothese 2. Die Wirkung freier Ressourcen auf die Pressefreiheit unterscheidet sich tatsächlich und entspricht allgemein den Erwartungen aus der zweiten Hypothese. Dass die Verfügbarkeit freier Ressourcen gerade in autokratischen Regimen einen negativen Effekt auf die Pressefreiheit hat, bestätigen die Resultate bisheriger Forschungen zu diesem Zusammenhang (siehe Egorov et al. 2009). Allerdings ist auch hier wieder kein bedeutender Unterschied in der Effektstärke für kleine bis mittlere Ausprägungen der Winning Coalition Variablen festzustellen. Die Hypothesen 1 und 2 können daher nur teilweise bestätigt werden. Auch bei Hypothese 3 stellte sich nicht gänzlich der aus der Theorie abgeleitete Zusammenhang zwischen autokratischen Regimetypen, Demokratien und Pressefreiheit ein. Demokratien zeigen einen deutlichen Vorsprung hinsichtlich der Pressefreiheit gegenüber Autokratien. Dass eine freie Presse ein Merkmal von Demokratien darstellt, konnte also auch in dieser Untersuchung nachgewiesen werden. Allerdings variiert auch innerhalb von Demokratien die Pressefreiheit in einem beträchtlichen Maß. Gerade die etablierten westlich-liberalen Demokratien weisen nochmals eine deutlich freiere Presse auf, als jüngere oder weniger gefestigte demokratische Regierungssysteme. In allen untersuchten autokratischen Regimen ist im Schnitt die Repression gegenüber der Presse deutlich größer. Zwischen den autokratischen Regimetypen ließ sich die aus Hypothese 3 angenommene Rangfolge der Typen jedoch nicht bestätigen. Mehrparteienregime erlauben zwar in dieser Gruppe noch am ehesten eine freie Berichterstattung, allerdings unterscheiden sich Monarchien und Militärregime nicht substantiell von Mehrparteienregimen hinsichtlich der Presse-

freiheit. Dagegen weisen Einparteienregime und dabei insbesondere sozialistische Einparteienregime eine deutlich niedrigere Pressefreiheit auf als andere autokratische Regime.

Die Resultate zum Zusammenhang zwischen Regimetypp und Pressefreiheit zeigen sich teilweise als wenig robust gegenüber anderen TSCS-Modellen. Zudem weisen einige Variablen in ihrer Operationalisierung deutliche Schwächen auf. Dass die Variable der Größe der Winning Coalition kaum als Maß gelten kann, um die theoretischen Überlegungen in ein messbares Konstrukt zu überführen, wurde bereits diskutiert. Der festgestellte flache Verlauf des Effekts dieser Variablen für kleinere Winning Coalition-Ausprägungen deutet insgesamt eher darauf hin, dass diese Variable nur Unterschiede zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Systemen misst.

Aber auch die Typologien autokratischer Regime weisen einige Schwächen auf. Bei der Betrachtung des Untersuchungszeitraums wurde deutlich, dass Mehrparteienregime in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Wirklich stabile Militärregime, wie in Lateinamerika, Afrika oder Asien in der Zeit des Kalten Krieges, existieren kaum noch. Stattdessen scheint sich dieser Typus zu einem Übergangsregime entwickelt zu haben als Folge eines Militärputsches. Ebenso ist ein deutlicher Rückgang von Einparteienregimen zu verzeichnen. Diese bestehen zum größten Teil aus den wenigen verbleibenden staatssozialistischen Regimen. Monarchien sind hauptsächlich nur noch in den arabischen Staaten zu finden. Dieser Typus scheint eher eine regionale Besonderheit zu sein, bedingt durch die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen, als eine weitverbreitete Konfiguration autokratischer Herrschaft. Es kann daher für weitere Untersuchungen ratsam sein, Autokratien eher nach anderen Aspekten aufzuteilen. Zum Beispiel, ob ein Regime einer sozialistischen Doktrin folgt, über ein Parlament verfügt, andere Parteien an der Macht beteiligt, wie weit die wirtschaftliche Entwicklung ist, oder seinen Staatsapparat vor allem durch das Exportieren natürlicher Ressourcen am Laufen hält.

Nicht zuletzt ist auch die in dieser Untersuchung verwendete abhängige Variable durchaus kritisch zu sehen. Dem von Freedom House gemessenen Konstrukt ‚Pressefreiheit‘ liegt kein theoretischer Ansatz zugrunde, was Pressefreiheit genau ist und was einflussreiche Faktoren sein können, die eine freie Presse behindern. Becker und Vlad merken dann auch kritisch zum Stand der Messung von Pressefreiheit an: “Never mind the obvious point that it is hard to measure something if you do not know exactly what it is” (Becker/Vlad 2009: 1). Pressefreiheit umfasst nach der hier vorgestellten Definition weit mehr als nur Freiheit von staatlicher Zensur. Bürger müssen ebenfalls einen möglichst uneingeschränkten Zugang zu Informationen haben und die Darstellungen innerhalb von Medien sollten ein weites Spektrum von Meinungen innerhalb der Gesellschaft abbilden. Zudem hat eine freie Presse sehr große

Konsequenzen für Machthaber. Zwar enthält der Index von Freedom House verschiedenste Aspekte freier Medien, aber in welchem Zusammenhang diese stehen und ob z.B. auch staatlich kontrollierte Medien ‚frei‘ sein können, wenn sie nur weitestgehend ausgeglichen berichten und für alle Bürger zugänglich sind, bleiben Fragen, die sich durch den fehlenden theoretischen Hintergrund nicht beantworten lassen.

Die Ergebnisse dieser Arbeit reihen sich in eine Reihe von Befunden bisheriger Analysen ein, die ebenfalls nicht den aus der Größe der Winning Coalition abgeleiteten Effekt autokratischer Regimetypen auf bestimmte Outcomes nachweisen konnten (siehe z.B. McGuire 2013; Diels 2014). Im Gegenzug konnte die Analyse zeigen, dass innerhalb von Autokratien aber auch Demokratien erhebliche Unterschiede in der Pressefreiheit vorhanden sind. Nur lassen diese sich anscheinend nicht alleine durch den autokratischen Regimetypus oder der Größe der Winning Coalition erklären. Ob der autokratische Herrscher von einer Militärjunta, Mitgliedern eines Königshauses oder von Mitgliedern einer Partei bestimmt wird, scheint keinen Einfluss auf das Ausmaß an Repression gegenüber den Medien zu haben. Ein deutlich negativer Einfluss konnte für sozialistische Regime festgestellt werden. Dies kann ein Hinweis dafür sein, dass nicht die Charakteristika der für die Herrscherauswahl relevanten Eliten entscheidend ist, sondern die Legitimationsgrundlage autokratischer Regime (siehe Voltmer 2008; Stier 2015). Weiterhin wiesen unter den Mehrparteienregimen vor allem viele ehemalige Sowjetrepubliken und auch Russland selbst für autokratische Maßstäbe ein besonders unfreies Mediensystem auf. Eventuell bestimmt also nicht nur das bestehende Regime über das Ausmaß an Repression gegenüber den Medien, sondern auch die politische Vergangenheit eines Staates. Katrin Voltmer (Voltmer 2008, 2011) hat zum Einfluss des autokratischen Vorgängerregimes auf die Ausgestaltung des Pressesystems für sich demokratisierende Staaten bereits erste Annahmen aufgestellt. Es kann zur Untersuchung der Pressefreiheit in Autokratien und Demokratien also durchaus wertvoll sein, diesen Pfadabhängigkeitsansatz auch innerhalb von autokratischen Regimen zu verfolgen und stärker die regionalen oder historischen Besonderheiten zu berücksichtigen.

Ein weiterer Punkt ist die Frage, wann eine freie Presse einem autokratischen Herrscher sogar dienlicher sein kann, als kritische Berichterstattung zu unterdrücken. Autokraten sehen sich nach unseren Überlegungen vor allem dann einer revolutionären Gefahr ausgesetzt, wenn die Bevölkerung mit ihrer eigenen Lage unzufrieden ist und sich durch einen Regimenumsturz eine Verbesserung verspricht. Autokraten, die eine relativ gute ökonomische und soziale Performanz aufweisen, könnten sich dagegen einer geringeren Gefahr durch Massenunruhen ausgesetzt sehen. Der in dieser Arbeit festgestellte positive Effekt des BIP pro Kopf in Autokratien auf die Pressefreiheit kann ein Anzeichen dafür sein, dass diese Überlegun-

gen durchaus zutreffen können. In eine ähnliche Richtung deuten auch die Ergebnisse von Hollyer et al. (2014; 2015a; Hollyer 2015). Autokratische Herrscher verfolgen demzufolge dann eine transparente Informationspolitik, wenn die Gefahr eines ‚Palastputsches‘ höher ist als durch Massenunruhen abgesetzt zu werden. Gleichzeitig begünstigen nach Hollyer et al. beispielsweise Investitionen aus dem Ausland die Transparenz von Autokratien, da über eine offene Informationspolitik die Unsicherheit möglicher Investoren verringert wird und somit dem Wirtschaftswachstum dienlich sein kann. Die internationale Einbindung der Wirtschaft, außerhalb von Rohstoffexporten, könnte sich daher auch positiv auf die Pressefreiheit in Autokratien auswirken. Alles in allem bleiben noch viele Fragen zur Pressefreiheit in autokratischen Regimen und Demokratien offen, die es wert sind, in weiteren Analysen beantwortet zu werden.

## 7 Literatur

- Bairrett, Richard L. (2015): Executive Power and Media Freedom in Central and Eastern Europe, in: *Comparative Political Studies*, 48 (10), S. 1260-1292.
- Banks, Arthur S. (2002): *Cross-National Time-Series Data Archive*.
- Beck, Nathaniel (2001): Time-Series-Cross-Section-Data: What Have We Learned in the Past Few Years?, in: *Annual Review of Political Science*, 4 (1), S. 271-293.
- Beck, Nathaniel / Katz, Jonathan N. (1995): What to Do (and Not Do) with Time-Series Cross-Section Data, in: *American Political Science Review*, 89 (3), S. 634-647.
- Beck, Nathaniel / Katz, Jonathan N. (1996): Nuisance vs. Substance: Specifying and Estimating Time-Series-Cross-Section Models, in: *Political Analysis*, 6 (1), S. 1-36.
- Beck, Nathaniel / Katz, Jonathan N. (2001): Throwing Out the Baby with the Bath Water: A Comment on Green, Kim, and Yoon, in: *International Organization*, 55 (2), S. 487-495.
- Beck, Nathaniel / Katz, Jonathan N. (2011): Modeling Dynamics in Time-Series–Cross-Section Political Economy Data, in: *Annual Review of Political Science*, 14 (1), S. 331-352.
- Beck, Thorsten / Clarke, George / Groff, Alberto / Keefer, Philip / Walsh, Patrick (2001): New tools in comparative political economy: The Database of Political Institutions, in: *World Bank Economic Review*, 15 (1), S. 165-176.
- Becker, Lee B. / Vlad, Tudor (2009): *Conceptualizing and Measuring Characteristics of Media Systems*, [http://www.grady.uga.edu/coxcenter/activities/Act\\_2008\\_to\\_2009/Materials08-09/Becker\\_Vlad\\_Budapest\\_Paper\\_Merged.pdf](http://www.grady.uga.edu/coxcenter/activities/Act_2008_to_2009/Materials08-09/Becker_Vlad_Budapest_Paper_Merged.pdf) (26.02.2016).
- Becker, Lee B. / Vlad, Tudor / Nusser, Nancy (2007): An Evaluation of Press Freedom Indicators, in: *International Communication Gazette*, 69 (1), S. 5-28.
- Bergstrom, Theodore C. / Goodman, Robert P. (1973): Private Demands for Public Goods, in: *The American Economic Review*, 63 (3), S. 280-296.
- Besley, Timothy / Prat, Andrea (2006): Handcuffs for the Grabbing Hand? Media Capture and Government Accountability, in: *American Economic Review*, 96 (3), S. 720-736.
- Brambor, Thomas / Clark, William R. / Golder, Matt (2005): Understanding Interaction Models: Improving Empirical Analyses, in: *Political Analysis*, 14 (1), S. 63-82.
- Brooker, Paul (2009): *Non-democratic regimes*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Bueno de Mesquita, Bruce / Downs, George W. (2005): Development and Democracy, in: *Foreign Affairs*, 84 (5), S. 77-86.
- Bueno de Mesquita, Bruce / Morrow, James D. / Siverson, Randolph M. / Smith, Alastair (2002): Political Institutions, Policy Choice and the Survival of Leaders, in: *British Journal of Political Science*, 32 (4), S. 559-590.
- Bueno de Mesquita, Bruce / Smith, Alastair (2009): Political Survival and Endogenous Institutional Change, in: *Comparative Political Studies*, 42 (2), S. 167-197.

- Bueno de Mesquita, Bruce / Smith, Alastair (2010): Leader Survival, Revolutions, and the Nature of Government Finance, in: *American Journal of Political Science*, 54 (4), S. 936-950.
- Bueno de Mesquita, Bruce / Smith, Alastair / Siverson, Randolph M. / Morrow, James D. (2005): *The logic of political survival*, Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Bueno de Mesquita, Ethan (2010): Regime Change and Revolutionary Entrepreneurs, in: *American Political Science Review*, 104 (3), S. 446-466.
- Burgess, John (2010): *Evaluating the evaluators: Media freedom indexes and what they measure*, Washington, D.C.: Center for International Media Assistance, National Endowment for Democracy.
- Chang, Eric / Golden, Miriam A. (2010): Sources of Corruption in Authoritarian Regimes, in: *Social Science Quarterly*, 91 (1), S. 1-20.
- Cheibub, José A. / Gandhi, Jennifer / Vreeland, James R. (2010): Democracy and dictatorship revisited, in: *Public Choice*, 143 (1-2), S. 67-101.
- Chontanawat, Jaruwan / Hunt, Lester C. / Pierse, Richard (2008): Does energy consumption cause economic growth? Evidence from a systematic study of over 100 countries, in: *Journal of Policy Modeling*, 30 (2), S. 209-220.
- Clark, William R. / Golder, Matt / Golder, Sona N. (2013): *Principles of comparative politics*, Los Angeles, Calif.: Sage [u.a.].
- Clarke, Kevin A. / Stone, Randall W. (2008): Democracy and the Logic of Political Survival, in: *American Political Science Review*, 102 (3)
- Cox, Nicholas J. (2009): Speaking Stata: Creating and varying box plots, in: *Stata Journal*, 9 (3), S. 478-496.
- Cox, Nicholas J. (2011): Stata tip 96: Cube roots, in: *Stata Journal*, 11 (1), S. 149-154.
- Croissant, Aurel / Wurster, Stefan (2013): Performance and persistence of autocracies in comparison: introducing issues and perspectives, in: *Contemporary Politics*, 19 (1), S. 1-18.
- Dahl, Robert A. (1971): *Polyarchy: Participation and opposition*, New Haven: Yale Univ. Press.
- Diamond, Larry J. (1999): *Developing democracy: Toward consolidation*, Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press.
- Diamond, Larry J. (2001): Democracy, fat and thin, in: Clarke, Paul B. (Hrsg.): *Encyclopedia of democratic thought*, London: Routledge, S. 149-154.
- Diamond, Larry J. (2009): *The spirit of democracy: The struggle to build free societies throughout the world*, New York: Times Books/Henry Holt.
- Diels, Juri (2014): *Welche Typen von Autokratien sind leistungsfähiger und warum? Eine empirische Analyse auf Grundlage der Selektoratstheorie*. Masterarbeit, Mainz.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper & Row.

- Egorov, Georgy / Guriev, Sergei / Sonin, Konstantin (2009): Why Resource-poor Dictators Allow Freer Media: A Theory and Evidence from Panel Data, in: *American Political Science Review*, 103 (4), S. 645-668.
- Freedom House (2005): *Freedom of the Press 2005: A Global Survey of Media Independence*, <https://freedomhouse.org/sites/default/files/FOTP%202005%20Full%20Report.pdf> (23.03.2016).
- Freedom House (2014): *Nations in Transit 2014 - Turkmenistan*, [http://www.ecoi.net/local\\_link/281070/411292\\_de.html](http://www.ecoi.net/local_link/281070/411292_de.html) (23.02.2016).
- Freedom House (2015a): *Freedom in the World 2015: The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties*, [https://freedomhouse.org/sites/default/files/01152015\\_FIW\\_2015\\_final.pdf](https://freedomhouse.org/sites/default/files/01152015_FIW_2015_final.pdf) (23.02.2016).
- Freedom House (2015b): *Freedom in the World: Methodology*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world-2015/methodology> (23.11.2015).
- Freedom House (2015c): *Freedom of the Press 2015*, [https://freedomhouse.org/sites/default/files/FreedomofthePress\\_2015\\_FINAL.pdf](https://freedomhouse.org/sites/default/files/FreedomofthePress_2015_FINAL.pdf) (05.02.2016).
- Friedrich, Carl J. / Brzezinski, Zbigniew (1965): *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge: Harvard Univ. Press.
- Gallagher, Mary E. / Hanson, Jonathan K. (2009): Coalitions, Carrots, and Sticks: Economic Inequality and Authoritarian States, in: *Political Science & Politics*, 42 (4), S. 667-671.
- Gallagher, Mary E. / Hanson, Jonathan K. (2015): Power Tool or Dull Blade? Selectorate Theory for Autocracies, in: *Annual Review of Political Science*, 18 (1), S. 367-385.
- Gandrud, Christopher (2014): *Package 'psData'*, <https://cran.r-project.org/web/packages/psData/psData.pdf>.
- Geddes, Barbara (1999): What Do We Know About Democratization After Twenty Years?, in: *Annual Review of Political Science*, 2 (1), S. 115-144.
- Geddes, Barbara (2003): *Paradigms and Sand Castles: Theory Building and Research Design in Comparative Politics*, Ann Arbor: Univ. of Michigan Press.
- Geddes, Barbara / Wright, Joseph / Frantz, Erica (2012): *New data on autocratic regimes*, <http://www.personal.psu.edu/jgw12/blogs/josephwright/GWFAutocraticRegimes1.pdf> (24.11.2015).
- Geddes, Barbara / Wright, Joseph / Frantz, Erica (2014): Autocratic Breakdown and Regime Transitions: A New Data Set, in: *Perspectives on Politics*, 12 (2), S. 313-331.
- Gehlbach, Scott / Sonin, Konstantin (2014): Government control of the media, in: *Journal of Public Economics*, 118), S. 163-171.
- Gerschewski, Johannes / Merkel, Wolfgang / Schmotz, Alexander / Stefes, Christoph H. / Tanneberg, Dag (2013): Warum überleben Diktaturen?, in: Kailitz, Steffen / Köllner, Patrick (Hrsg.): *Autokratien im Vergleich*, Baden-Baden: Nomos, S. 106-131.

- Groshek, Jacob (2009): The Democratic Effects of the Internet, 1994--2003: A Cross-National Inquiry of 152 Countries, in: *International Communication Gazette*, 71 (3), S. 115-136.
- Hadenius, Axel / Teorell, Jan (2007): Pathways from Authoritarianism, in: *Journal of Democracy*, 18 (1), S. 143-157.
- Hallin, Daniel C. / Mancini, Paolo (2004): *Comparing media systems: Three models of media and politics*, Cambridge: Univ. Press.
- Hoechle, Daniel (2007): Robust standard errors for panel regressions with cross-sectional dependence, in: *Stata Journal*, 7 (3), S. 281-312.
- Hollifield, James F., Jillson, Calvin (Hrsg.) (2000): *Pathways to democracy: The political economy of democratic transitions*, New York: Routledge.
- Hollyer, James R. (2015): Information, Disclosure and Regime Stability, in: *Comparative Democratization*, 13 (3), S. 1, 5-8.
- Hollyer, James R. / Rosendorff, Peter B. / Vreeland, James R. (2013): *Measuring Transparency*, <http://ssrn.com/abstract=2113665> (18.01.2016).
- Hollyer, James R. / Rosendorff, Peter B. / Vreeland, James R. (2014): *Why do Autocrats Disclose?*, <http://ssrn.com/abstract=2452480>.
- Hollyer, James R. / Rosendorff, Peter B. / Vreeland, James R. (2015a): *Transparency, Protest and Autocratic Instability*, <http://www.tc.umn.edu/~jhollyer/HRVAutInstabilityDraft7.pdf> (18.01.2016).
- Hollyer, James R. / Rosendorff, Peter B. / Vreeland, James R. (2015b): *Transparency, Protest and Democratic Stability*, <http://www.tc.umn.edu/~jhollyer/HRVDemStabilityDraft5.pdf> (18.01.2016).
- Hsiao, Cheng (2003): *Analysis of panel data*, Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The third wave: Democratization in the late twentieth century*, Norman: Univ. of Oklahoma Press.
- Kailitz, Steffen (2013): Classifying political regimes revisited: legitimation and durability, in: *Democratization*, 20 (1), S. 39-60.
- Knutsen, Carl H. / Fjelde, Hanne (2013): Property rights in dictatorships: kings protect property better than generals or party bosses, in: *Contemporary Politics*, 19 (1), S. 94-114.
- Levitsky, Steven / Way, Lucan A. (2002): The Rise of Competitive Authoritarianism, in: *Journal of Democracy*, 13 (2), S. 51-65.
- Levitsky, Steven / Way, Lucan A. (2010): *Competitive authoritarianism: Hybrid regimes after the Cold War*, Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Magaloni, Beatriz (2008): Credible Power-Sharing and the Longevity of Authoritarian Rule, in: *Comparative Political Studies*, 41 (4-5), S. 715-741.
- Magaloni, Beatriz / Chu, Jonathan / Min, Eric (2013): *Codebook: Autocracies of the World, 1950-2012*, Stanford University.

- Marshall, Monty G. / Gurr, Ted R. / Jagers, Keith (2013): *Polity IV Project: Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2012; Dataset Users' Manual*, <http://www.systemicpeace.org/inscr/p4manualv2012.pdf> (23.11.2015).
- McGuire, James W. (2013): Political regime and social performance, in: *Contemporary Politics*, 19 (1), S. 55-75.
- McQuail, Denis (2010): *McQuail's mass communication theory*, London: Sage.
- Metz, Rainer (2010): Zeitreihenanalyse, in: Wolf, Christof / Best, Henning (Hrsg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 1053-1090.
- Møller, Jørgen / Skaaning, Svend-Erik (2013): Autocracies, democracies, and the violation of civil liberties, in: *Democratization*, 20 (1), S. 82-106.
- Morrow, James D. / Bueno de Mesquita, Bruce / Siverson, Randolph M. / Smith, Alastair (2008): Retesting Selectorate Theory: Separating the Effects of W from Other Elements of Democracy, in: *American Political Science Review*, 102 (3), S. 393-400.
- Mughan, Anthony / Gunther, Richard (2000): The Media in Democratic and Nondemocratic Regimes: A Multilevel Perspective, in: Gunther, Richard / Mughan, Anthony (Hrsg.): *Democracy and the media. A comparative perspective*, Cambridge: Cambridge Univ. Press, S. 1-27.
- Norris, Pippa (2004): Global Political Communication: Good Governance, Human Development, and Mass Communication, in: Esser, Frank (Hrsg.): *Comparing political communication. Theories, cases, and challenges*, Cambridge: Cambridge Univ. Press, S. 115-150.
- Norris, Pippa (2009): Comparative Political Communications: Common Frameworks or Babelian Confusion?, in: *Government and Opposition*, 44 (3), S. 321-340.
- Petrova, Maria (2015): Media Capture Outside Advanced Democracies, in: *Comparative Democratization*, 13 (3), S. 4, 20-21.
- Pfetsch, Barbara / Esser, Frank (2014): Political communication in comparative perspective: Key concepts and new insights, in: Reinemann, Carsten (Hrsg.): *Political communication*, Berlin: de Gruyter Mouton, S. 87-105.
- Plümper, Thomas / Troeger, Vera E. (2007): Efficient Estimation of Time-Invariant and Rarely Changing Variables in Finite Sample Panel Analyses with Unit Fixed Effects, in: *Political Analysis*, 15 (2), S. 124-139.
- Polity IV (2010a): *Country Report 2010: Comoros*, <http://www.systemicpeace.org/polity/Comoros2010.pdf> (22.02.2016).
- Polity IV (2010b): *Country Report 2010: Guinea-Bissau*, <http://www.systemicpeace.org/polity/GuineaBissau2010.pdf> (22.02.2016).
- Prat, Andrea / Strömberg, David (2013): *The Political Economy of Mass Media*, <http://www.columbia.edu/~ap3116/papers/mediasurvey11.pdf> (20.03.2016).

- Przeworski, Adam / Alvarez Michael E. / Cheibub, José A. / Limongi, Fernando (2000): *Democracy and development: Political institutions and well-being in the world, 1950-1990*, Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Rod, Espen G. / Weidmann, Nils B. (2015): Empowering activists or autocrats? The Internet in authoritarian regimes, in: *Journal of Peace Research*, 52 (3), S. 338-351.
- Roller, Edeltraud (2005): *The performance of democracies: Political institutions and public policies*, Oxford: Oxford Univ. Press.
- Roller, Edeltraud (2013): Comparing the performance of autocracies: issues in measuring types of autocratic regimes and performance, in: *Contemporary Politics*, 19 (1), S. 35-54.
- Ross, Michael L. (2001): Does Oil Hinder Democracy?, in: *World Politics*, 53 (3), S. 325-361.
- Ross, Michael L. (2003): The Natural Resource Curse: How Wealth Can Make You Poor, in: Bannon, Ian / Collier, Paul (Hrsg.): *Natural resources and violent conflict. Options and actions*, Washington, D.C: World Bank, S. 17-42.
- Ross, Michael L. / Mahdavi, Paasha (2015): *Oil and Gas data, 1932-2014*.
- Royston, Patrick (1991): Comment on sg3.4 and an improved D'Agostino test., in: *Stata Technical Bulletin*, 3 (1), S. 110-112.
- Royston, Patrick / Sauerbrei, Willi (2007): Improving the robustness of fractional polynomial models by preliminary covariate transformation: A pragmatic approach, in: *Computational Statistics & Data Analysis*, 51 (9), S. 4240-4253.
- Sauerbrei, Willi / Meier-Hirmer, Carolina / Benner, A. / Royston, Patrick (2006): Multivariable regression model building by using fractional polynomials: Description of SAS, STATA and R programs, in: *Computational Statistics & Data Analysis*, 50 (12), S. 3464-3485.
- Schumpeter, Joseph A. (1947): *Capitalism, socialism and democracy*, New York: Harper.
- Shadmehr, Mehdi / Bernhardt, Dan (2011): Collective Action with Uncertain Payoffs: Coordination, Public Signals, and Punishment Dilemmas, in: *American Political Science Review*, 105 (4), S. 829-851.
- Siebert, Fredrick S. / Peterson, Theodore / Schramm, Wilbur L. (1956): *Four Theories of the press: the authoritarian, libertarian, social responsibility, and Soviet Communist concepts of what the press should be and do*, Urbana: Univ. of Illinois Press.
- Stier, Sebastian (2015): Democracy, autocracy and the news: the impact of regime type on media freedom, in: *Democratization*, 22 (7), S. 1-23.
- Stiglitz, Joseph E. (1989): Markets, Market Failures, and Development, in: *The American Economic Review*, 79 (2), S. 197-203.
- Stiglitz, Joseph E. (2002): Information and the Change in Paradigm in Economics, in: *The American Economic Review*, 92 (3), S. 460-501.

- Teorell, Jan / Dahlberg, Stefan / Holmberg, Sören / Rothstein, Bo / Khomenko, Anna / Svensson, Richard (2016): *The Quality of Government Standard Dataset, version Jan16*, <http://www.qog.pol.gu.se> (04.03.2016).
- Voltmer, Katrin (2008): Comparing media systems in new democracies: East meets South meets West, in: *Central European Journal of Communication* (1), S. 23-40.
- Voltmer, Katrin (2011): How Far Can Media Systems Travel?, in: Hallin, Daniel C. / Mancini, Paolo (Hrsg.): *Comparing Media Systems Beyond the Western World*, Cambridge: Cambridge Univ. Press, S. 224-245.
- Wahman, Michael / Teorell, Jan / Hadenius, Axel (2013): Authoritarian regime types revisited: updated data in comparative perspective, in: *Contemporary Politics*, 19 (1), S. 19-34.
- Whitten-Woodring, Jenifer / Van Belle, Douglas A. (2014): *Historical Guide to World Media Freedom: A Country-by-Country Analysis*, Washington DC: SAGE Publications.
- Williams, Richard (2012): Using the margins command to estimate and interpret adjusted predictions and marginal effects, in: *Stata Journal*, 12 (2), S. 308-331.
- Wintrobe, Ronald (1998): *The political economy of dictatorship*, Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Wintrobe, Ronald (2007): Dictatorship: Analytical Approaches, in: Boix, Carles (Hrsg.): *The Oxford handbook of comparative politics*, Oxford: Oxford Univ. Press, S. 363-394.
- Wooldridge, Jeffrey M. (1995): Score Diagnostics for Linear Models Estimated by Two Stage Least Squares, in: Maddala, Gangadharrao S. / Srinivasan, Thirukodikaval N. / Phillips, Peter C. (Hrsg.): *Advances in econometrics and quantitative economics. Essays in honor of Professor C. R. Rao*, Oxford: Blackwell, S. 66-87.
- Wooldridge, Jeffrey M. (2009): *Introductory econometrics: A modern approach*, Mason, Ohio: South-Western: Cengage Learning.
- World Bank (2015): *World Development Indicators*, <http://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators> (09.03.2016).
- Wright, Joseph (2008): Do Authoritarian Institutions Constrain? How Legislatures Affect Economic Growth and Investment, in: *American Journal of Political Science*, 52 (2), S. 322-343.
- Wurster, Stefan (2013): Comparing ecological sustainability in autocracies and democracies, in: *Contemporary Politics*, 19 (1), S. 76-93.
- Zaller, John (2003): A New Standard of News Quality: Burglar Alarms for the Monitorial Citizen, in: *Political Communication*, 20 (2), S. 109-130.

## 8 Anhang

### Robustheitsmodelle für Modelle 1-1 bis 1-4

Tabelle 5: Regressionsanalysen Pressefreiheit, Größe der Winning Coalition und freie Ressourcen – RE-Regressionen mit LDV

AV: PRESSEFREIHEIT 1993 - 2012	3-1	3-2	3-3	3-4
LDV	0.97*** (0.011)	0.96*** (0.012)	0.95*** (0.014)	0.95*** (0.014)
Winning Coalition	0.58 (0.427)	-2.89** (1.234)	-2.73** (1.205)	-2.76** (1.198)
Winning Coalition quadriert		3.85*** (1.267)	3.43*** (1.207)	3.44*** (1.208)
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf			-0.06*** (0.021)	-0.07* (0.042)
Winning Coalition x Export Öl/Gas				0.01 (0.056)
Selektorat	0.11 (0.383)	0.15 (0.385)	0.27 (0.408)	0.27 (0.413)
Sozialistische Regime			-1.10* (0.585)	-1.10* (0.586)
BIP pro Kopf			0.05** (0.025)	0.05** (0.025)
Bevölkerungsgröße			0.00 (0.001)	0.00 (0.001)
Regimewechsel			0.63 (0.429)	0.63 (0.430)
Zeittrend (Basis = 1993)			-0.03 (0.020)	-0.03 (0.020)
Konstante	0.88* (0.503)	1.62** (0.637)	1.62** (0.660)	1.63** (0.673)
Regionen-Dummies	✓	✓	✓	✓
N	2.840	2.840	2.840	2.840
R <sup>2</sup>	0,97	0,97	0,97	0,97
Länder	158	158	158	158

Anmerkung: Die abhängige Variable ist in allen Modellen der FOTP-Index von Freedom House (2015c). Alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen mit Ausnahme des Zeittrends und des Regimewechsels bestehen aus dem Vorjahreswert (Lag1). Random Effects-Prais-Winsten Regressionen mit panelkorrigierten Standardfehlern, Regionen-FE und einer Lagged Depended Variable (LDV) zur Modellierung der Autokorrelation des Fehlerterms. Standardfehler in Klammern.

\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1.

*Tabelle 6: Regressionsanalysen Pressefreiheit, Größe der Winning Coalition und freie Ressourcen – RE-FGLS-Regressionen*

AV: PRESSEFREIHEIT 1993 - 2012	4-1	4-2	4-3	4-4
Winning Coalition	6.61*** (1.116)	-12.65*** (3.042)	-9.02*** (2.869)	-10.16*** (2.871)
Winning Coalition quadriert		21.25*** (2.933)	16.20*** (2.691)	16.07*** (2.694)
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf			-0.63*** (0.062)	-1.16*** (0.111)
Winning Coalition x Export Öl/Gas				0.92*** (0.138)
Selektorat	0.01 (0.646)	0.18 (0.647)	0.76 (0.650)	0.48 (0.652)
Sozialistische Regime			-27.52*** (2.298)	-26.65*** (2.287)
BIP pro Kopf			1.12*** (0.066)	1.22*** (0.068)
Bevölkerungsgröße			-0.01*** (0.002)	-0.01*** (0.002)
Regimewechsel			0.42 (0.404)	0.44 (0.403)
Zeittrend (Basis = 1993)			-0.30*** (0.037)	-0.31*** (0.037)
Konstante	44.41*** (1.529)	46.81*** (1.542)	35.68*** (1.779)	35.62*** (1.773)
Regionen-Dummies	✓	✓	✓	✓
N	2.972	2.972	2.972	2.972
Länder	157	157	157	157

Anmerkung: Die abhängige Variable ist in allen Modellen der FOTP-Index von Freedom House (2015c). Alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen mit Ausnahme des Zeittrends und des Regimewechsels bestehen aus dem Vorjahreswert (Lag1). Feasible generalized least square-Regressionen (FGLS) für Panel-Daten mit Korrektur für heteroskedastische Fehlerstruktur, Regionen-FE und common AR(1) zur Modellierung der Autokorrelation des Fehlerterms. Standardfehler in Klammern.

\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1.

*Tabelle 7: Regressionsanalysen Pressefreiheit, Größe der Winning Coalition und freie Ressourcen – RE-Regressionen mit Discroll-Kraay-Standardfehlern*

AV: PRESSEFREIHEIT 1993 - 2012	5-1	5-2	5-3	5-4
Winning Coalition	36.90*** (0.569)	-45.13*** (2.475)	-30.50*** (1.848)	-31.90*** (1.692)
Winning Coalition quadriert		83.84*** (2.577)	58.64*** (2.077)	58.95*** (2.050)
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf			-0.74*** (0.040)	-1.00*** (0.074)
Winning Coalition x Export Öl/Gas				0.51*** (0.097)
Selektorat	8.60*** (1.644)	7.89*** (1.337)	9.13*** (1.416)	8.68*** (1.424)
Sozialistische Regime			-16.94*** (1.231)	-17.04*** (1.230)
BIP pro Kopf			1.01*** (0.061)	1.04*** (0.061)
Bevölkerungsgröße			0.00 (0.002)	0.00 (0.002)
Regimewechsel			0.43 (1.181)	0.28 (1.162)
Zeittrend (Basis = 1993)			-0.36*** (0.015)	-0.36*** (0.015)
Konstante	38.64*** (1.085)	48.92*** (1.812)	42.61*** (2.294)	43.07*** (2.334)
Regionen-Dummies	✓	✓	✓	✓
N	2.973	2.973	2.973	2.973
R <sup>2</sup>	0.59	0.66	0.71	0.71
Länder	158	158	158	158

Anmerkung: Die abhängige Variable ist in allen Modellen der FOTP-Index von Freedom House (2015c). Alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen mit Ausnahme des Zeittrends und des Regimewechsels bestehen aus dem Vorjahreswert (Lag1). Random Effects-Regressionen mit Discroll-Kraay-Standardfehlern, Regionen-FE. Standardfehler in Klammern.

\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1.

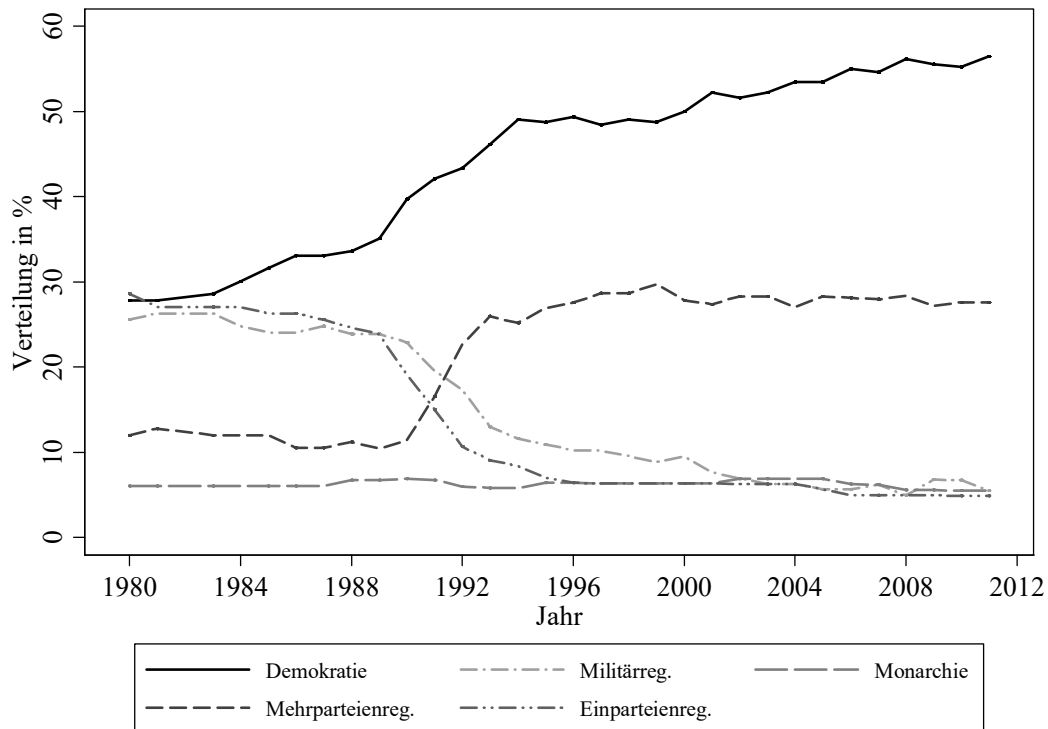
*Tabelle 8: Regressionsanalysen Pressefreiheit, Größe der Winning Coalition und freie Ressourcen – FE-Regressionen mit Discroll-Kraay-Standardfehlern*

AV: PRESSEFREIHEIT 1993 - 2012	6-1	6-2	6-3	6-4
Winning Coalition	13.70*** (1.133)	8.09*** (2.473)	5.08** (2.509)	4.53** (2.264)
Winning Coalition quadriert		6.22*** (2.187)	10.16*** (2.147)	10.28*** (2.067)
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf			-0.22*** (0.076)	-0.36** (0.178)
Winning Coalition x Export Öl/Gas				0.26 (0.262)
Selektorat	-1.68*** (0.609)	-1.67*** (0.606)	-0.92 (0.812)	-0.93 (0.822)
Sozialistische Regime			x	x
BIP pro Kopf			0.94** (0.368)	0.95*** (0.356)
Bevölkerungsgröße			0.11*** (0.018)	0.12*** (0.017)
Regimewechsel			0.14 (0.714)	0.12 (0.708)
Zeittrend (Basis = 1993)			-0.46*** (0.053)	-0.46*** (0.050)
Konstante	43.76*** (0.912)	44.24*** (0.935)	4.77 (9.918)	4.74 (9.560)
Regionen-Dummies	x	x	x	x
N	2.973	2.973	2.973	2.973
(within) R <sup>2</sup>	0,05	0,05	0,10	0,10
Länder	158	158	158	158

Anmerkung: Die abhängige Variable ist in allen Modellen der FOTP-Index von Freedom House (2015c). Alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen mit Ausnahme des Zeittrends und des Regimewechsels bestehen aus dem Vorjahreswert (Lag1). Fixed Effects-Regressionen mit Discroll-Kraay-Standardfehlern. R<sup>2</sup> ist bei FE-Modellen innerhalb der Einheiten. Standardfehler in Klammern.

\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1.

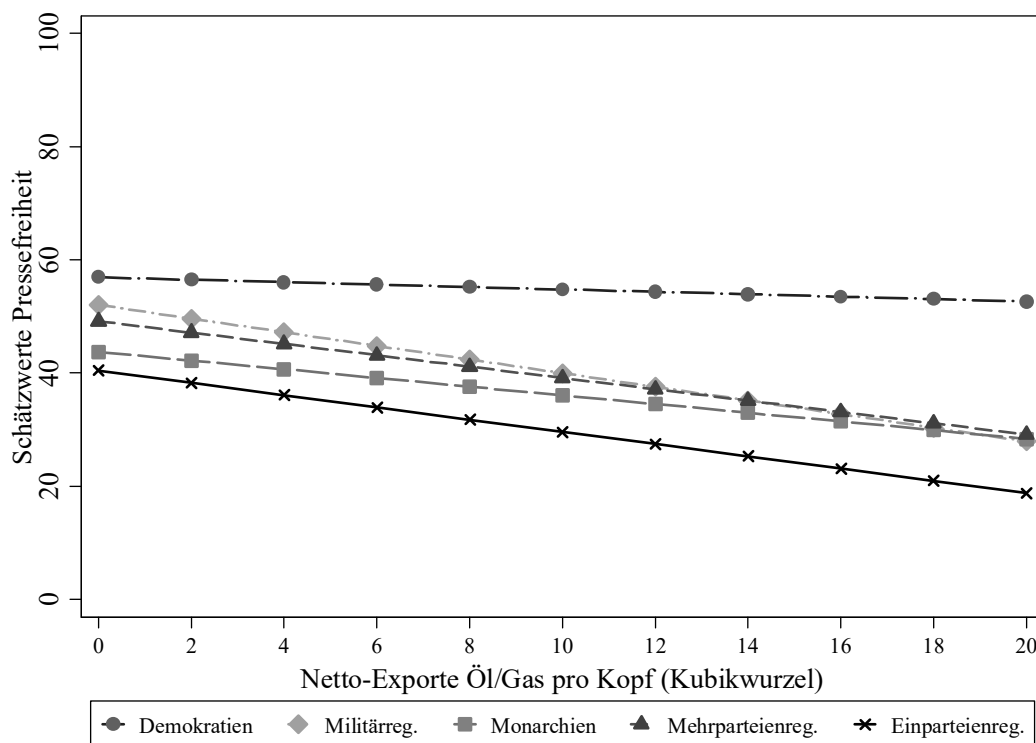
Abbildung 13: Verteilung autokratischer Regimetypen und Demokratien seit 1979



Anmerkung: Abgebildet ist der Anteil der einzelnen autokratischen Regimen und Demokratien an allen Beobachtungen in einem Jahr. Eigene Berechnungen.

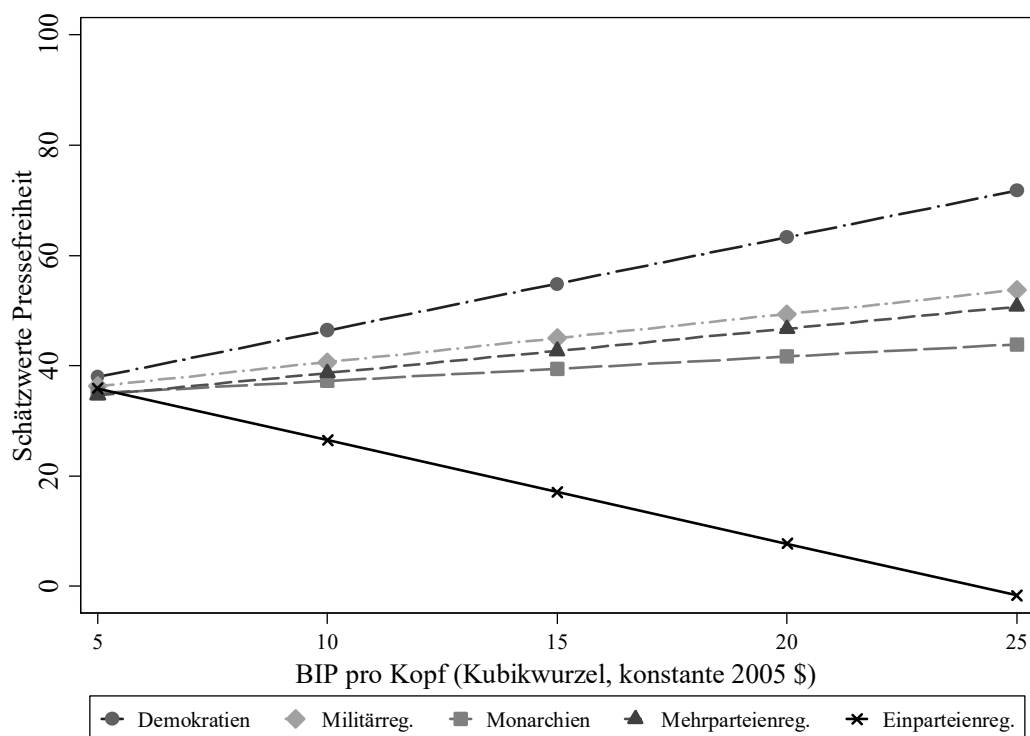
## Darstellungen Interaktionseffekte für Modell 2-2

Abbildung 14: Einfluss Freier Ressourcen nach autokratischem Regimotyp und Demokratie



Anmerkung: Vorhergesagte Werte auf dem FOTP-Index für den Interaktionseffekt zwischen Regimotyp und der Verfügbarkeit freier Ressourcen. Schätzwerte basieren auf der Berechnung marginaler Effekte für repräsentative Werte (MERS). Alle weiteren Variablen gehen mit ihren beobachteten Werten ein.

Abbildung 15: Einfluss BIP pro Kopf nach autokratischem Regimotyp und Demokratie



Anmerkung: Vorhergesagte Werte auf dem FOTP-Index für den Interaktionseffekt zwischen Regimotyp und BIP pro Kopf. Schätzwerte basieren auf der Berechnung marginaler Effekte für repräsentative Werte (MERS). Alle weiteren Variablen gehen mit ihren beobachteten Werten ein.

### Robustheitsmodelle für Modelle 2-1 bis 2-4

Tabelle 9: Regressionsanalysen Pressefreiheit in autokratischen Regime und Demokratien – RE-Regressionen mit LDV

AV: PRESSEFREIHEIT 1993 - 2012	Referenzkat.: Demokratie		Mehrparteienreg.	
	7-1	7-2	7-3	7-4
LDV	0.95*** (0.012)	0.94*** (0.015)	0.93*** (0.019)	0.92*** (0.020)
Mehrparteienregime	-1.23*** (0.335)	-1.21*** (0.338)	/	/
Einparteienregime	-1.54** (0.713)	-0.95 (0.809)	-0.44 (0.718)	0.09 (0.737)
Sozialistische Regime		-2.10*** (0.746)		-1.42* (0.822)
Monarchie	-1.54*** (0.564)	-1.68*** (0.589)	-0.55 (0.628)	-0.48 (0.645)
Militärregime	-0.93* (0.479)	-0.88* (0.477)	-0.11 (0.526)	-0.05 (0.532)
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf		-0.07*** (0.021)		-0.05 (0.029)
BIP pro Kopf		0.07*** (0.024)		0.03 (0.026)
Bevölkerungsgröße		-0.00 (0.001)		-0.00 (0.002)
Regimewechsel		0.57 (0.427)		0.11 (0.700)
Zeittrend (Basis = 1993)	-0.03 (0.019)	-0.03* (0.020)	-0.01 (0.027)	-0.01 (0.027)
Konstante	3.02*** (0.806)	2.57*** (0.725)	1.65** (0.659)	1.50** (0.710)
Regionen-Dummies	✓	✓	✓	✓
N	2.861	2.861	1.320	1.320
R2	0,97	0,97	0,90	0,90
Länder	160	160	89	89

Anmerkung: Die abhängige Variable ist in allen Modellen der FOTP-Index von Freedom House (2015c). Alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen mit Ausnahme des Zeittrends und des Regimewechsels bestehen aus dem Vorjahreswert (Lag1). Random Effects-Prais-Winsten Regressionen mit panelkorrigierte Standardfehler, Regionen-FE und einer Lagged Dependend Variable (LDV) zur Modellierung der Autokorrelation des Fehlerterms. Standardfehler in Klammern.

\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1.

*Tabelle 10: Regressionsanalysen Pressefreiheit in autokratischen Regime und Demokratien – RE-FGLS-Regressionen*

AV: PRESSEFREIHEIT 1993 - 2012	Referenzkat.: Demokratie		Mehrparteienreg.	
	8-1	8-2	8-3	8-4
Mehrparteienregime	-9.69*** (0.695)	-9.08*** (0.669)	/	/
Einparteienregime	-22.51*** (1.378)	-16.47*** (1.503)	-10.83*** (1.238)	-8.64*** (1.390)
Sozialistische Regime		-32.20*** (2.247)		-16.91*** (2.651)
Monarchie	-9.63*** (1.607)	-15.74*** (1.684)	0.67 (1.642)	-0.39 (1.774)
Militärregime	-6.06*** (0.847)	-5.47*** (0.817)	0.56 (0.768)	0.58 (0.778)
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf		-0.55*** (0.060)		-0.27*** (0.081)
BIP pro Kopf		1.14*** (0.067)		0.39*** (0.108)
Bevölkerungsgröße		-0.01*** (0.002)		0.00 (0.006)
Regimewechsel		0.17 (0.382)		0.84* (0.452)
Zeittrend (Basis = 1993)	-0.19*** (0.034)	-0.32*** (0.036)	-0.43*** (0.057)	-0.42*** (0.059)
Konstante	55.67*** (1.165)	43.56*** (1.507)	31.23*** (1.363)	27.04*** (2.235)
Regionen-Dummies	✓	✓	✓	✓
N	2.995	2.995	1.385	1.385
Länder	159	159	86	86

Anmerkung: Die abhängige Variable ist in allen Modellen der FOTP-Index von Freedom House (2015c). Alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen mit Ausnahme des Zeittrends und des Regimewechsels bestehen aus dem Vorjahreswert (Lag1). Feasible generalized least square-Regressionen (FGLS) für Panel-Daten mit Korrektur für heteroskedastische Fehlerstruktur, Regionen-FE und common AR(1) zur Modellierung der Autokorrelation des Fehlerterms. Standardfehler in Klammern.

\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1.

*Tabelle 11: Regressionsanalysen Pressefreiheit in autokratischen Regime und Demokratien – RE-Regressionen mit Discroll-Kraay-Standardfehlern*

AV: PRESSEFREIHEIT 1993 - 2012	Referenzkat.: Demokratie		Mehrparteienreg.	
	9-1	9-2	9-3	9-4
Mehrparteienregime	-24.70*** (0.735)	-20.71*** (0.640)	/	/
Einparteienregime	-41.42*** (1.622)	-29.55*** (2.371)	-15.47*** (1.486)	-11.33*** (1.830)
Sozialistische Regime		-38.45*** (0.856)		-17.94*** (1.093)
Monarchie	-26.28*** (1.076)	-25.86*** (1.155)	-3.19*** (0.730)	-3.60*** (0.718)
Militärregime	-32.74*** (1.142)	-25.60*** (0.869)	-10.38*** (1.370)	-9.16*** (1.229)
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf		-0.82*** (0.048)		-0.72*** (0.055)
BIP pro Kopf		1.12*** (0.040)		0.59*** (0.059)
Bevölkerungsgröße		-0.00*** (0.001)		0.01** (0.003)
Regimewechsel		0.09 (0.893)		3.12*** (1.035)
Zeittrend (Basis = 1993)	-0.34*** (0.024)	-0.37*** (0.022)	-0.44*** (0.054)	-0.35*** (0.040)
Konstante	80.94*** (0.624)	66.20*** (1.609)	59.81*** (3.834)	25.21*** (3.681)
Regionen-Dummies	✓	✓	✓	✓
N	2.996	2.996	1.390	1.390
R <sup>2</sup>	0,69	0,74	0,25	0,29
Länder	160	160	91	91

Anmerkung: Die abhängige Variable ist in allen Modellen der FOTP-Index von Freedom House (2015c). Alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen mit Ausnahme des Zeittrends und des Regimewechsels bestehen aus dem Vorjahreswert (Lag1). Random Effects-Regressionen mit Discroll-Kraay-Standardfehlern, Regionen-FE. Standardfehler in Klammern.

\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1.

*Tabelle 12: Regressionsanalysen Pressefreiheit in autokratischen Regime und Demokratien – FE-Regressionen mit Discroll-Kraay-Standardfehlern*

AV: PRESSEFREIHEIT 1993 - 2012	Referenzkat.: Demokratie		Mehrparteienreg.	
	10-1	10-2	10-3	10-4
Mehrparteienregime	-6.22*** (0.739)	-6.41*** (0.767)	/	/
Einparteienregime	-10.87*** (2.083)	-10.86*** (2.106)	-6.89*** (2.118)	-5.87*** (1.901)
Sozialistische Regime		x		x
Monarchie	-13.79*** (2.571)	-13.66*** (2.491)	-11.24*** (1.864)	-10.54*** (2.077)
Militärregime	-10.79*** (1.312)	-11.20*** (1.365)	-7.09*** (0.939)	-6.49*** (0.926)
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf		-0.27*** (0.092)		0.01 (0.067)
BIP pro Kopf		1.07** (0.444)		0.21 (0.488)
Bevölkerungsgröße		0.09*** (0.022)		0.15*** (0.041)
Regimewechsel		1.03 (0.755)		3.22*** (0.850)
Zeittrend (Basis = 1993)	-0.23*** (0.022)	-0.45*** (0.065)	-0.30*** (0.048)	-0.51*** (0.133)
Konstante	57.31*** (0.487)	21.05* (11.559)	38.99*** (0.764)	2.47 (13.812)
Regionen-Dummies	x	x	x	x
N	2.996	2.996	1.390	1.390
(within) R <sup>2</sup>	0,08	0,09	0,07	0,10
Länder	160	160	91	91

Anmerkung: Die abhängige Variable ist in allen Modellen der FOTP-Index von Freedom House (2015c). Alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen mit Ausnahme des Zeittrends und des Regimewechsels bestehen aus dem Vorjahreswert (Lag1). Fixed Effects-Regressionen mit Discroll-Kraay-Standardfehlern. R<sup>2</sup> ist bei FE-Modellen innerhalb der Einheiten. Standardfehler in Klammern.

\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1.

Tabelle 13: Regressionsanalysen mit Regimekodierung von Hadenius/Teorell

AV: PRESSEFREIHEIT 1993 - 2010	Referenzkat.: Demokratie		Mehrparteienreg.	
	11-1	11-2	11-3	11-4
Mehrparteienregime	-9.25*** (1.315)	-7.84*** (1.099)	/	/
Einparteienregime	-23.84*** (3.282)	-13.37*** (2.422)	-6.19*** (2.199)	-2.53 (2.331)
Sozialistische Regime		-34.74*** (2.158)		-21.24*** (3.890)
Monarchie	-14.60*** (2.285)	-16.46*** (2.088)	-1.29 (2.066)	-2.63 (1.861)
Militärregime	-13.50*** (2.019)	-11.42*** (1.693)	-2.81** (1.404)	-2.69** (1.319)
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf		-0.80*** (0.099)		-0.41*** (0.148)
BIP pro Kopf		1.23*** (0.075)		0.55*** (0.155)
Bevölkerungsgröße		-0.00 (0.003)		0.00 (0.008)
Regimewechsel		-0.61 (0.653)		0.39 (0.892)
Zeittrend (Basis = 1993)	-0.20*** (0.054)	-0.29*** (0.058)	-0.35*** (0.088)	-0.34*** (0.089)
Konstante	56.45*** (1.503)	39.42*** (1.518)	31.64*** (1.536)	24.99*** (2.767)
Regionen-Dummies	✓	✓	✓	✓
N	2.760	2.760	1.255	1.255
R-squared	0,62	0,66	0,39	0,41
Länder	156	156	87	87

Anmerkung: Die abhängige Variable ist in allen Modellen der FOTP-Index von Freedom House (2015c). Alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen mit Ausnahme des Zeittrends und des Regimewechsels bestehen aus dem Vorjahreswert (Lag1). Random Effects-Prais-Winsten Regressionen mit panelkorrigierten Standardfehler, Regionen-FE und common AR(1) zur Modellierung der Autokorrelation des Fehlerterms. Standardfehler in Klammern.

\*\*\*  $p < 0.01$ , \*\*  $p < 0.05$ , \*  $p < 0.1$ .

Tabelle 14: Regressionsanalysen mit Regimekodierung von Geddes et al.

AV: PRESSEFREIHEIT 1993 - 2010	Referenzkat.: Demokratie		Mehrparteireg.	
	12-1	12-2	12-3	12-4
Parteienregime	-9.45*** (1.843)	-6.34*** (1.471)	/	/
Sozialistische Regime		-31.38*** (2.641)		-21.00*** (3.979)
Personalistische Regime	-10.76*** (1.653)	-8.00*** (1.300)	-2.53 (0.000)	-2.41** (1.033)
Monarchie	-8.98*** (3.081)	-11.78*** (2.871)	0.79 (0.000)	-1.65 (2.769)
Militärregime	-3.80** (1.571)	-2.54* (1.406)	-1.63 (0.000)	-1.34 (1.795)
Netto-Exporte Öl/Gas pro Kopf		-0.79*** (0.135)		-0.31* (0.175)
BIP pro Kopf		1.44*** (0.101)		0.55*** (0.166)
Bevölkerungsgröße		-0.00 (0.003)		-0.00 (0.009)
Regimewechsel		-0.10 (0.609)		1.10 (0.801)
Zeittrend (Basis = 1993)	-0.20*** (0.067)	-0.32*** (0.070)	-0.29 (0.000)	-0.28*** (0.072)
Konstante	54.76*** (1.698)	35.33*** (1.736)	30.08 (0.000)	24.67*** (2.769)
Regionen-Dummies	✓	✓	✓	✓
N	2.485	2.485	1.159	1.159
R-squared	0,58	0,62	0,37	0,39
Länder	140	140	82	82

Anmerkung: Die abhängige Variable ist in allen Modellen der FOTP-Index von Freedom House (2015c). Alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen mit Ausnahme des Zeittrends und des Regimewechsels bestehen aus dem Vorjahreswert (Lag1). Random Effects-Prais-Winsten Regressionen mit panelkorrigierten Standardfehler, Regionen-FE und common AR(1) zur Modellierung der Autokorrelation des Fehlerterms. Standardfehler in Klammern.

\*\*\*  $p < 0.01$ , \*\*  $p < 0.05$ , \*  $p < 0.1$ .